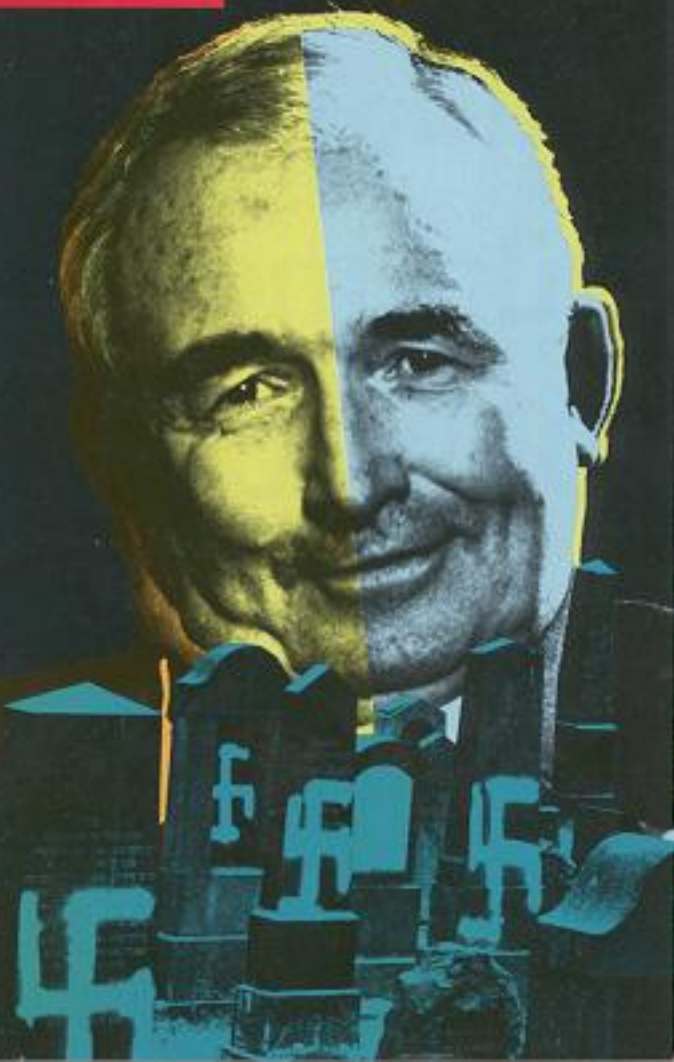
Heft 5 Mai 1992 4,80 DM

C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- BRD '92: Ein Volk macht mobil
- Augsteins braune Vergangenheit
- Bremen: Hier regiert Sie Mao
- Russen, Polen und so weiter: Ab ins Chaos
- Der Sex der Diktatoren: Andre Lenden, andre Sitten



in konkret Mai 1992

Von Konkret

An Konkret

Wenn schon denn schon von Hermann L. Gremliza

»Wir sind die Nomenklatura« von Oliver Tolmein
Juden postieren Wachen vor den Synagogen, um sie vor Angriffen zu schützen, und deutsche Manager organisieren den Zuzug deutschstämmiger Familien. Eindrücke von einer Reise ins Siedlungsgebiet der »Wolgadeutschen«

Die Heilige Allianz von Boris Gröndahl
Die Regierung der USA hat gemeinsam mit dem Vatikan die polnische Gewerkschaft Solidarnosc unter dem Kriegsrecht am Leben erhalten. Das erklärte Ziel dieser Rettungsaktion war, Polen aus dem sozialistischen Lager herauszubrechen und so der Sowjetunion den Todesstoß zu versetzen. Dem US-Nachrichtenmagazin »Time« war es am 24. Februar 1992 acht Seiten wert, darüber zu berichten. In Deutschland dagegen scheint niemand den Gedanken zu ertragen, daß die dilettantischen Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit vielleicht nur deshalb öffentlich begutachtet werden können, weil zuvor eine professionelle Operation der Central Intelligence Agency heimlich erfolgreich abgeschlossen wurde

Arbeiterführer und Brutkästen von Michael Schilling

Warten auf den Kollaps von Kurt Hübner
Germanisierung? Überfremdung? Ausverkauf? Noch kann von einer Machtübernahme des ausländischen Kapitals in den Ländern des ehemaligen Ostblocks keine Rede sein. Im Gegenteil: Westliche Investoren sind nach wie vor nicht interessiert

»In den Sattel!« von Boris Gröndahl
Ist Deutschland durch die Wiedervereinigung zur Weltmacht geworden? Oder hat sich die BRD mit der Einverleibung der DDR einen Klotz ans Bein gebunden? Ein neues Buch über die Debatte, die in KONKRET Rainer Trampert und Robert Kurz führten (KONKRET 10 und 12/91)

»Ausweichen wollen wir nicht« von Winfried Wolf
Deutschland baut wieder Autobahnen Richtung Osten. Das Projekt wird von einer eigens gegründeten Gesellschaft durchgeführt, die Deges heißt und auch sonst an bewährte Konzepte anknüpfen kann

»Die Wacht am Amur« von Jürgen Elsässer
Am 10. März haben Rußland und die übrigen GUS-Staaten erstmals an einer Sitzung des Nato-Kooperationsrates teilgenommen. Dennoch herrscht im westlichen Bündnis kein Triumphgefühl, sondern Katzenjammer und Argwohn. Schon fuchtelt Rudolf Augstein mit der Atombombe

Alles Rot? von Heiner Möller
Wie in Bremen Maoisten, Leninisten und linksradikale Spontis infolge einer taktischen Meisterleistung doch noch die Macht übernahmen. Ein MEGA-Outing

»Jeder ist uns der Nächste« VI von Archiv für Sozialpolitik
Sechster Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

»Virulente Aktivisten« von Thomas Ebermann

Ein Aufruf zugunsten eines Aufrufs zugunsten einer Institution, die zu ungunsten Großdeutschlands tätig ist

Siamesische Zwillinge von Dorothee Piermont
Bei den französischen Regionalwahlen zeigten sich Familienähnlichkeiten, die kaum überraschen

Die Banken des ANC von Patrick Bond
Der Rassismus der weißen südafrikanischen Rechtsradikalen ist von ähnlichen antikapitalistischen Ideologemen geprägt wie der nationalsozialistische. Die »Afrikaander«, wie sich die Buren selbst nennen, fühlen sich als ehrliche, hart arbeitende Farmer von aller Welt verlassen und von Bankiers mit ANC-Verbindungen bedroht

Im Schatten der Rassisten von Charles Longford
Die Warnungen der de Klerk-Regierung vor den südafrikanischen Rechtsextremen bringen den ANC von seinen früheren radikalen Zielen ab

»Aber sie haben nicht gekämpft!« von Olaf Groehler
Gleichgültigkeit, Intoleranz und theoretische Enge: Was die DDR-Geschichtsschreibung zur ‘Aufarbeitung` der nationalsozialistischen Judenverfolgung geleistet hat, war im internationalen Vergleich unzureichend und wurde dem antifaschistischen Selbstverständnis des Staates nicht gerecht

Vernichtung ohne Vernichter von Ingrid Strobl
Im »Haus der Wannsee-Konferenz« ist zum Gedenken an Planung und Durchführung der »Endlösung der Judenfrage« eine Ausstellung installiert worden, in der die Täter nicht vorkommen und die Opfer so präsentiert werden, wie jene sie sahen

Offizielle Mitarbeiter von Otto Köhler
Ein erster Blick auf Augsteins unbewältigte Vergangenheit zeigt: Der »Spiegel«, von seinem Verleger in jüngster Zeit wieder auf alldeutsch-völkischen Kurs gebracht, war schon zu seiner Gründungszeit ein nationalistisch-antisemitisches Kampfblatt, das NS-Mörder verteidigte und ehemalige hohe Beamte des Sicherheitsdienstes (SD) der SS zu Ressortleitern beförderte

Buch des Monats: Ein deutscher Freiheitskrieg von Thomas Neumann
Peter Hacks: Ascher gegen Jahn. Ein Freiheitskrieg, Aufbau-Verlag, Berlin/Weimar 1991, 3 Bände: Friedrich Ludwig Jahn: Deutsches Volkstum, 322 S.; Saul Ascher: 4 Flugschriften, 279 S.; Peter Hacks: Ascher gegen Jahn. Ein Freiheitskrieg, 198 Seiten; zusammen 78 Mark

Andere Lenden, andere Sitten von Gerhard Henschel
Was ist - 25 Jahre nach der sexuellen Revolution - der schwerste Vorwurf, der sich gegen Diktatoren erheben läßt? Daß sie »eine Schwäche für entkleidete Frauen haben und bisweilen sogar geschlechtlich mit ihnen verkehren«

Piwitt’s Siebensachen von Hermann Peter Piwitt

Reden vom Sexuellen von Eberhard Schorsch
Über eine Veröffentlichung des Sexualforschers Volkmar Sigusch

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 05/92, S. 4

Von Konkret

»Ein Musterfall von Völkchen« hat Helmut Ridder in KONKRET 4/92 die »Jugendlichen aller Altersklassen« genannt, die es nicht aufgeben wollen, die Wiedervereinigung der Deutschen als Chance für die Demokratie zu interpretieren, und eine geeignete Möglichkeit für die Realisierung dieser Chance im brunzdämlichen Beharren auf einer Verfassungsdiskussion und im Beschließen immer neuer Verfassungsentwürfe sehen. Da alles Mahnen und Beschließen aber nur halb so schön wäre, wenn nicht wenigstens ein Rundbrief oder gar ein Lesebuch dabei abfiele, bekam auch die KONKRET-Redaktion ein Faltblatt des »Komitees für Grundrechte und Demokratie« zugeschickt, das alleine schon ausgereicht hätte, sich über diese »unbeirrbaren Fortsetzungstäter« (Ridder) ein Bild zu machen. Welches? Dieses:

[Abdruck Buchumschlag: Narr, Vack: Verfassung]

Und drinnen geht's genauso putzig weiter:

Menschliches Leben hat immer eine Verfassung. Eine gute oder eine schlechte. Meist befindet es sich irgendwo zwischen den beiden Extremen... Menschen brauchen eine Verfassung, weil sie nur dann in der vorgegebenen Natur überleben und weil sie nur so als gesellige Wesen und Möglichkeitswesen zugleich (!) zu sich selbst kommen und frei werden können... Politik bedeutet..., einen Zustand anzustreben, der je nach Interessen vielen oder wenigen Menschen am meisten zugute kommt. Der sie in gute Verfassung bringt... Aufgabe des Lesebuchs ist es also, Lösungsüberlegungen der großen Probleme der Vergangenheit bis in die Gegenwart im Relief vorzustellen, um für die vielleicht noch größeren der Zukunft erfahren zu machen... Die... Lektüre sollte insgesamt Spaß bereiten.

Helmut Ridder, übernehmen Sie: »Was in ihren immergrünen Köpfen anstelle eines endlich die mit dem deutschen Konstitutionalismus überkommene Staatssouveränität ablösenden und konkret zu verwirklichenden Legitimationsprinzips als Demokratie vorhanden ist, läßt bereits erkennen, daß hier nicht potentielle Schädlinge gegen, sondern aktuelle Nützlinge für die Stabilisierung arbeiten.« Vielen Dank.

KONKRET-Leser kennen sie beide: die Dichter Ronald M. Schernikau und Peter Hacks. Sie sind mehrfach in KONKRET zu Wort gekommen, zuletzt mit dem Briefwechsel, den sie bis zu Schernikaus Tod im Oktober 1991 führten. Ihm zu Ehren erscheint nun als erster Band der vom Gremliza Verlag herausgegebenen neuen Reihe »KONKRET Texte« das Buch: Ronald M. Schernikau: Dann hätten wir noch eine Chance. Es enthält den Briefwechsel, versehen mit editorischen Anmerkungen, einen Text aus Schernikaus nachgelassenem Roman »legende« und ein Vorwort von Rainer Bohn. Es ist ab 15. Mai in allen gut sortierten Buchhandlungen erhältlich, hat 128 Seiten und kostet 18 Mark.

Konkret 05/92, S. 6

An Konkret

Igel? Biene!

KONKRET 4/92: »Arm dran, Bein ab« von Hermann L. Gremliza

Betrifft: Zitierung des Liedes »Schön ist es, auf der Welt zu sein« von Roy Black und Anita in Hermann Gremlizas »Arm dran, Bein ab«

Sehr geehrter Herr Gremliza!

Biene, Herr Gremliza, Biene, nicht: Igel!Carsten Stockter

Gevelsberg

»Kälbermarsch«

KONKRET 3/92: Piwitts Siebensachen

Haben Kommunisten ihrerseits auf Nazi-»Weisen« Texte gemacht?? Ja, sie haben.

Unvergleichlich ist in dieser Hinsicht Bertolt Brechts »Kälbermarsch«, der sich in dem Stück »Schweyk im zweiten Weltkrieg« findet ‘s. Die Gedichte in einem Band, Frankfurt, 1981, S. 1219).

Die erste Strophe beginnt: »Hinter der Trommel her/Trotten die Kälber/Das Fell für die Trommel/Liefern sie selber.«

Dann der Refrain: »Der Metzger ruft. Die Augen fest geschlossen/Das Kalb marschiert mit ruhig festem Tritt./Die Kälber, deren Blut im Schlachthof schon geflossen/Sie ziehn im Geist in seinen Reihen mit.« Es ist auch für einen Nachgeborenen nur allzu offenkundig, daß es sich hier um die Parodie einer Nazi-»Weise« handelt.

Besser - denke ich - kann der konforme Marsch im Gleichschritt in den Abgrund auf den Spuren eines schreihalsigen Rattenfängers kaum beschrieben werden.

Daher ist es lohnend, kommunistische Literatur zu lesen.

Ralf Katzenmayer

Fürth

Dysfunktional

KONKRET 3/92: »Von der Leine gelassen« von Wolfgang Pohrt

Das Draufhauen der Alt-/Ex-/Rest-Linken auf den verblichenen Sozialismus hat wohl eher damit zu tun, daß unter dem Deckmäntelchen der »kritischen Solidarität« viele real existierende Deformationen über Jahre und Jahrzehnte hinweg tabuisiert wurden. Nun, da keine Rücksicht mehr genommen werden muß, bricht sich, was aufgestaut worden ist, in regelrechten Haßtiraden Bahn. Dabei ist ein posthumes Niedermachen natürlich genauso dysfunktional für eine kritische Aufarbeitung des linken Projektes, sofern dies überhaupt von jemandem gewünscht wird, wie der Vorschlag von Pohrt, man möge doch den Sozialismus brav in die Geschichte geleiten, denn dies wiederum bedeutete eine Kopie der in der BRD besonders bewährten Schwamm-Drüber-Methode und diente in erster Linie einer linken Legendenbildung. Offenbar ist genau das aber intendiert und Pohrt hat auch schon mal angefangen. Sein ständiges Insisitieren, der real existierende Sozialismus habe zumindest die einfache Reproduktion sichergestellt, ist dabei aber wenig originell, denn Hunger hat es in der SU auch deswegen nicht gegeben, weil die SU, wenn der Plan mal wieder Makulatur war, getrost auf die Getreideüberproduktion v.a. nordamerikanischer Farmer zurückgreifen konnte.Torsten Damerau

Berlin

KONKRET ferngesteuert?

KONKRET 3/92: »Mythen-Macher« von Konrad Ege

Vor 25 Jahren las ich KONKRET gerne & regelmäßig, heute zum ersten und letzten Mal. Da der Solidaritätsaufruf für Cuba und dann gleich die »Mythen-Macher«. Ihr Blatt unterscheidet sich wirklich nur »scheinbar« von den meinungsmachenden Publikationen der New Yorker Medien-Großmogule. Sie gehören also auch zu der ferngesteuerten Meinungsbildungsmaschinerie, die unter allen Umständen seit dem 22.11.63 verhindert, daß herauskommt, warum JFK unter allen Umständen verschwinden mußte - er war nämlich vehement gegen DIMONA (für Sie ein Vehikel zur Meerwasserentsalzung?). Daß er auch noch für eine gerechte Behandlung der Palästinenser eintrat, machte ihn zusätzlich unsympathisch. Über die hunderte Atomsprengköpfe der Israeli haben Sie (vermutlich) bis heute nie berichtet und so lullen Sie mit unwichtigen Informationen die neue, junge »Linke« ein, aber Sie produzieren früher oder später damit »Rechte« - aber dies ist ja wohl Teil der globalen Strategie, mit der auch Sie »ferngesteuert« werden.Anonym

Preußische Bürokraten

KONKRET 3/92: An KONKRET

Bisweilen glaubt man statt aufgeschlossenen und undeutschen Intellektuellen (sogenannten), auch jene Schar von preußischen Pflichterfüllern und Bürokraten in Ihren Reihen zu entdecken. »Eigenheiten in Orthographie und Interpunktion so im Orinal. - Red.« spricht Bände - wenn nicht sogar ganze Bibliotheken. Eine gewisse Arroganz scheint hinter der Fassade der Allwissenden zu stecken, welche uns da zu widerlegen trachten: »Er kann schreiben rechts, er kann schreiben links« (Theodor Storm). Nun, erstrebenswert! Doch zuerst müssen die Rechtschreibefetischisten der KONKRET ihre Allwissenheit beweisen und zu diesem Zweck bitte ich höflich zum Diktat:

»Nicht Auto fahren, statt dessen eine Zeitlang rhythmisches radfahren (oder Skifahren), das stärkt im allgemeinen das Rückgrat.«

Sollte bei einem ihrer Redakteure bzw. Redaktöre respektive Redakteurinnen bzw. Redaktörinnen die Fehlerzahl drei überschritten werden, so bin ich selbstverständlich mit einem lebenslangen und kostenlosen Abo einverstanden - bis jetzt muß ich noch immer selber zahlen.

Im übrigen schindet ein Fremdwort sicherlich großen Eindruck und gibt einer Aussage - insbesondere, wenn der Leser oder Zuhörer eben jenes nicht kennt - den Anschein der Wahrheit. Dennoch ist Vorsicht geboten: Maximale Volumina subterraner Agrarproduktivität implizieren reziproke Relation zur intellektuellen Potenz des Produzenten.

Björn Hoffmann

Roetgen

Warten auf Drewermann

KONKRET 4/92: »Schamkultur und Angstneurose« von Gerhard Henschel

Wenn Ihr schon den Henschel beschäftigen müßt, könnt Ihr ihm dann nicht eine Aufgabe geben, die seiner klepperhaft dürren Rationalität entgegenkommt? Vielleicht kann er ökonomische Fakten sammeln und notdürftig zueinander in Beziehung setzen.

Es scheint so, daß solche, die einstmals die ganze große Menschheit revolutionär beglücken wollten und u.a. durch ihre entfremdet-mangelhafte Einsichtsfähigkeit in das Wesen des Menschen scheiterten, zynisch auf solche einschlagen müssen, die vielfältig ganz konkret ganz konkrete psychische Not und Entfremdung zu lindern geholfen haben. Das »höllisch«, das ein Henschel auf einen Richter projiziert (zu dem sicherlich viel kritisches zu sagen wäre, aber sachlich, womöglich menschlich, auf jeden Fall aber nach Erfassung des Gegenstandes) muß wohl mit seiner eigenen, offenbar noch nicht einmal geahnten inneren Not zusammenhängen. Diejenigen Elenden, die wirklich durch Höllen zu gehen gezwungen waren und sind, wissen jedenfalls ihren Richter zu schätzen. Traurig, daß sogar die einstmals geschätzte Peggy Parnaß neuerdings in KONKRET als trauerarbeitendes Gefolge denunziert wird.

Ich warte nun darauf, daß als nächster der großartige Drewermann, fern einer Ahnung, worum es eigentlich geht, in den Dreck getreten wird.

Thomas Steinforth

Bonn

Stasi/West

KONKRET 3/92: »Gesellschafts-Ersatz« von Georg Fülberth

Im Sommer 1990 las ich zwei lange Leserbriefe in der »Frankfurter Rundschau«, die Autoren waren Chefs von Geheimdiensten (VfS & BND). Diese Autoren trugen vor, daß ein Vergleich zwischen der Stasi (MfS) und den bundesdeutschen Geheimdiensten vollkommen fehl am Platz wäre, weil die Stasi eine riesige Massen-Maschinerie mit etlichen Zigtausend Mitarbeitern gewesen sei. Die westliche Personalstärke sei erheblich geringer.

Würde man zu den kleinen westlichen Personalbeständen auch den Werkschutz von rüstungs- und sicherheitsrelevanten Unternehmen, die nicht-hauptamtlichen Vertrauensleute in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft usw. usf. zählen, so käme man auf andere und bestimmt nennenswerte zahlen. So wurden z.B. alle 1.200 Mitarbeiter des Bundesministeriums für Innerdeutsche Angelegenheiten, nach dessen Auflösung, vom Bundesministerium des Inneren aufgenommen; alle waren entsprechend qualifizierte Fachleute.

Paul Ney,

Kassel

Konkret 05/92, S. 9

Hermann L. Gremliza

Wenn schon denn schon

Die von einem Tag zum anderen anberaumte Rettung des Vaterlandes trug den Ausdruck der Katastrophe vom ersten Augenblick an... Während sie alles gewannen, wüteten sie schon als die, welche nichts zu verlieren haben. Am Anfang des deutschen Imperialismus steht die Wagnersche Götterdämmerung, die begeisterte Prophetie des eigenen Untergangs. Theodor W. Adorno

Zuerst ein paar Zahlen, eine so bekannte wie beliebte und ein paar wenig beliebte, also sehr wenig bekannte: An Personen, die im geeinten Deutschland das »Ausländerproblem« bilden, sind im Jahr 1991 als Aussiedler oder Asylsuchende in die Bundesrepublik Deutschland eingereist insgesamt 414.070, davon 340.675 ehemalige Bürger der Sowjetunion, Polens, Rumäniens und Jugoslawiens, unter ihnen 221.995 Aussiedler, sogenannte Volksdeutsche. Von den 195.070 Personen, die Asyl suchten, kamen 121.047 aus ehemals sozialistischen Staaten, allein 74.854 aus Jugoslawien. Aus Asien kamen 30.000 Flüchtlinge, aus Afrika, den »Negerdörfern«, die in Politik und Publizistik zum »Ausländerproblem« den rassistischen Ton bestimmen, kamen 8.358.

Keiner, und erst recht keiner der neuen Nazis, hat je verlangt, die Bestimmung des Grundgesetzes zu ändern, wonach das Blut (und nicht, wie in zivilisierteren Gegenden, der Ort der Geburt) über die Zugehörigkeit zur Nation bestimmt. Die 221.995 »Volksdeutschen«, die mehr als die Hälfte des »Ausländerproblems« ausmachen, zählen deshalb nicht dazu. Eine Bundesrepublik, deren Politiker und Journalisten von Schönhuber bis Kelly, von »National-« bis »Tageszeitung« die sozialistischen Staaten jahrzehntelang, vor, in und nach Helsinki, betr. Öffnung ihrer Grenzen und Freiheit ihrer Bürger, das Land zu verlassen, wann und wohin sie wollen, gepiesackt, schikaniert und boykottiert haben, wird von den Staaten des Ostens (noch) nicht verlangen können, ihre Grenzen zum Westen wieder dichtzumachen. Und die 74.854, die aus den Gebieten des jugoslawischen Bürgerkriegs kamen, darf auch keiner zurück in die Gemetzel schicken.

Es bleiben, als Verfügungsmasse für rabiat rassistische Politiker und Publizisten wie für die moderaten, die die »Ängste und Sorgen unserer Bürger und Bürgerinnen ernst nehmen« wollen, jene zehn bis höchstens zwanzig Prozent der Einreisenden, welche die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« »ungebetene Gäste« nennt, die den braven Deutschen »um die eigene Identität fürchten lassen - was in einem Europa, in dem die Nationen ihre zu respektierenden Eigenheiten behalten sollen, nicht verwerflich ist«. Diese ungebetenen Gäste sind es, die der Vorsitzende der SPD-Fraktion im nordrheinwestfälischen Landtag, der Burschenschaftler Friedhelm Farthmann, der Sonderbehandlung empfiehlt: »Überprüfung durch einen Einzelrichter an Ort und Stelle - und dann an Kopf und Kragen packen und raus damit.« Ihre Anwesenheit hat, wie die »FAZ« unvergleichlich feinsinnig formuliert, zu einem »Abschmelzen der beiden großen Volksparteien von den Rändern her« geführt und also auch dazu, daß die Entscheidung von sechs Prozent der Deutschen im Norden und von elf Prozent im Süden, dort eine erklärte Nazitruppe und hier die Partei eines SS-Mannes zu wählen, zum ganz verständlichen, unanstößigen Protest gegen »das Versagen der Politiker in der Asylfrage« (Zitat aus zwei Dutzend Leitartikeln) geadelt werden durfte. Verlangten die neuen Faschisten »Deutsches Geld nur für Deutsche«, interpretierte die »FAZ« die Zustimmung der Wähler zu dieser Parole als Sorge um »das viele Geld«, das »für die Asylbewerber aufgewendet werden muß - in einer Zeit, da man selbst nicht Not leidet, aber die deutsche Vereinigung nicht geringe Opfer fordert«. »Asyl - Die Politiker versagen« stand auf der Titelseite des »Spiegel« am Tag nach dem Erfolg, den die Braunen mit dieser Meinung erzielt hatten. Und unter der Spitzmarke »Bürgerproteste« lieferte das völkische Nachrichtenmagazin den Schönhuber-Wählern unkommentiert einen »Vers«, der angeblich »an den Stammtischen im Lande kursiert« und, weil kein Stammtisch sich sowas merken kann, natürlich extra zum Abdruck erdichtet worden ist:

Draußen vom Aldi komm ich her,

ich muß euch sagen, die Regale sind leer.

Überall auf den Stufen und Kanten

sitzen Polen und Asylanten.

Und draußen vor dem Eingangstor

schaut verschüchtert ein Deutscher hervor

und fragt mit ganz leiser Stimm':

Ist für mich auch noch was drin?

Das viele Geld, die nicht geringen Opfer, die leeren Regale und für die Deutschen nichts mehr drin - noch ist das alles nicht wahr, noch geht es den Landsleuten gold, aber was sie da ahnen, ahnen sie mit Grund: Endlich, im dritten Anlauf dieses

Jahrhunderts, ist ihr Reich eine Weltmacht geworden und - als wären jüdische Verschwörer am Werk - ein wirtschafts- und finanzpolitisches Krisengebiet erster Ordnung: Keiner in der EG hat höhere Schulden, keiner eine höhere Inflationsrate; nach den Kriterien, die Bonn in Maastricht durchgesetzt hat, dürfte die BRD derzeit zur gemeinsamen Währung nicht zugelassen werden.

Die Vereinigung mit den Brüdern und Schwestern hat die schöne reiche BRD ruiniert. Dafür hassen die Westler die Ostler, und die hassen die Westler, von denen sie sich mit einer Banane in den kapitalistischen Urwald haben locken lassen, wo man sie um Haus und Hof, um den Job und alle Selbstachtung gebracht hat. Ausgelebt werden darf dieser Haß natürlich nicht, und weil ja nichts die Liebe zur eigenen Nation schöner erblühen läßt, als der Haß auf die fremde, druckt der »Spiegel« Aldi-Verse, wählt der Schwabe den Mann von der SS und der Holsteiner die SA.

Die Stimmung ist: Wenn schon, denn schon - und nach uns die Sintflut. *Während sie alles gewannen, wüteten sie schon als die, welche nichts zu verlieren haben.* Und nicht nur der Mob da unten. Anders ist auch die Politik, mit der es der Bundesregierung, angefeuert durch die sogenannten Oppositionsparteien, seit der Wiedervereinigung gelungen ist, den ganzen Rest der Welt gegen das neue Deutschland aufzubringen, nicht zu erklären: Ohne jeden vernünftigen Grund trifft Kohl als einziger westlicher Premier den diplomatisch geächteten Nazi Waldheim und blafft Kritiker danach an: »Mit wem ich mich treffe, das bestimme ich als deutscher Bundeskanzler. Da brauche ich keinen Ratschlag«; ohne jeden Anlaß verlangt der Kanzler sogleich, daß jetzt aber umgehend Deutsch zur EG-Amtssprache erhoben werden müsse; ohne Not drängt Bonn darauf, über einen »Platz für Europa«, den nur die Deutschen wollen, als ständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat aufzurücken.

Briten, Franzosen, der jüdische Weltkongreß - alle blicken verwirrt und verärgert auf die endlose Reihe Bonner Provokationen, und es war Kohls alter Kumpel Turgut Özal, der aussprach, was andernorts erst in der Presse steht: »Deutschland hat sich nach der Vereinigung sehr verändert. Es ist, als wollte es überall intervenieren, jedem reinreden, um zu beweisen, daß es eine Großmacht ist. Früher hat Hitler dasselbe getan.«

Die Führer aller großen und kleinen deutschen Volksparteien wiesen Özals Vorwurf *con brio* zurück: Wie konnte der türkische Präsident es wagen, unser Engagement zum Schutz der Kurden so zu mißdeuten. Und es fiel ihnen gar nicht mehr auf, daß es um jene Kurden ging, zu deren Vernichtung deutsche Firmen dem Irak Giftgasfabriken gebaut haben und die, wenn sie als Flüchtlinge in der BRD Asyl suchen, »ungebetene Gäste« bzw. Asylantenpack heißen.

Özal tat gut daran, sich nicht von menschenrechtlichen Anwandlungen einer Bundesregierung doofmachen zu lassen, die noch jede Todesschwadron seiner guatemaltekischen oder südafrikanischen Folterkameraden mit Polizeiausrüstung und Waffen versorgt hat, und im bombastisch-pazifistischen Auftritt gegen die Türkei nur die jüngste Anwandlung der neuen deutschen Außenpolitik zu sehen, die, wie zwanghaft, darauf gerichtet ist, jede halbwegs stabile regionale Ordnung zu zerschlagen, koste es Blut und Tränen, soviel es wolle. Nachdem die Deutschen durch Selbstbestimmung in die Kacke geraten sind, sollen auch alle andern unter den Folgen dieser reaktionären, brutalen, immer und überall Leib und Leben der Minderheiten gefährdenden Parole leiden: erst mußte die UdSSR in blutige Klumpen gehauen werden, dann Jugoslawien, nun sollte die Türkei dran, obwohl, nein: weil US-Präsident Bush sie gerade einen unverzichtbaren Stabilitätsfaktor an der Grenze zur ehemaligen Sowjetunion genannt hatte.

Nachdem Bonn die EG gezwungen hatte, beim Zerschlagen Jugoslawiens mitzumachen, hatte Genscher sich gebrüstet: »Das war ein Erfolg deutscher Politik.« Und als der totale Bürgerkrieg nicht gleich in der Woche danach ausbrach, hatte er die zögernden EG-Kollegen verhöhnt: »Nichts ärgert die Ratten mehr, als wenn das Schiff sich weigert zu sinken.« Lange hat es sich nicht geweigert.

In der angloamerikanischen Presse aber, die auch früher für deutsche Politik signifikante Worte wie Blitzkrieg, Wirtschaftswunder oder Berufsverbot nicht zu übersetzen versucht, sondern auf Deutsch übernommen hat, sind seit der Wiedervereinigung drei deutsche Worte hinzugekommen: Schlagkraft, Alleingang und Angst.

Konkret 05/92, S. 10

Oliver Tolmein

»Wir sind die Nomenklatura«

Juden postieren Wachen vor den Synagogen, um sie vor Angriffen zu schützen, und deutsche Manager organisieren den Zuzug deutschstämmiger Familien. Eindrücke von einer Reise ins Siedlungsgebiet der »Wolgadeutschen«

Eine Fahrt nach Rußland - gute Ratschläge und hilfreiche Tips bekommen wir reichlich mit auf den Weg. Lebensmittelvorräte einpacken, Dollars einstecken, Geduld mitbringen, die Züge sind unpünktlich. Im Frühjahr könnt Ihr dort eh nicht mehr hin - da herrscht Bürgerkrieg. So wenig es möglich ist, präzise Informationen über den Alltag zu erhalten - wie steht der Kurs, welche Lebensmittel gibt es nicht? , so fest umrissen ist das Bild, das uns Leute, mit denen wir über die Reise sprechen, skizzieren. Kurz bevor es losgeht, kennen wir nichts, aber wissen alles. Irgendwie. Um so größer dann unsere Überraschung, als wir in Samara ankommen.

Die Zwei-Millionen-Stadt hieß von 1934 bis 1991 einem berühmten Kommandeur der Roten Armee zu Zeiten des Bürgerkriegs zu Ehren Kuibyschew - umbenannt wurde sie, weil der General auch enger Weggefährte Stalins war. Auf dem Bahnhof leuchtet uns noch der alte Name entgegen, auf dem Vorplatz grüßt Lenin, der überfüllte Bus der Linie 1 fährt uns an roten Sternen vorbei, die Schilder mit den Parolen für Perestroika und die Einheit der Sowjetmacht stehen noch. Überall. Im Bus wird rücksichtslos gerempelt und gedrängelt. Eine alte Frau versucht verzweifelt, ihren Metallschlitten näher an sich heranzuholen. Ihre Taschen werden zusammengedrückt. Sie schimpft. Und wird angeschnauzt. Der Bus ist in Samara das Hauptverkehrsmittel. Von Menschen mit kleinen Kindern, in Rußland sind das fast immer Frauen, oder gehbehinderten Alten kann er nicht benutzt werden.

Der Tisch unserer Gastgeber, Industriearbeiter, der Sohn studiert Deutsch, ist zum Abendbrot reichlich gedeckt. Sie leben in einer Siedlung etwas außerhalb. Auch hier grüßt Lenin, hängen die roten Sterne, prangen die alten Schilder. Neu ist, daß unsere Gastgeber bei der Großmutter eine Kuh im Verschlag stehen haben. In ihrer Garage lagert Heu. Unser Magermilchpulver bleibt unbenutzt im Rucksack. In den Läden sehen wir am nächsten Tag Reis, Nudeln und Eier, vor den Brotläden stehen keine Schlangen, wir können Margarine und Pralinen bekommen. Alte Frauen wiegen vor dem Lebensmittelgeschäft frisches Fleisch mit der Hand, verkaufen es.

Die ersten Eindrücke und zwei Wochen lang eines der wichtigsten Gesprächsthemen: die Versorgungslage im Alltag. Jeder Blick, lernen wir an unserem, trügt. Schauen wir uns nach der Mangelwirtschaft um, sehen wir Waren, berichten wir von den Waren, übersehen wir leicht die Preise, notieren wir die Preise, geraten die besonderen Umstände und Bedürfnisse aus dem Blick. Vier Rubel zahlt man für einen Laib guten Brots. Ein Pfund Butter kostet zwischen 40 und 200 Rubel, zehn Eier sind für zwanzig Rubel zu haben, eine Flasche anständiger Sekt für 150 Rubel, für eine Flasche Wodka braucht man 70 Rubel. Zitronen gibt es fast nie. Zucker gibt es nicht. Kaffee gibt es nicht. Käse gibt es nicht. Ein Lehrer verdient etwa 1.800, ein Facharbeiter etwa 3.000 Rubel. 120 Rubel bekommen wir für einen Dollar. Wer eine Datsche hat, und viele haben eine, erntet im Sommer Beeren, sucht im Herbst Pilze, Gemüse wird eingelegt. Die Selbstversorgung spielt eine zunehmend große Rolle, nicht mehr nur für Luxuswaren, sondern für Grundnahrungsmittel. Einiges von dem, was es nicht gibt, ist über Freunde zu bekommen, Freunde und Familie sind überlebenswichtig. Die Tauschwirtschaft blüht. Manches allerdings bekommen auch Freunde nicht.

Samara war bis vor zwei Jahren eine »geschlossene Stadt«: Hier hat ein Großteil der Raumfahrtindustrie ihren Sitz, im Zweiten Weltkrieg zog sich die sowjetische Regierung hierher zurück. Der »Stalin-Bunker« ist heute ein kleines, aber wegen »Umbauarbeiten« geschlossenes Museum. Ausländer durften die Stadt nicht besuchen. Entsprechend dürftig waren unsere Möglichkeiten, vor Antritt der Reise etwas über Samara in Erfahrung zu bringen. In Wassilij Grossmans Roman über Antisemitismus und die Schlacht bei Stalingrad, »Leben und Schicksal«, der bis 1989 verboten war (s. KONKRET 1/91), wird die Situation der nach Kuibyschew evakuierten Moskauer, darunter auch viele Juden, ausführlich beschrieben.

Wir wollten uns auf unserer Reise über den russischen Alltag informieren, nicht über den Antisemitismus im Land. In Samara aber sind die Zeichen jüdischer Kultur so unübersehbar wie ihre Enteignung, die Folgen des jahrzehntelangen, staatlich organisierten, verdeckten Antisemitismus. Und wir fanden viele, die uns bereitwillig und ohne Vorbehalte erzählten. »Es gibt bei uns ein paar stereotype Vorstellungen über andere Nationen. Die von den Deutschen ist, daß sie nach dem Faschismus eine vorbildlich demokratische Gesellschaft aufgebaut haben, in der es Antisemitismus und Pogrome nie wieder geben wird«, erklärt uns Jurij, ein Übersetzer, warum viele russische Juden gerade nach Deutschland ausreisen wollen - von Übergriffen gegen Ausländerinnen und Ausländer, von Friedhofsschändungen haben sie zwar mal gehört, aber diese sowohl in den eigenen, als auch in den hier zu bekommenden deutschen und US-amerikanischen Medien nur als Aktionen ewiggestriger, kleinster Minderheiten präsentiert bekommen, Randnotizen aus der deutschen Wirklichkeit, kein Hinweis auf deren prägenden Mainstream. »Die deutsche und die russische Geschichte« - auch das hören wir oft in unseren Gesprächen mit russischen Juden - »weisen so viele Parallelen auf. Ihr habt die Epoche des Totalitarismus schon lange aufgearbeitet, wir fangen gerade erst mühsam damit an.«

1903 wurde in Samara eine der größten Synagogen in Europa gebaut. Heute arbeitet in dem prachtvollen Backsteinbau die größte Brotfabrik der Stadt. Die Scheiben zwischen den als Fensterkreuze eingesetzten Davidsternen sind zerbrochen. Wir wollen uns den Innenraum ansehen. Kein Problem. Eine freundliche Frau führt uns durch vier Vorzimmer. Schließlich stehen wir beim Direktor des immer noch staatlichen Betriebs im Büro. Lenin sieht uns entschlossen an. Der Direktor wirkt eher unsicher. Wir können gerade noch erklären, daß wir aus Deutschland sind, da beginnt er sich bereits zu rechtfertigen. Auch er findet, daß das Gebäude der Jüdischen Gemeinde zurückgegeben werden sollte, die Enteignung war ein großer Fehler, und außerdem seien die Produktionsanlagen völlig veraltet. Wenn Israel also neue Produktionsanlagen kaufen würde, auf das Brot könnten sie schließlich nicht verzichten...

Es gibt noch eine zweite Synagoge in Samara: in einer kleinen Seitenstraße der Innenstadt. Wir gehen durch zwei Hinterhöfe und stehen vor einem kleinen Haus. Das Purim-Fest steht bevor. In der Synagoge wird Matze gebacken. Die Technik mutet noch altertümlicher an als die in der Brotfabrik: Die Stücke werden mit der Hand zurechtgeschnitten und auf langen Holzstangen in einen holzgefeuerten Ofen gelegt. An der Wand hängt unübersehbar groß die israelische Flagge. In dem kleinen, mit Kartons vollgestellten Raum steht ein alter Mann: Er ist der Gemeindevorsteher, der Rabbi ist vor zwei Jahren gestorben und ein neuer noch nicht gefunden. »Juden verlassen Rußland, keiner kommt her«, resümiert der alte Mann das Dilemma der kleinen Gemeinde. Über die Schwierigkeiten der Juden in Rußland, über Antisemitismus mag er nicht reden. »Wir haben immer gebetet. Als es verboten war. Jetzt. Wir stellen Wachen vor unserer Synagoge auf, damit sie geschützt wird.« Schlimmer findet er, daß die Jungen nicht religiös erzogen werden. Es sei auch schwierig, die für den Gottesdienst erforderlichen zehn Männer zum Minjan zusammenzubekommen. Die Stimmung in dem liebevoll dekorierten Gotteshaus ist melancholisch, aber nicht verbittert. Der Vorsteher und seine kleine Gemeinde haben ein Arrangement mit dem Unvermeidlichen getroffen. »Kommen Sie wieder. Am 18. März ist unser Purim-Fest. Sie sind herzlich eingeladen.«

Am Sonntag darauf, bei einem Treffen des jüdischen Kultur- und Sportvereins »Makabäa« geht es lebhafter zu. Vor zwei Jahren wurde eine Art Volksuniversität gegründet. Jeden Sonntag gibt es Veranstaltungen über jüdische Kultur, es werden Lesungen durchgeführt, Filme gezeigt, Reisen nach Israel organisiert und Kinderlager geplant. Es gibt einen Jugendklub, zwei Sonntagsschulen und eine kleine Bibliothek. Von »Makabäa«, in dem auch viele nicht-religiöse Juden engagiert sind, wird auch die Forderung erhoben, die alte Synagoge an die Juden zurückzugeben.

Grigorij Lachowiecki, der Vorsitzende von »Makabäa«, berichtet uns, daß immer weniger Juden aus Samara nach Israel gehen. Die ökonomischen Probleme, von denen Ausgewanderte berichten, die hohen Mieten dort und die geringen Chancen, eine Arbeit zu finden, schrecken viele ab. Die »Alijah« als Ausweg zu haben, als möglichen Fluchtweg, gibt den meisten aber dennoch eine Sicherheit. »Wir haben heute viel mehr Freiheiten, am wichtigsten ist, daß wir die Freiheit haben, das Land zu verlassen«, präzisiert später in Moskau der populäre Krimi-Autor Arkadi Waijner diese Haltung.

Gerade die Jugendlichen, von denen einige in Israel Verwandte besucht haben, berichten als wichtige Erfahrung von dort, wie beruhigend es ist, einmal keinen antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt zu sein. Im gleichen Atemzug relativieren sie die Bedrohung daheim. Sie wollen nicht als verängstigte Opfer erscheinen. Die Umstrukturierung in Rußland, die den aggressiven Antisemitismus wieder zutage treten ließ, hat ihnen auch ermöglicht, sich zu organisieren und zu wehren. »Ich schäme mich heute nicht mehr, Jude zu sein«, sagt Alexander, andere stimmen ihm zu, und Irina ergänzt: »Der Antisemitismus heute, die Friedhofsschändungen, die Hänseleien in der Schule, die Pöbeleien in der Kneipe - das ist der normale Antisemitismus, den es überall auf der Welt gibt. Außer in Israel. Dagegen können wir uns zur Wehr setzen. Früher hat niemand uns als Juden beschimpft oder angegriffen, aber die Repressionen durch Betriebsdirektoren, Lehrer oder Vorgesetzte gab es trotzdem - und oft schlimmer.« Alexander, der meint, daß der Antisemitismus hier an ihm abprallt, der das »Jude« im Paß nicht mehr als diskriminierend empfindet, denkt dennoch immer wieder daran auszuwandern. »Nicht wegen des Antisemitismus, sondern weil ich in Israel viele Freunde und Verwandte habe, es ist das Land meiner Vorfahren.« – »Aber was hält dich hier?« – »Ich habe auch hier Freunde und Verwandte. Auch Rußland ist das Land meiner Vorfahren.«

In Samara sind 9.000 Menschen offiziell als »Juden« registriert, 2.000 von ihnen haben das Land verlassen. Tatsächlich leben aber über 50.000 Juden in der Stadt: Kinder, die nur einen jüdischen Elternteil haben, konnten sich nach altem sowjetischen Recht mit 16 Jahren entscheiden, ob sie Russen oder Juden sein wollten. Jurij hat sich entschieden, Russe zu werden. Geholfen hat ihm das nicht. Das Ressentiment ist gegen »Halbjuden« nicht weniger aggressiv als gegen Juden. Als Russe hat er dafür aber größere Schwierigkeiten, nach Israel auszuwandern. Er bekommt nur unter Mühen eine Einreiseerlaubnis, für ihn gibt es dort keine Existenzgründungs-Kredite. Weil seine Englischkenntnisse dort zwar nützlich wären, aber nicht, wie in Samara, den Lebensunterhalt sichern könnten, bleibt er hier – obwohl seine Cousins, die einzigen noch lebenden Verwandten, längst ausgewandert sind. »Antisemitische Attacken habe ich selbst noch keine erlebt...Doch, einmal.« Die Antwort hören wir häufiger: Verdrängung erleichtert den Alltag – und sie ist möglich, noch möglich, weil Pogrome und physische Attacken in den meisten russischen Gebieten nicht stattfinden. »In Moskau und Leningrad und in der von Kosaken besiedelten Region um Rostow ist die Situation allerdings bedrohlicher.«

»Doch, einmal. . . Das war vor einem knappen Jahr**.** Da hat mich nachts ein Anrufer geweckt: Pamjat erinnert sich an euch alle. Pamjat wird euch alle töten. Das war alles. pann hat er aufgelegt.« Damals hat sich Jurij X Zuhig hingesetzt und zwei Sachen überlegt: Woher hat der meine Telefonnummer, und woher weiß er, daß ich Jude bin? Und dann: Es kann hier keine Pogrome geben, wir Juden leben nicht mehr in größeren Siedlungen, wir sind über die ganze Stadt verstreut, das geht rein praktisch nicht. Wir leben nicht mehr im Rußland des 19. Jahrhunderts.

Von Jurijs Wohnung ist es eine knappe Viertelstunde zu Fuß bis zur Hauptstraße der Innenstadt. Hier hat das Kunstmuseum seinen Sitz, hier gibt es die meisten der kleinen Marktstände, an denen deutsche Brechbohnen, Pepsi-Cola-Flaschen, aus der Türkei importierte US-Kaugummis, Gurken, Eier und Wodka verkauft werden. Sogar zwei Cafes am Straßenrand haben geöffnet, und auf dem nahegelegenen Revolutions-Platz kann man mit etwas Glück sogar ein Taxi ergattern. Direkt gegenüber vom Kunstmuseum steht eine deutsch-evangelische Kirche. 1930 wurde sie zum Lagerhaus umfunktioniert, im September 1991 an die deutschlutherische Gemeinde zurückgegeben und am 21. Dezember 1991 mit einem Weihnachtsgottesdienst wieder eingeweiht. Der Pastor, 'Vater' Augustin, ist aus Moskau angereist. Weil er die Sprache nicht kann, wird nur das »Vater unser« auf deutsch gesprochen. Den Rest des anderthalbstündigen Gottesdienstes predigt er auf russisch.

In den Räumen des »Deutschen Kulturvereins« direkt neben der Kirche klagt 'Vater' Augustin später, daß die Religiosität in Rußland nur eine Modeerscheinung sei. Vom wahren Glauben seien die meisten noch weit entfernt. Der hagere Fünfzigjährige, der im Verlauf seiner religiösen Karriere im orthodoxen Priesterseminar und bei einem katholisch-jüdischen Eremiten studiert hat, bevor ihn der evangelische Glaube ergriff, missioniert noch in anderen russischen Städten und hofft, seine Deutschkenntnisse so vervollkommnen zu können, daß er die Liturgie dann deutsch hersagen kann. Daß er auch weiterhin russisch predigen wird, erwähnen die beiden Kirchenvorsteherinnen als Beweis dafür, daß sie auch mit Menschen anderer Nationalität gut auskommen wollen. Im übrigen berichten sie zufrieden über den Aufbau der Gemeindearbeit. Ein deutschsprachiger Pastor allerdings, der fehlt ihnen noch. Und auf die Bundesregierung sind sie nicht gut zu sprechen: Außer einer Rußland-Karte, auf der Leningrad ins Landesinnere, Samara in den Südosten des Landes und Wolgograd weit von der Wolga entfernt verlegt wurden, hätte Bonn noch keinerlei Hilfe für ihre deutsche Aufbauarbeit geleistet. Erst als sie, wir verabschieden uns gerade, erfahren, daß ich nicht nur interessierter Reisender, sondern Journalist bin, geht eine wundersame, aber sehr plötzliche Wandlung vonstatten. »Dann haben wir Ihnen ja das Falsche erzählt«, sorgt sich Galina Wiebe, »Sie müssen unbedingt noch einmal wiederkommen, damit wir Ihnen von unseren großen Schwierigkeiten erzählen können.«

Tatsächlich kümmert sich die Bundesregierung wenig um die religiöse Entfaltung der Deutschen im Ausland. Was die Durchsetzung ökonomischer Interessen angeht, sind die Bonner allerdings weniger zurückhaltend. Fast gleichzeitig mit uns ist das Team einer deutschen Consulting-Firma in Samara angekommen. Neithard Petry, Senior Economist und Diplom-Ingenieur, leitet die Gruppe. Er wohnt in der Datsche, die einstmals dem Bezirksparteichef gehört hat. An einem Hang mit Blick auf die Wolga gelegen, war sie früher »verbotenes Territorium« . Der neue Hausherr begrüßt uns freundlich: »Kommen Sie rein! Hier wohnte die alte Nomenklatura. Wir sind die neue Nomenklatura.« Das sollte ein Scherz sein. Freundliches Lächeln. Auch der russische Dolmetscher lächelt. Im Kühlschrank, aus dem Petry Milch holt, liegt eine riesige Rinderkeule, im oberen Stock sind Computer installiert.

Petry und seine Firma Agrar- und Hydrotechnik GmbH sind als Projektplaner in der Entwicklungshilfe tätig. Rußland ist für sie ein großer Markt. Beratung wird hier gebraucht. Die deutschen Ingenieure haben sich einen guten Namen in der Region gemacht, weil es einer Kolchose mit ihrer Hilfe gelungen ist, innerhalb von zwei Jahren den Kartoffelertrag pro Hektar zu verdreifachen. Das neue Projekt hat größere Dimensionen: Jeweils zweihundert rußlanddeutsche Familien sollen in den drei Wolga-Bezirken Samara, Saratow und Wolgograd angesiedelt werden, um dort private landwirtschaftliche Großbetriebe zu errichten.

Die politische Dimension des Siedlungsprojekts ist Petry bewußt – er kalkuliert sie als zusätzliches Problem ein: Außer den genauen Berechnungen für fünf Standardbetriebe, die die Deutschen aufbauen sollen, und genauen Entwürfen für die Infrastruktur, die die russische Regierung sicherstellen soll, hat er deswegen eine soziologische Untersuchung durchführen lassen. Das Ergebnis faßt er knapp zusammen: »Wenn man mit den Russen redet, geht das alles.« Daß es im Saratower Gebiet dennoch Proteste und Unruhen gegen die Ansiedlung der Deutschen gegeben hat, bucht Iwan Iwanowitsch Becker, der der rußlanddeutschen Gesellschaft »Hoffnung« vorsteht und gleichzeitig für die soziologische Studie verantwortlich zeichnet, als »Machenschaft der alten Kommunisten«. Daß er selber noch vor wenigen Jahren Dozent für die Geschichte der KPdSU war, übergeht er geflissentlich.

Daß Beckers »Studie« vielleicht als Meinungsumfrage durchgehen könnte, über das mögliche Konfliktpotential, das die Ansiedlung und massive Subventionierung von Rußlanddeutschen in der Wolgaregion mit sich bringt, aber gar nichts mitteilt, möchte Petry nicht so deutlich sagen. Er dementiert es aber auch nicht entschieden. Im Augenblick haben er und sein Finanzberater von Hohenstein auch ganz andere Probleme: Die beständige Abwertung des Rubels und die geringe Bereitschaft, die russische Währung zu stützen, machen internationale Verträge, zum Beispiel über den Kauf

landwirtschaftlicher Maschinen, schier unmöglich. Die geringe Liquidität der russischen Banken läßt unsicher erscheinen, ob diese überhaupt in der Lage sind, die erforderlichen langfristigen Kredite zu gewähren. Zwar war die russische Regierung 1991 bereit, eine Million Rubel pro neuem Betrieb zu zahlen, angesichts der galoppierenden Inflation wäre mittlerweile aber ein Vielfaches dieses Betrages vonnöten. Und die insgesamt 600 Familien sollen ja erst den Anfang machen... Damit ein Signal gesetzt ist, um die Auswanderung nach Deutschland zu stoppen. »Multiplikatoreneffekt« ist das Zauberwort, mit dem Petry und von Hohenstein jonglieren. Damit der aber eintreten kann, soll jetzt erstmal ein Sofortprogramm greifen: Dreimal zehn Familien sollen möglichst noch in diesem Sommer angesiedelt werden.

Sorgen bereitet den Consulting-Leuten der Schlingerkurs der russischen Regierung – mit den lokalen Autoritäten kommen sie besser klar: Bei ihnen bewirkt die Aussicht auf erhöhte Nahrungsmittelproduktion und ausländische Investitionen rasches Einverständnis. Die Probleme sollen mit Vertretern der Bundesregierung und Delegierten der Rußlanddeutschen während unseres Aufenthalts besprochen werden. Weil wir uns so nett unterhalten haben, werden wir eingeladen.

Zwischendurch besuchen wir die Rußlanddeutschen auf eigene Faust. Iwan Iwanowitsch Becker hat eine halbe Stunde freimachen können. Wir suchen ihn in seinem Büro auf. Das Werk an der Wolga war früher ein Rüstungsbetrieb. Nochmal »verbotenes Territorium«. In der einstigen Kaderabteilung hat sich die Phönix AG eingerichtet. Manager, die den Charme von Politkommissaren versprühen, drängeln sich in einem Raum. Wenn nicht gerade einer ins Telephon brüllt, herrscht gelangweilte Stille. Leerlauf. Nur die Sekretärin muß hetzen. Und Iwan Iwanowitsch Becker. Herr Petry ist überraschend gekommen. Wir müssen uns, die Hierarchie zwischen Presse und Consulting-Experten ist klar, mit Beckers Stellvertreter begnügen. Der läßt sich Zeit. Daß jemand von uns russisch spricht, interessiert ihn nicht. Er hat erstmal einen Dolmetscher bestellt.

Die Phönix AG ist ein bemerkenswertes Unternehmen: Sie ist eine »Aktiengesellschaft geschlossenen Typs«. Über sie soll die gesamte Finanzierung des Siedlungsprojekts laufen. Sie vermittelt die Gelder, wird die landwirtschaftlichen Produkte vertreiben und will mit den Gewinnen die Ansiedlung weiterer deutschstämmiger Familien organisieren. Wie hoch das Stammkapital ist, will uns niemand verraten, deswegen sei das ja eine »Aktiengesellschaft geschlossenen Typs«. Die Aktien gibt es auch nicht an der Börse zu kaufen, sie wurden an Betriebe vergeben, bei denen Rußlanddeutsche in wichtigen Positionen sitzen. Sie stellen auch die Vertreter für den Aufsichtsrat. Ein kleines »Wer ist wer« der Wolga-Region. Präsident ist, es überrascht uns schon nicht mehr, der Vorsitzende der rußlanddeutschen Gesellschaft »Hoffnung«, Iwan Iwanowitsch Becker.

Ein paar Tage später, Petry hat die Region mittlerweile bereist, werden wir von der Versammlung aus Rußlanddeutschen, Consulting-Firma und Bundesregierung wieder ausgeladen. Leider, leider. Für Presseöffentlichkeit sei es zu früh. Alles wäre doch ein bißchen zu offiziell...

Kurz darauf findet der Kongreß der Rußlanddeutschen in Moskau statt – die Töne hier klingen noch schärfer und fordernder. Die Crew um Iwan Iwanowitsch Becker und seine 12.000 Mitglieder starke »Hoffnung«, die auf die Errichtung einer autonomen deutschen Wolga-Republik setzt, als erstes Etappenziel aber eine Besserstellung der Rußlanddeutschen sofort, durch ökonomische Hilfen aus Bonn, fordert, gelten nämlich als reformistisch. Die etwa zehnmal so starke Gesellschaft »Wiedergeburt« fordert alles Deutsche sofort. Von der Deutschen Botschaft in Moskau bekommen wir die Adresse des »Wiedergeburt«-Büros. Es liegt am Rande von Moskau, in einer trostlosen Trabantenstadt am Wald. Ausgebrannte Tanklastzüge, ein heruntergetretener Zaun, zerstörte Türen und beschmierte Häuserwände geben das richtige Ambiente ab. Das Büro der »Wiedergeburt« ist zwar nicht weniger trostlos, dafür aber akkurat eingerichtet und peinlich sauber. Alles ist deutsch: Farbfernseher, Videorecorder, der Königsberg-Wimpel an der Wand, Faxgerät, Kopierer, Schreibmaschine und die Sauerkrautdose, in der Kugelschreiber aufbewahrt werden. Nur mit der Sprache hapert es erheblich.

Dr. Viktor Schulz, Funktionär der »Wiedergeburt«, ist ein smarter Managertyp. Er lächelt immer freundlich, pflegt Kontakte mit den Vertriebenenverbänden sowie der bayerischen SPD und repetiert in immer neuen Varianten die zwei wesentlichen Positionen seiner Organisation: »Wir wollen nicht nach Deutschland wegen der Wurst und dem Bier, sondern weil wir uns als Deutsche fühlen wollen« und »Wir wollen in Rußland wie Menschen leben«. Was es heißt, sich »deutsch« zu fühlen, kann er uns auch nicht so genau erklären, nicht mal auf Russisch. Aber als »Mensch« zu leben, setzt voraus, daß man ökonomische und möglichst noch ein paar politische Privilegien bekommt. Die Bundesregierung solls möglich machen. Verblüfft reagiert er nur einmal: Als wir ihn nach der Zusammenarbeit mit anderen nationalen Minderheiten in Rußland fragen, speziell, ob sie Kontakt zu jüdischen Organisationen haben. Aber er fängt sich schnell wieder und versucht, ein Mißverständnis aufzuklären: »Die Juden wurden gar nicht verfolgt hier.« Mit den wirklich verfolgten Minderheiten dagegen, wie den Tartaren und den Kosaken, pflegen sie freundschaftliche Beziehungen. Und damit ich ihn nicht mißverstehe: Zu Hause, bei sich in Jekaterinburg, da hat er auch ein paar gute Freunde, die Juden sind. Wir verabschieden uns – und Viktor Schulz hofft, uns bald, dann in größeren und zentraler gelegenen Räumen, begrüßen zu können. Seine Chancen stehen nicht schlecht.

Jurij Sokol hat weniger einflußreiche Freunde. Und die Wohnung des ehemaligen Obristen der Roten Armee sieht auch keineswegs sauber und aufgeräumt aus. Im Gegenteil. Der pensionierte Offizier wohnt mitten im Chaos. Bücher stapeln sich zu Paketen verschnürt an den Wänden, zwischen Gedenktafeln, die an Kinder in Ghettos und die Vernichtung der Juden in deutschen Konzentrationslagern erinnern, steht ein demontiertes Fahrrad, Merksprüche hängen an der Wand und ein Schild mit den Öffnungszeiten der »Bibliothek«. Jurij Sokol hat vor zwei Jahren in seiner kleinen Wohnung die erste Jüdische Bibliothek in Moskau eingerichtet und im Nebenzimmer ein kleines »Holocaust-Museum«. Seitdem hat er immer wieder versucht, größere, öffentlich besser zugängliche Räume für die über 30.000 Bücher und die Gedenktafeln zu finden. Ohne Ergebnis. »Über 50 große Gebäude gehörten jüdischen Organisationen hier vor der Revolution und in den ersten Jahren danach«, erzählt er verbittert. »Heute hat nur das Antizionistische Komitee staatliche Räume.« Sokol hat einen Hungerstreik gemacht, um die Rückgabe wenigstens einiger Häuser zu erreichen – nach siebzehn Tagen hat er ihn abgebrochen, weil ihm die Moskauer Stadtverwaltung vage Zusagen machte. Als wir ihn besuchen, liegt das eine knappe Woche zurück. Jurij Sokol ist ausgemergelt und geschwächt. Nach einer halben Stunde kann er sich nicht mehr konzentrieren, ist völlig erschöpft. Konkret getan hat sich noch nichts. Nur seine Bücher und Plakate hat er alle verpackt, so als stünde der Umzug kurz bevor. Auch Sokol verabschiedet uns freundlich. »Sie sind die Letzten, die das hier sehen, bald haben wir ja bessere, richtige Räume.« Das klingt nicht optimistisch, eher ungläubig.

Konkret 05/92, S. 14

Boris Gröndahl

Die Heilige Allianz

Die Regierung der USA hat gemeinsam mit dem Vatikan die polnische Gewerkschaft Solidarnosc unter dem Kriegsrecht am Leben erhalten. Das erklärte Ziel dieser Rettungsaktion war, Polen aus dem sozialistischen Lager herauszubrechen und so der Sowjetunion den Todesstoß zu versetzen. Dem US-Nachrichtenmagazin »Time« war es am 24. Februar 1992 acht Seiten wert, darüber zu berichten. In Deutschland dagegen scheint niemand den Gedanken zu ertragen, daß die dilettantischen Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit vielleicht nur deshalb öffentlich begutachtet werden können, weil zuvor eine professionelle Operation der Central Intelligence Agency heimlich erfolgreich abgeschlossen wurde

»Ein Beispiel für Mut und Unbeugsamkeit« nannte Richard von Weizsäcker den Gast in seiner Tischrede. Beim Galadiner zum Auftakt von Lech Walesas Besuch in der Bundesrepublik würdigte der deutsche den polnischen Präsidenten für seinen Beitrag »zur europäischen Freiheitsrevolution«. So läßt sich der Arbeiterführer a.D. gerne feiern. Weizsäckers Redenschreiber ersparten Walesa die historisch korrekte Würdigung jenes Beitrags, in der die Namen der zwei Männer hätten fallen müssen, ohne die Walesa vielleicht heute noch Strippen in Schiffsrümpfen verlegen würde: Ronald Reagan und Karol Wojtyla, genannt Johannes Paul II.

Der amerikanische Präsident und der Papst aus Polen trafen sich zum ersten Mal am 5. Juni 1982. In der Bibliothek des Vatikan besiegelten sie jene »Heilige Allianz«, deren Wirken der Watergate-Enthüller Carl Bernstein im Nachrichtenmagazin »Time« vom 24. Februar 1992 geschildert hat. Eine Allianz, die sich gründete auf dem gemeinsamen Ziel: der Auflösung des sozialistischen Weltsystems, und auf der gemeinsamen Einsicht: daß der Weg dorthin über Polen führe. Reagan und der Papst waren sich einig, daß Polen aus dem sozialistischen Lager herausgebrochen werden könne, wenn die man Solidarnosc unter dem am 13. Dezember 1981 verkündeten Kriegsrecht als illegale aktive Organisation am Leben erhalten würde.

Das Netzwerk, das Reagan und Johannes Paul II. knüpfen ließen, versorgte Solidarnosc in den folgenden Jahren bis zur Wiederzulassung 1989 mit Geld, Ausrüstung und Beratung. Die Gewerkschaft bekam Geld aus CIA-Mitteln, vom National Endowment for Democracy, von Vatikan und westlichen Gewerkschaften. Alles, was man so braucht für den illegalen Kampf, wurde ins Land geschafft - Fax- und Telexgeräte, Druckmaschinen, Radiosender, Telefone, Kurzwellenradios, Videokameras und -recorder, Fotokopiergeräte, Computer und Textverarbeitungsgeräte; katholische Priester, CIA-Agenten und Vertreter der US-Gewerkschaft American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO) richteten die Versorgungslinien ein. Sie übermittelten Solidarnosc in brenzligen Situationen Verhaltensratschläge von Vatikan und US-Regierung und berieten bei der organisatorischen und propagandistischen Arbeit.

Gegen das Böse

Was die Reagan-Wojtyla-Connection möglich machte, war die Unzufriedenheit beider mit dem weltpolitischen Klima am Ausgang der 70er Jahre. Sowohl Reagan als auch Johannes Paul II. weigerten sich, die Grundannahme zu akzeptieren, die den Westen der Entspannungspolitik schließlich widerwillig zustimmen ließ: daß das sozialistische Weltsystem nur zu einem unvertretbar hohen Preis zu beseitigen und deshalb auf absehbare Zeit mit ihm zu leben sei. Zwar mußte selbst Reagan erkennen, daß auf militärischem Gebiet die Vernichtung des Kommunismus nur um den Preis der Vernichtung der USA zu haben war (es saß ja gottlob nicht nur er, sondern auch Breschnew am Roten Knopf). Aber deswegen aufhören zu sollen, die Vernichtung des Kommunismus zu betreiben, mochte er so wenig einsehen wie der Heilige Vater.

Den Kommunismus mit nicht-militärischen Mitteln zu besiegen; der Sowjetunion ohne Waffen den Todesstoß zu versetzen - Reagan und der Papst waren überzeugt, daß das möglich war; und eine einmalige Chance bot Anfang der 80er Jahre die Entwicklung in Polen. Eine Gewerkschaft war entstanden, die »gegen alles war, was die Sowjets oder die Kommunisten wollten« (Reagan); deren Anhänger zwar Betriebe besetzten, aber sich für den Erfolg bei der Jungfrau Maria bedankten; die, anders als etwa 1968 Dubcek in Prag, kein sozialistisches Experiment vorhatte; die vielleicht nicht bewußt prokapitalistisch, doch jedenfalls nicht bewußt antikapitalistisch war und in der darum die organisatorische Stärkung der katholischen prokapitalistischen Fraktion ihre politische Durchsetzung bedeutete. Eine Gewerkschaft, mit der ein nicht-kommunistisches Polen erkämpft werden konnte.

Und einem nicht-kommunistischen Polen würden andere osteuropäische Staaten folgen. »Uns beiden war klar, daß in Jalta ein großer Fehler begangen worden war und daß etwas getan werden müsse«, sagt Reagan heute. »Solidarnosc war genau die richtige Waffe, das in Ordnung zu bringen, weil sie eine Organisation der polnischen Arbeiter war.«

Die Unterstützung der Solidarnosc war Teil einer Strategie, mit der - laut »Time« - die sowjetische Wirtschaft zum Zusammenbruch gebracht, Reformen in der UdSSR erzwungen und die mit ihr verbündeten Staaten von ihr gelöst werden sollten. Da sich die Reagan-Regierung streng an die »Fünf-Punkte-Strategie« hielt, die »Time« zitiert, überrascht deren Enthüllung kaum: Durch die anhaltende Hochrüstung der USA, speziell durch SDI, sollte die UdSSR zu Tode gerüstet

werden (ausgeführt); gleichzeitig sollte sie von westlicher und japanischer Technologie ferngehalten und ökonomisch so isoliert werden, daß sie Devisen einerseits brauchen und andererseits nicht kriegen würde (ausgeführt); marktwirtschaftliche und entsprechende politische Reformen in Warschauer Pakt-Staaten sollten angemessen honoriert werden (ausgeführt); die Propaganda via Radio Liberty, Voice of America und Radio Free Europe wurde verstärkt; »Freiheitsbewegungen« in Ungarn, der CSSR und eben: in Polen verdeckt gefördert.

Chefsache

Am 13. Dezember 1981 verhängte General Wojciech Jaruzelski das Kriegsrecht über Polen. Sämtliche Kommunikationsverbindungen zum westlichen Ausland wurden gekappt, Solidarnosc verboten. Viele Gewerkschafts-Anführer flüchteten aus Furcht vor Verhaftung in die Kirchen und zu Priestern. Walesa wurde von der Militärregierung in einem entlegenen Jagdhaus unter Arrest gestellt. In Washington und im Vatikan begann man die Arbeit an der Kampagne für das Überleben von Solidarnosc. Der damalige US-Außenminister Alexander Haig berichtet in »Time«: »Es gab einen Riesenkrach im Nationalen Sicherheitsrat (NSC) und im Kabinett, als wir eine Liste von Gegenreaktionen zusammenstellten.« Reagans Position war eindeutig. Admiral John Poindexter, zu dieser Zeit militärischer Assistent von Reagans Sicherheitsberater William Clark: »Reagan war überzeugt davon, daß die Kommunisten sich verrechnet hatten. Nachdem sie es Solidarnosc 16 Monate lang erlaubt hatten, offen zu agieren, würde der Versuch, die Arbeiterproteste zu behindern, ihre Landsleute nur befremden. Außerdem, und das war das wichtigste, würden sie sich damit in einen direkten Konflikt mit der mächtigen Kirche begeben.«

Und die wurde Reagans Bündnispartner. Noch am selben Tag, so »Time«, fragte Reagan den Papst telefonisch um Rat. Vernon Walters wurde als Sonderbotschafter in den Vatikan geschickt, um dort den Kontakt mit dem vatikanischen Außenminister, Kardinal Casaroli, zu halten.

Als in Polen Kriegsrecht galt, war die älteste Kaderorganisation der Welt sogar der CIA überlegen. »Laut US-Geheimdienstquellen hatte der Papst Walesa über Kirchenkanäle empfohlen, seine Bewegung zur Arbeit im Untergrund anzuhalten und den 10 Millionen Solidarnosc-Mitgliedern die Botschaft zukommen zu lassen, nicht auf die Straße zu gehen und damit eine Intervention des Warschauer Paktes oder den Bürgerkrieg mit den polnischen Sicherheitskräften zu riskieren«, berichtet »Time«. Da die direkten Telefonlinien unterbrochen worden waren, habe er diese Nachricht Jozef Kardinal Glemp über Radio mitgeteilt. Auch umgekehrt funktionierte die Kommunikation einwandfrei. Vatikanische Gesandte berichteten kontinuierlich über die Situation. »Die Informationen des Vatikan waren in jeder Hinsicht besser und aktueller als unsere«, erzählt Haig. »Obwohl wir ebenfalls einige ausgezeichnete Quellen hatten, brauchten unsere Informationen zu lange, um durch die Geheimdienstbürokratie zu sickern.« Und die geheimdienstlichen Erkenntnisse, die dieCIA dem Vatikan voraus hatte, etwa die Informationen eines stellvertretenden polnischen Verteidigungsministers, der für die CIA arbeitete, wurden auf Reagans Befehl direkt an den Papst weitergeleitet.

Reagan selbst beriet die wichtigen Schritte kontinuierlich mit Clark und CIA-Chef William Casey - beide übrigens wie Haig und Walters gläubige Katholiken, sozusagen IMs des Vatikans , die Entscheidungen wurden mit dem Papst abgesprochen. Die Operation war Chefsache. Eine Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen beteiligten Stellen wurde entwickelt, mit der man offene und verdeckte Aktionen unter einen Hut brachte. Der NSC erarbeitete Vorschläge für Sanktionen. »Das Ziel war, den Sowjets den Hahn abzudrehen und ihnen die Schuld am Kriegsrecht in die Schuhe zu schieben«, erklärt Richard Pipes, ein Exilpole, der die Maßnahmen des NSC koordinierte. Die CIA bereitete die verdeckten Aktionen vor, mit denen man Solidarnosc am Leben erhalten wollte. Die Kirche sorgte dafür, daß diese Maßnahmen stets der Lage in Polen angepaßt wurden.

»Time« zitiert einen weiteren NSC-Vertreter: »Sie (die Kirchenführer) versuchten im Grunde, Verhältnisse zu schaffen, die die ernste Gefahr einer sowjetischen Invasion abwendeten und es uns gleichzeitig erlaubten, den Widerstand immer weiter zu verstärken; sie waren ein wesentlicher Bestandteil praktisch aller unserer Überlegungen, soweites darum ging, einzuschätzen, wie sich die staatliche Repression in Polen entwickelte - ob sie sich verstärkte oder abschwächte, und wie wir darauf antworten sollten.« Als im Sommer 1984 aus Polen berichtet wurde, daß die von den USA verhängten Sanktionen nicht mehr die erwünschte Wirkung zeigten - die polnische Bevölkerung litt unter ihnen, doch die Kommunisten blieben trotzdem an der Macht und konnten Versorgungsprobleme mit den Sanktionen begründen , reiste der Gesandte des Papstes in Washington, Erzbischof Pio Laghi, nach Santa Barbara zur Sommerresidenz des Präsidenten. Einige Sanktionen wurden daraufhin aufgehoben, gleichzeitig aber der ökonomische Druck auf die Sowjetunion aufrechterhalten: als Strafe für die Unterdrückung Polens.

Zweitausend Jahre Erfahrung

Der Sicherheitsberater des ehemaligen Präsidenten Carter, Zbginiev Brzezinski, beriet die Regierung bei ihrer Kampagne. Er lobt jetzt Casey, der für die operative Seite zuständig war: »Er war sehr flexibel und sehr einfallsreich und nicht sehr

bürokratisch; wenn etwas getan werden mußte, dann wurde es getan. Eine Bewegung im Untergrund zu unterstützen, erfordert eine Menge in Bezug auf Lieferkanäle, Netzwerke usw. Weil das gut klappte, wurde Solidarnosc nicht zerschlagen.« Auf der anderen Seite mußte Solidarnosc mit diesen Mitteln vorsichtig umgehen, denn ein Einmarsch der sowjetischen Truppen konnte nie ganz ausgeschlossen werden. »Time« zitiert einen Papst-Berater: »Wenn man sich die Lage von Solidarnosc klar macht, dann sieht man, daß sie sehr geschickt handelten, ohne in den brenzligen Situationen zu viel Druck zu machen - weil sie von der Kirche angeleitet wurden. Es gab Zeiten, in denen wir Solidarnosc zurückhielten. Polen war eine Bombe, die jeden Augenblick hochgehen konnte - im Herzen des Kommunismus, zwischen Sowjetunion, Tschechoslowakei und Ostdeutschland.« Solche taktischen Überlegungen waren Sache der Kirche. Wie Laghi dem US-Sonderbotschafter Walters vor einem Gespräch mit dem Papst sagte: »Hören Sie auf den Heiligen Vater. Wir haben 2000 Jahre Erfahrung mit sowas.«

Die Führer der Solidarnosc ließ man über das Ausmaß der konspirativen Zusammenarbeit im Dunkeln. »Offiziell wußte ich nichts von der Zusammenarbeit der Kirche mit den Vereinigten Staaten«, sagt Wojciech Adamiecki, damals Herausgeber von illegalen Solidarnosc-Zeitungen, jetzt Berater der polnischen Botschaft in Washington. »Man sagte uns, daß der Papst den Sowjets gedroht hätte, nach Polen zu fliegen und dem polnischen Volk beizustehen, wenn sie in Polen einmarschieren würden.« Der US-Präsident an der Seite der Arbeiterklasse, der Papst auf der Seite des Volkes, alles wie gehabt. »Die Kirche war eine entscheidende Stütze - teils offen, teils verdeckt. Offen, sofern es um humanitäre Hilfe ging - etwa um Nahrungsmittel, Geld, Medizin, ärztliche Behandlung in Kirchen , und verdeckt, sofern politische Aktivitäten unterstützt wurden: Verteilung von Druckmaschinen aller Art, Versammlungsräume für illegale Treffen, Organisation von gewissen Demonstrationen.«

Wer hat uns verraten?

Als dritten, gewissermaßen Junior-Partner spannte Casey die amerikanische und europäische Arbeiterbewegung ein. Casey, der im II. Weltkrieg für den US-Geheimdienst OSS gearbeitet hatte und in den Jahren nach dem Krieg an den frühen CIA-Aktionen in Westeuropa beteiligt war, knüpfte Kontakte zur Sozialistischen Internationale. Daß es wichtig war, sie für die Solidarnosc-Solidaritätskampagne zu gewinnen, wußte er: »Wie die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas von der CIA als Instrument der amerikanischen Politik genutzt wurden, um nach dem Krieg antikommunistische Regierungen zu etablieren«, so »Time« im generösen Tonfall des Siegers, der nach dem Ende des Kampfes seine Kniffe verraten kann, »so war das Ziel nun, grob formuliert, die Schaffung einer christlich-demokratischen Mehrheit - mit der Kirche und der überwiegend katholischen Mitgliedschaft der Solidarnosc als herrschender politischer Kraft in einem nach-kommunistischen Polen«. Wo sozialdemokratische Parteien an der Regierung waren, durften sie noch ein bißchen mitspielen: Die schwedische Regierung beispielsweise lieferte falsch ausgezeichnete Container mit Ausrüstungsgegenständen für Solidarnosc nach Gdansk. Ansonsten mußten die Sozis ins Bett, wenn die wichtigen Dinge besprochen wurden: »Casey achtete darauf, die amerikanische und europäische Arbeiterbewegung nicht dadurch zu ‘vergiften’, daß er ihnen zu viele Details über die Aktivitäten der Regierung mitteilte.« (»Time«)

Am engsten eingebunden war der größte Gewerkschaftsbund der USA, AFL-CIO - auch das wohl wegen der guten Erfahrungen, die man im Nachkriegseuropa und während der McCarthy-Ära in Amerika gemacht hatte. AFL-CIO-Präsident Lane Kirkland beriet sich regelmäßig mit Clark und anderen Beamten des Außenministeriums und des NSC. Auch AFL-CIO lieferte Material für den illegalen Kampf der Solidarnosc und stimmte mit den Regierungsstellen ab, wie es am effektivsten eingesetzt werden könne. Und die Gewerkschafter hatten natürlich Qualifikationen, die in der Regel nicht die starke Seite einfacher CIA-Agenten sind: Erfahrung mit der Erstellung von Propagandamaterial und Organisationsgeschick. Casey ließ den Kollegen freie Hand, auf sie konnte er sich verlassen.

Zum Zentrum der halb verdeckten, halb öffentlichen Solidarnosc-Solidarität wurde das Büro der Gewerkschaft in Brüssel. CIA-Agenten, AFL-CIO-Aktivisten, Vertreter der Sozialistischen Internationale, Pfaffen, Kuriere, hier gingen sie ein und aus,tauschten Informationen aus, klärten den Bedarf an Material für die illegalen Aktionen von Solidarnosc und planten Routen, es ins Land zu schaffen.

Mit dieser technischen und organisatorischen Hilfe konnte bald in nahezu jeder polnischen Stadt eine Solidarnosc-Zeitung erscheinen, konnten Flugblätter und Plakate hergestellt und verteilt werden. Die Kirche legte die Zeitungen der Solidarnosc ihren eigenen, legalen Blättern bei. Laut »Time« gab es über 400 Untergrundzeitungen und -zeitschriften, einige mit Auflagen von über 30.000 Exemplaren. Bücher, Broschüren und Comics mit Solidarnosc-Propaganda wurden zu tausenden unter die Leute gebracht. Der AFL-CIO verdankte Solidarnosc die modernsten ihrer Agitationsmittel: die geheimen Radiosender. Mit ihnen unterbrachen sie immer wieder das staatliche Radioprogramm und sendeten Losungen wie: »Solidarnosc lebt!« oder »Leistet Widerstand!« Den größten Coup landeten die Piratensender während eines Fußballspiels, das live im Fernsehen übertragen wurde. Als der Schiedsrichter zur Halbzeit pfiff, blendeten sie das Solidarnosc-Logo ein und verlasen einen Text, der zum Widerstand aufrief. Das Timing des TV-Spots verweist auf AFL-CIO-Beratung: Solidarnosc als commercial.

Alles in allem war der Umfang der Aktionen in Polen bescheiden, verglichen mit CIA-Aktivitäten in Afghanistan, El Salvador oder Nicaragua. Finanziell bewegten sie sich im Portokassen-Rahmen, ein Salvador Allende mußte nicht ermordet werden, weil es keinen gab. »Alles, was sie zu tun hatten, war, die Kräfte, die es schon gab, zu Ende spielen zu lassen, und keine Fingerabdrücke zu hinterlassen«, meint ein Experte in »Time«. Das scheint zwar etwas untertrieben, doch klar ist wohl, daß diese Gemeinschaftsoperation von CIA und Vatikan eine der effektivsten im Krieg der Gesellschaftssysteme war, so effektiv, daß man sich fragt, ob sie überhaupt nötig gewesen ist.

Am 19. Februar 1987 versprach die polnische Regierung, mit der Kirche in Verhandlungen zu treten. Zur Belohnung hob Reagan sämtliche Sanktionen auf. Im Juni ‘87 bereiste der Papst Polen und wurde von vier Millionen polnischer Katholiken gefeiert. Nachdem 1988 auch Michail Gorbatschow Jaruzelski empfohlen hatte, Solidarnosc an der Regierung zu beteiligen, mußte dieser die Gewerkschaft am 9. April 1989 wieder zulassen. Die Kampagne der polnischen Militärregierung zur Unterdrückung von Solidarnosc war gescheitert. Sie war gescheitert unter anderem, weil sich, nicht zum ersten Mal, die Feinde des Sozialismus der Mittel der Arbeiterbewegung bedienten: Agitation, Propaganda, Streiks, Betriebsbesetzungen, Mobilisierung der Massen. Sie scheiterte unter anderem, weil sich, auch das nicht zum ersten Mal, die offiziellen Vertreter des Sozialismus der Argumente der Feinde des Sozialismus bedienten. Die Kampagne der polnischen Militärregierung war weder eine echte Kampagne, noch gar eine sozialistische. Ob es möglich gewesen wäre, die polnische Arbeiterklasse für den Sozialismus zu mobilisieren, muß offen bleiben, weil es nicht versucht wurde. Wojciech Jaruzelski verkaufte sich stets vor allem als polnischer Patriot. Wer aber nationalistischen Katholiken den kleinen Finger reicht, kriegt deren ganze Hand in die Fresse bzw. Walesa zum Staatspräsidenten, den mutigen unbeugsamen Führer des polnischen Proletariats, das er bei seinem letzten Besuch vor zwei Jahren dem deutschen Kapital mit den Worten feilbot: »Wenn Sie zum Beispiel ein Unternehmen bei uns eröffnen und Sie würden den höchsten Fachleuten bei uns 15 Dollar pro Monat zahlen, dann werden alle hinter Ihnen herlaufen, und alle werden doppelt so leistungsfähig arbeiten. Und was ist das schon, 15 Dollar?«

Boris Gröndahl schrieb in KONKRET 10/91 über die SPD als Bewährungshelfer

Konkret 05/92, S. 16

Michael Schilling

Arbeiterführer und Brutkästen

Die jetzt vom Watergate-Reporter Carl Bernstein im US-Magazin »Time« enthüllte Story der CIA-Vatikan-Solidarnosc-Connection verdankt ihre Veröffentlichung dem Übermut der Schlapphüte, die nach dem finalen Sieg über das Reich des Bösen endlich auch ihre geheimen Verdienste dabei vor großem Publikum gewürdigt sehen wollen. Überall machen sich solche Ambitionen bemerkbar - beim ehemaligen BND-Präsidenten Hellenbroich ebenso wie bei den Vertretern einer US-Werbefirma, die jetzt gegenüber dem WDR-Magazin »Monitor« mit ihrer tollsten PR-Aktion prahlten, worüber Springers garantiert antiamerikanismusfreie »Welt« so berichtete:

Als vor eineinhalb Jahren die Truppen des irakischen Diktators Saddam Hussein in Kuwait einmarschierten, sträubten sich zunächst breite Teile der Weltbevölkerung gegen einen Krieg, der zur Befreiung des Ölemirats führen sollte. Erst als ein 15jähriges kuwaitisches Mädchen vor dem UNO-Menschenrechtsausschuß die Greueltaten der irakischen Truppen beschrieb, führte das zu einer Wende in der öffentlichen Meinung.

»Die Irakis rissen Säuglinge aus ihren Brutkästen und schmissen die leblosen Körper auf den Boden«, berichtete die Augenzeugin Nayirah damals mit gebrochener Stimme. Unter Tränen beschrieb sie den Mord an den Säuglingen. Nun haben Vertreter der US-Werbefirma Hill and Knowlton gegenüber dem WDR-Magazin »Monitor« erstmals zugegeben, diese »Brutkastengeschichte« sei erfunden.

Dee Alsop, der Werbefachmann des PR-Unternehmens berichtete, daß die kuwaitische Königsfamilie Al-Sabah für diesen Auftritt zehn Millionen Dollar bezahlt habe. Die Werbefirma habe dafür die 15jährige Nayirah, eine Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA, für ihren Auftritt trainiert und einen Zahnarzt unter falschem Namen als kuwaitischen Chirurgen ausgegeben, der die Lügengeschichte bezeugt habe.

Wer weiß, ob Hill and Knowlton oder eine andere Werbeagentur zuvor, gleichzeitig oder danach für andere Menschenrechts-Mandanten tätig geworden sind - etwa für Vaclav Havel, für die afghanischen Freiheitskämpfer, für Eden Pastora, für Franjo Tudjman; oder welcher sozialistischen/ libertären/ reformkommunistischen/ anarchistischen/ feministischen oder sonstwie revolutionären Organisation die eine oder andere etwas andere Agentur ideologisch und logistisch aufgeholfen hat? Wer es (noch) nicht weiß, weiß aber doch schon, daß äußerste Skepsis geboten ist, wenn ARD, ZDF und alle anderen in Bild und tränenreichem Wort von den Greueltaten frecher Drittwelt-Diktatoren oder vom gewalt- und selbstlosen Kampf liebenswerter Revolutionäre berichten.

Michael Schilling schrieb in KONKRET 12/91 über den Antisemiten Franz Alt

Konkret 05/92, S. 18

Kurt Hübner

Warten auf den Kollaps

Germanisierung? Überfremdung? Ausverkauf? Noch kann von einer Machtübernahme des ausländischen Kapitals in den Ländern des ehemaligen Ostblocks keine Rede sein. Im Gegenteil: Westliche Investoren sind nach wie vor nicht interessiert

Nachdem im Revolutionsjahr 1989 in allen ost- und mitteleuropäischen Ländern die Weichen für den Übergang zu kapitalistischen Geld- und Marktwirtschaften gestellt wurden, macht sich heute, gerade einmal etwas mehr als zwei Jahre nach dem politischen Regimewechsel, zunehmende Skepsis hinsichtlich der Modalitäten des eingeschlagenen Weges und seiner Erfolgschancen breit. Für eine solche Skepsis gibt es viele Gründe: Wenn auch in unterschiedlichem Tempo, so sind doch in allen Transformationsökonomien eine Schrumpfung des Sozialprodukts, drastische Verringerungen der industriellen Produktion, steigende Arbeitslosenzahlen, überschießende Preissteigerungen und rückläufige Realeinkommen zu verzeichnen. Die politisch jeweils von großen Mehrheiten gewünschte und gestützte Systemveränderung verlangt einen hohen sozialen Preis, den man jedoch immer widerwilliger zu zahlen bereit ist.

Die Unzufriedenheit entlädt sich auf vielfältige Weise: Ethnisch-nationale Konflikte zählen genauso dazu wie das Schüren xenophobischer und antisemitischer Ressentiments oder die Rückbesinnung auf vormoderne Wertesysteme, wie sie etwa die Pamjat-Bewegung in Rußland auf ihre Fahnen geschrieben hat. Aber auch dort, wo die Unzufriedenheit rationalere Ausdrucksformen findet, ist keineswegs gewährleistet, daß sich der politische Wille in angemessenen Handlungen niederschlägt. So haben etwa in Polen bei den letzten Wahlen zum Sejm jene Parteien eine rechnerische Mehrheit erhalten, die sich für eine Veränderung der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Masowiecki und seines Finanzministers Balcerowicz ausgesprochen haben. Der Wunsch, den Übergang zu einer kapitalistischen Geld- und Marktwirtschaft sozial verträglicher zu gestalten, stößt freilich an Grenzen, die durch ökonomische Strukturparameter etwa in Gestalt der gewaltigen Außenverschuldung der polnischen Ökonomie vorgegeben sind und nur langfristig verschoben werden können. Das jüngst von der Mitte-Rechts-Regierung Olzewski vorgelegte Wirtschaftsprogramm, das strukturelle Anpassungshilfen für notleidende Sektoren und einige kleinere soziale Gratifikationen für Rentner und Lohnabhängige vorsah, wurde nicht nur - aus unterschiedlichen Gründen - von der Mehrheit des polnischen Parlaments abgelehnt; es stieß auch aufgrund der vorgesehenen leichten Lockerung der neoliberalen Geldpolitik- und Budgetvorgaben auf scharfen Widerspruch des Internationalen Währungsfonds (IWF), dessen Experten auf die mit dieser Vorlage verbundene Gefahr einer beschleunigten Inflationierung verwiesen.

Solche Warnungen müßten nicht weiter ernst genommen werden, wenn Polen nicht in höchstem Maße auf Institutionen wie den IWF angewiesen wäre: Ohne das Placet des Fonds kann keine polnische Regierung eine entlastende Regelung ihrer Schuldenzahlungen an die privaten westlichen Gläubiger erreichen und auf den Zufluß neuen privaten Kapitals vertrauen. Die Konstellation mutet paradox an: Ausgerechnet in einer Phase der polnischen Geschichte, in der der politischen Fremdbestimmung ein Ende gesetzt worden ist, kommt eine ökonomische Außenbestimmung zum Tragen, die zumindest auf dem Feld der Wirtschaftspolitik - einen weitreichenden Souveränitätsverlust der polnischen Gesellschaft zum Ausdruck bringt.

Die am polnischen Beispiel sichtbar werdende strukturelle Abhängigkeit der Transformationsökonomien vom Wohlwollen der supranationalen Institutionen des kapitalistischen Weltmarktes und von den Akkumulationsstrategien des westlichen Kapitals übersetzt sich in Ost- und Mitteleuropa vielfach in einen fremdenfeindlichen Nationalismus, der sich nicht selten antikapitalistisch verkleidet. So wurde etwa in der CSFR der Brief eines - anonym gebliebenen - hohen Beamten des Geheimdienstes bekannt, der Präsident Havel vor der wirtschaftlichen und sozialen Machtübernahme des deutschen Kapitals meinte warnen zu müssen. Solche Warnungen kommen nicht nur in der CSFR gut an. Auch in den anderen ost- und mitteleuropäischen Ländern werden immer wieder Ängste vor ausländischen Kapitalinteressen laut. Ein zweites Paradoxon ist hier zu konstatieren: Ausgerechnet in einer Konstellation, in der die politisch nach wie vor gewollte Transformation zu kapitalisti-schen Ökonomien auf ausländischen Kapitalzufluß angewiesen ist, werden in der politischen Sphäre Osteuropas Stimmen gegen entsprechende Engagements vernehmlicher.

Dabei haben die xenophobischen Wortführer wenig stichhaltige Argumente zur Verfügung, mit denen sie ihre Ausverkaufsängste begründen könnten. Die nackten ökonomischen Daten geben eher Anlaß für gegenteilige Befürchtungen. So ist trotz gewaltiger Hilfsprogramme und Sonderfinanzierungen sowie zahlreicher IWF- und Weltbankkredite im Jahr 1990 der Nettotransfer finanzieller Ressourcen nach Osteuropa (ohne UdSSR) negativ ausgefallen. Anstelle eines Nettoressourcenzuflusses, der erst die Ausverkaufsrhetorik fundieren könnte, hatte die Region einen Abfluß von 1,3 Mrd. US-Dollar zu verzeichnen, wobei Bulgarien mit 569 Mio. US-Dollar und Polen mit 1,7 Mrd. US-Dollar die größten Kapitalverluste hinnehmen mußten. Nettoressourcenbezieher war in diesem Jahr allein Jugoslawien, das einen Überschuß von 2,5 Mrd. US-Dollar aufzuweisen hatte.

Die Gründe für diese negative Bilanz der Region lagen zum einen im Abfluß kurzfristigen Kapitals und zum anderen in den hohen Schuldendienstleistungen der ost- und mitteleuropäischen Ökonomien gegenüber den privaten westlichen Banken. Allein Ungarn, Polen und Bulgarien leisteten im Jahr 1990 5,4 Mrd. US-Dollar Zinszahlungen. 1991 hat sich der Nettoressourcentransfer der Region zwar etwas verbessert, doch konnte der Zufluß von ca. 1,6 Mrd. US-Dollar gerade mal den Abfluß des Vorjahres ausgleichen. Dieser Zufluß verdankte sich im übrigen wesentlich den Kredit- und Sonderfinanzierungstransaktionen der supranationalen Institutionen und westlicher Regierungen; der private Kapitalzufluß nach Ost- und Mitteleuropa fiel demgegenüber weiter äußerst spärlich aus. Nicht Ausverkauf, sondern Finanzmangel kennzeichnet die Lage in Osteuropa.

Wie vorsichtig und zurückhaltend das westliche Kapital gegenüber dieser Region operiert, läßt sich anhand der Daten über die registrierten ost-westlichen Joint Ventures und die damit verbundenen ausländischen Direktinvestitionen (DI) zeigen:

Zahl der Joint Ventures und Höhe der Direktinvestitionen in Mio. Dollar

Joint

1990Ventures

1991DI-Bestand

1991

DI-Strom

1990

1991Bulgarien CSFR

Ungarn

Polen Rumänien Jugoslawien UdSSR

400

1600

5693

2799

1501

3918

2905

800

3700

9100

4350

4196

4900

3700

-

892

900

200

-

-

-

4

188

300

88

-18

-

-

24

395

401

440

680

-

-Quelle: Economic Commission for Europe 1991

Zwar hat sich die Zahl der west-östlichen Joint Ventures zwischen 1990 und 1991 nahezu verdoppelt und haben sich die damit verbundenen Nettoströme der Direktinvestitionen von 562 Mio. auf 1,94 Mrd. US-Dollar mehr als verdreifacht. Auffällig ist jedoch, daß die mehr als 30.000 registrierten Joint Ventures jeweils nur einen durchschnittlichen Kapitaltransfer von 116.000 US-Dollar nach sich zogen. Im Durchschnitt handelt es sich mithin bei den ausländischen Direktinvestitionen um äußerst bescheidene Engagements, die mehr Absichtscharakter tragen, als daß sie Machtansprüche von Investoren zum Ausdruck bringen würden.

Exemplarisch läßt sich diese spezifische Struktur ausländischer Direktinvestitionen am Fall Polen darstellen. Von den Mitte 1991 registrierten 4.350 Joint Ventures stammen die Partner für 1.330 Gemeinschaftsunternehmungen aus Deutschland. Der deutsche Anteil an den gesamten Auslandsinvestitionen in Polen beläuft sich damit auf 27 Prozent. Durchschnittlich haben die deutschen Unternehmen rd. 190.000 Mark pro Gemeinschaftsprojekt investiert - bedenkt man, daß ein weltmarktkonkurrenzfähiger Arbeitsplatz in der bundesdeutschen Exportindustrie heute ca. 250.000 Mark kostet, dann wird das geringe Investitionsengagement deutlich. Einer repräsentativen Umfrage des Hamburger Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge handelt es sich bei den deutschen Anteilseignern überwiegend um kleinere Betriebe mit unter 50 Millionen Mark Jahresumsatz und weniger als 100 Mitarbeitern, die in konsumnahen Produktions- und Dienstleistungsbereichen mit dem Schwerpunkt Handelsaktivitäten operieren. Die polnischen Partner sind hauptsächlich mittlere Unternehmungen, die in der Rechtsform der GmbH organisiert sind, für die lediglich ein Stammkapital von umgerechnet 1.500 Mark aufgewendet werden muß.*

Transnationale Konzerne haben sich bislang in Polen zurückgehalten. Zwar will der US-amerikanische Automobilkonzern General Motors (GM) im Rahmen seiner Osteuropa-Strategie im Laufe der nächsten zwei Jahre den Opel-Astra mit einer geplanten jährlichen Stückzahl von 25.000 im Rahmen eines Gemeinschaftsunternehmens mit dem staatlichen Produzenten Fabryka Samochodow Osobowych (FSO) in Polen vom Band laufen lassen. Doch läßt GM bei diesem Joint Venture Vorsicht walten: Die anfängliche Investition von 75 Mio. US-Dollar soll erst auf 300 Mio. aufgestockt werden, wenn die Aussichten als günstig gelten.

Eine ähnliche Politik verfolgt GM in Ungarn, wo seit März 1992 die Produktion des Opel Astra angelaufen ist; freilich beschränkt sich auch dieses Engagement darauf, pro Jahr 15.000 Wagen herzustellen. Trotz dieses geringen investiven Volumens zählt GM in Ungarn zu den größten ausländischen Direktinvestoren. Das bundesdeutsche Kapital, auf das etwa 2.000 Joint Ventures entfallen, nimmt mit einem Investitionsvolumen von etwa 400 Mio. US-Dollar hinter den Amerikanern den zweiten Platz in der Liste der ausländischen Direktinvestoren ein. Wie in Polen dominieren auch in Ungarn die Engagements kleiner und mittlerer Betriebe, die im Durchschnitt etwa 200.000 US-Dollar pro Joint Venture aufbringen.

Auf den ersten Blick anders gelagert ist die Situation in der CSFR. Dort haben weltweit agierende Konzerne, insbesondere aus Deutschland, für Furore gesorgt. Am bekanntesten ist das Joint Venture von VW und den Skoda-Automobilwerken geworden: Im März 1991 vereinbarten nach langem Tauziehen beide Unternehmen eine VW-Beteiligung von 31 Prozent, die bis 1995 auf 70 Prozent steigen soll. Finanziell höher eingestiegen ist VW bei Bratislavská Automobilová Zvody (BAZ): Am Gemeinschaftsunternehmen Volkswagen Bratislava ist VW mit insgesamt 60 Mio. Mark beteiligt, das entspricht rund 80 Prozent des Grundkapitals. Noch in diesem Jahr beabsichtigt Volkswagen Bratislava, 3.000 Passat Variant zu produzieren; bis 1993 soll die Produktion auf 30.000 Einheiten gesteigert werden. Ab Frühjahr 1994 will VW im Zuge seines weltweiten Logistik-Konzeptes jährlich 350.000 Getriebe in Bratislava herstellen.

Auch Daimler Benz hat bereits in der CSFR Fuß gefaßt. Investitionsschwerpunkt ist die Lkw-Produktion: An Liaz, dem größten inländischen Hersteller schwerer Lkw ist Daimler mit 31 Prozent beteiligt; weil der Kleinlaster-Produzent Avia, von dem Daimler Benz ebenfalls 31 Prozent hält, selbst 49 Prozent der Liaz-Werke besitzt, hat Daimler bereits heute bestimmenden Einfluß auf das Unternehmen gewonnen. Ziel ist es, bis 1995 die Werke beider Produzenten zu modernisieren, die Typpaletten aufeinander abzustimmen und so den Produktionsstandort für Exporte in andere osteuropäische Ökonomien aufzuwerten und möglicherweise auszubauen. Geplant sind Investitionen in Höhe von 350 Mio. Mark. Die Investitionsabsichten der beiden bundesdeutschen Großkonzerne haben sofort eine Reihe von Komplementärinvestitionen nach sich gezogen. So hat der Reifenhersteller Continental mit der Barum-Holding SA, einem der größten Reifenproduzenten Osteuropas, einen Vertrag über den Erwerb eines 35prozentigen Anteils geschlossen. Auch die Esso AG ist mit ihrer neugegründeten Tochter Esso Tschechoslowakei aktiv. Geplant ist der Aufbau eines Tankstellennetzes, für das in den nächsten Jahren 30 Mio. Mark aufgebracht werden sollen.

Freilich wäre es falsch, diese Investitionen als Einstieg in eine fordistische Grundstruktur mit der Automobilindustrie als Zentrum zu interpretieren, wie sie sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunächst in den USA und dann in Westeuropa entwickelt hat. Damals war die Automobilindustrie ein innovativer Sektor, der ein neues Produkt mit neuen, technisch-revolutionären Arbeitsmethoden herstellte. Hohe Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität bildeten die Grundlage für schnell steigende Profite und höhere Reallöhne. Die für die Ausweitung des Individualverkehrs erforderlichen Infrastrukturinvestitionen erhöhten das gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsvolumen und auf diesem Wege die Kaufkraft der Bevölkerung. Und schließlich sorgte die staatliche Wirtschaftspolitik dafür, daß die expansiven Effekte dieses Produktionssektors in den jeweiligen nationalen Volkswirtschaften verblieben und nicht etwa ins Ausland abflossen.

Heute stellen sich die Akkumulationsbedingungen dieses Sektors anders dar: Die Markterschließung wird von transnational operierenden Konzernen vorgenommen, die die jeweiligen nationalen Produktionsstandorte nach Maßgabe ihrer Konzernstrategien auswählen. Produziert wird nicht unbedingt für die Bedürfnisse vor Ort, sondern für den Weltmarkt. Im Zuge der konzerninternen Arbeitsteilungen können Produktionslinien, wie sie beispielsweise in der CSFR geplant sind, eher zu »verlängerten Werkbänken« denn zu integrierten Produktionseinheiten werden, die gesamtwirtschaftliche Wachstumsimpulse geben. Dafür spricht, daß die von den großen Konzernen in der CSFR vorgenommenen Investitionen bislang noch recht bescheiden ausfallen. Volkswirtschaftlich ins Gewicht fallen diese Engagements erst, wenn die vorgestellten Pläne tatsächlich auch realisiert werden. Das wird aber nicht zuletzt von der weiteren Entwicklung der osteuropäischen Wirtschaften und deren Absorptionskapazitäten sowie der Profit- und Absatzentwicklung der Automobilindustrie abhängen. Deshalb sollten die Ankündigungen von VW, in den nächsten zehn Jahren insgesamt zehn Millionen Mark in der CSFR investieren zu wollen, als das verstanden werden, was sie faktisch sind: Absichtserklärungen.

Angesichts von Stundenlöhnen, die sich umgerechnet zwischen vier und fünf Mark brutto bewegen, läßt sich zwar von äußerst profitablen Standortvorteilen sprechen, doch sind gerade diese niedrigen Löhne dafür verantwortlich, daß sich fordistische Kreisläufe in diesen Ökonomien nicht oder nur schwer entwickeln werden. Der Export in andere osteuropäische Länder wiederum wird in den nächsten Jahren noch auf gravierende Devisenaufbringungsprobleme treffen: Schon im Jahr 1991 ist das Handelsvolumen des ehemaligen RGW-Blocks infolge der Umstellung der Fakturierung von Transfer-Rubeln zu konvertiblen Währungen drastisch zurückgegangen. Angesichts der großen Probleme dieser Ökonomien bei der Tilgung ihrer Schulden ist jede Strategie, die auf den Export für die ost- und mitteleuropäischen Märkte setzt, zum Scheitern verurteilt. Sinn machen die Investitionen der Großkonzerne in der CSFR dennoch: Zum einen hat man auf relativ kostensparende und unverbindliche Weise Pflöcke in einem Markt eingeschlagen, der auf längere Sicht Profit abzuwerfen verspricht. Zum anderen hat man sich einen Produktionsstandort gesichert, der in den kommenden Auseinandersetzungen mit den deutschen Gewerkschaften um Anpassungsmaßnahmen zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit noch als Waffe eingesetzt werden kann.

Trotz solcher im osteuropäischen Vergleich nahezu spektakulärer Investitionsvorhaben kann jedoch auch im Fall der CSFR nicht ernsthaft von einer »Überfremdung« oder »Germanisierung« gesprochen werden. Von dem Mitte 1991 registrierten Bestand an ausländischen Direktinvestitionen von knapp 900 Mio. US-Dollar entfallen auf die Bundesrepublik zwar etwas mehr als 50 Prozent, doch beläuft sich ingesamt der Anteil ausländischer Unternehmen an der CSFR-Wirtschaft auf weniger als zehn Prozent. In den anderen osteuropäischen Ökonomien istder Anteil ausländischer Investitionen am gesamten Kapitalstock sogar noch geringer. Der relativ magere Zufluß privaten Kapitals in die ost- und mitteleuropäische Region macht sich mittlerweile bei der jüngst gegründeten Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die ihre Aufgabe in der finanziellen Unterstützung privater Investitionsvorhaben sieht, bemerkbar: Die verfügbaren Mittel von etwa 2 Mrd. Mark können im laufenden Geschäftsjahr mangels geeigneter Unterstützungsprojekte nicht vollständig ausgegeben werden.

Kurz: Das Problem der ost- und mitteleuropäischen Transformationsökonomien besteht heute nicht in einer Machtübernahme durch ausländisches Kapital. Die Logik der eingeschlagenen Reformen würde es sogar nahelegen, mehr ausländisches Kapital mit dem dazugehörigen produktionstechnischen know how anzulocken. Anreize dafür wurden in den

einzelnen Ländern genügend geschaffen: So bietet etwa Bulgarien Sonderproduktionszonen für westliches Kapital an, in denen in den ersten fünf Jahren keine Steuern entrichtet werden müssen. In allen Staaten des ehemaligen Ostblocks bewegen sich die offiziellen Steuersätze auf Unternehmensgewinne auf im internationalen Vergleich niedrigem Niveau, mit der zusätzlichen Möglichkeit, eine ganze Reihe von Abschreibungs- und Subventionsregelungen in Anspruch nehmen zu können. Auch wurde die Repatriierung der erwirtschafteten Profite in konvertiblen Währungen durchgängig erlaubt. Die Frage ist deshalb, warum solch großzügige Regelungen in Kombination mit den äußerst niedrigen Lohnkosten keine Investitionslawine des kapitalistischen Auslandes ausgelöst haben. Eine Antwort auf diese Frage wurde bereits gegeben: Ost- und Mitteleuropa weisen zwar einen riesigen investiven und konsumtiven Nachholbedarf auf, allein diesen Ländern fehlt bislang die entsprechende Kaufkraft. Auch ist ihre weitere ökonomische und politische Entwicklung aus Sicht westlicher Unternehmer mit zu vielen Fragezeichen versehen, als daß sie das Risiko umfangreicher Investitionen eingehen würden.

Zu solchen Investitionsunsicherheiten sind insbesondere die unklaren politischen Verhältnisse in jenen Staaten zu zählen, die akute Auflösungs- und Zersetzungstendenzen zeigen. Exemplarisch dafür ist die Geschichte des sibirischen Sachalin-Projektes: Seit Jahren wurde in der UdSSR über die Erschließung der riesigen Öl- und Erdgasfelder vor der sibirischen Insel Sachalin diskutiert, in denen 100 Millionen Tonnen Erdöl und 400 Milliarden Kubikmeter Erdgas vermutet werden. Im Januar 1992 hat ein japanisch-US-amerikanisches Konsortium der Unternehmen Mitsui, Marathon Oil und McDermott International den Zuschlag für die Erkundung der beiden Felder erhalten. Schon bald nach Vertragsabschluß mit der russischen Regierung aber begann die Regionalregierung von Sachalin, ohne Absprache mit Moskau eigene Forderungen gegenüber dem Konsortium zu erheben. Auch die russische Regierung war mit ihrer eigenen Entscheidung bald nicht mehr zufrieden und bemühte sich darum, den Auftrag an ein Konsortium der russischen Sachalin Oil Development Corporation und die US-amerikanische Exxon Corporation zu vergeben. Das Ergebnis dieses Tauziehens, bei dem es perspektivisch um Milliardenbeträge geht, ist noch offen. Klar ist allein, daß die für 1995 bzw. 1999 geplante Rohöl- und Erdgasförderung sich verzögern wird.

Angesichts solcher ökonomischen, politischen und administrativen Probleme bevorzugt das westliche Kapital finanziell kleindimensionierte Joint Ventures und folgt vor allem der Strategie des option value for waiting: Die Unternehmer beobachten die ökonomischen und politischen Entwicklungen der Länder des ehemaligen Ostblocks und erwarten im Falle einer weiteren Zuspitzung der Transformationskrise einen Verfall der Preise für Investitionsvorhaben, der sich in Relation zu den Kosten früher getätigter Investitionen als wind fall profit auswirken wird: Je mehr sich die ökonomische Krise intensiviert, desto billiger werden zukünftige Investitionsvorhaben zu realisieren sein. So gesehen könnte der »Ausverkauf« der ost- und mitteleuropäischen Ökonomien erst noch bevorstehen.

*Am 31. März meldeten die Fernseh-Nachrichten, daß ca. 2.000 Joint Ventures deutscher Betriebe mit Firmen im ehemaligen Ostblock unmittelbar vor der Pleite stünden, davon 95 Prozent der mittelständischen Engagements in der Ex-UdSSR und 70 Prozent derjenigen in Polen.

Kurt Hübner schrieb in KONKRET 9/91 über die Krise der US-Ökonomie

Konkret 05/92, S. 21

Boris Gröndahl

»In den Sattel!«

Ist Deutschland durch die Wiedervereinigung zur Weltmacht geworden? Oder hat sich die BRD mit der Einverleibung der DDR einen Klotz ans Bein gebunden? Ein neues Buch über die Debatte, die in KONKRET Rainer Trampert und Robert Kurz führten (KONKRET 10 und 12/91)

Als sich im Dezember 1991 die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft darüber echauffierten, daß sich die deutsche Position in der Jugoslawienpolitik durchgesetzt hatte, war der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung erreicht, deren Anfang mit dem Ende der DDR zusammenfiel. Seit die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges darauf verzichteten, die deutsche Wiedervereinigung zu verhindern oder sie wenigstens an Bedingungen zu knüpfen, scheint in internationalen Gremien, in denen Deutschland Sitz und Stimme hat, das Mehrheitsprinzip außer Kraft gesetzt. Elf EG-Mitglieder favorisierten über Monate eine Jugoslawienpolitik, die auf den Erhalt des Bundesstaates zielte, also auf das genaue Gegenteil des vom zwölften, der Bundesrepublik, Angestrebten. Nachdem in einer Abstimmung, in der jedes Land eine Stimme hatte, mit Mehrheit die deutsche Position beschlossen worden war, taten die elf so, als wären sie überstimmt worden.

Das Verwunderliche daran war, daß die Deutschen ihre Position nicht wirklich hatten durchsetzen müssen. Weder hatten sie für den Fall einer anderen Entscheidung mit Sanktionen gedroht, noch hatten sie die anderen Nationen mit diplomatischen Winkelzügen ausgetrickst. Eine Macht scheint vom wiedervereinigten Deutschland auszugehen, die allen ihm skeptisch oder sogar »negativ-feindlich« (Mielke) gegenüberstehenden Staaten befiehlt, ihm zu folgen.

Man kann, wie Wolfgang Pohrt (KONKRET 3/92), spekulieren, daß der Grund für die eigentümliche Erscheinung, daß sich niemand den Deutschen in den Weg stellen mag, darin liege, daß sie nur die destruktiven Wünsche seiner ‘Gegner’ ausführen. Wer ein eher hausbackenes Verständnis von Historischem Materialismus hat, wird nach den ökonomischen Prozessen fragen, die der politischen Entwicklung zugrundeliegen. Zu den wenigen, die diese Frage noch stellen, gehören die Sozialistischen Studiengruppen und ihre Zeitschrift »Sozialismus«. Deren Redakteure Joachim Bischoff und Michael Menard haben jetzt im VSA-Verlag den Band »Weltmacht Deutschland?« veröffentlicht. Das Buch zeigt, daß die Erklärung der Politik zur Zeit nicht einfacher wird, wenn man zuvor die Ökonomie betrachtet.

»Weltmacht Deutschland?« - das Fragezeichen deutet an, daß die Autoren die Bundesrepublik noch nicht für eine Weltmacht halten, vielleicht sogar, daß sie bezweifeln, es könne eine werden. Ein gewisses Risiko räumen sie ein: »Die Gefahr einer ordnungspolitischen Renaissance der Nation in Deutschland und einer neuen deutschen Großmachtpolitik ergibt sich aus einem ganzen Bündel von Problemen... erstens... die gescheiterte Transformationspolitik in Osteuropa, zweitens... einen deutschen Vereinigungsprozeß als ökonomisches Crash- und sozialkulturelles Kolonialisierungsprogramm; ... drittens... das Scheitern der Neokonservativen bei... der umfassenden Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft...« (Seite 8 f.)

Daß die sozialistische Ordnung in Osteuropa nicht etwa durch eine kapitalistische ersetzt worden ist, sondern durch eine Gangster- und Cliquenherrschaft, wird kaum noch bestritten. Wie schnell sich das ändern wird - und das bedeutet angesichts einerseits der hungernden Bevölkerung, andererseits der dort lagernden Waffen vor allem: ob es sich so schnell ändern wird, daß eine Katastrophe verhindert werden kann , ist offen. Ihre Rolle in dieser Tragödie beginnen die Deutschen gerade selbst zu schreiben: als Vorposten nun nicht mehr gegen den Kommunismus, sondern gegen das Chaos. Die Forderung nach einer deutschen Atombombe hat i.A. Arnulf Baring schon auf den Tisch gelegt.

Was aber berechtigt die Bundesrepublik zu diesem Anspruch? Bischoff/Menard: »Eine mögliche Großmachtrolle Deutschlands resultiert nicht aus einem Zuwachs an Land, Bevölkerungszahl und Wirtschaftspotential durch die Vereinnahmung der DDR; im Gegenteil: auf Jahrzehnte ist dieses Land im internationalen Konkurrenzkampf durch eine aufwendige Sanierungsaufgabe belastet. Auch das Kräfteverhältnis innerhalb der europäischen Gemeinschaft verschiebt sich infolge der deutschen Einheit nicht wesentlich. Problematisch ist die Forderung nach verstärktem internationalen Engagement Deutschlands aufgrund der gewaltigen Multiplikation der Problemfelder infolge der Auflösung der UdSSR und der Relativierung der Hegemonialposition der USA. Denn daß die politische Klasse der Bundesrepublik mit einer dem enormen ökonomischen Gewicht entsprechenden politischen und militärischen Macht sorgsam umzugehen weiß, muß... bezweifelt werden.« Die Linie der deutschen »politischen Klasse«, wie die Marxisten Bischoff/Menard das Personal des arbeitenden Ausschusses der Bourgeoisie nennen, lasse sich durch Bismarcks Wort charakterisieren: »Arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland sozusagen in den Sattel! Reiten wird es schon können.« (14)

Die Wiedervereinigung hat den Deutschen keinen entscheidenden Zuwachs an ökonomischer Macht gebracht? Genau, sagen Bischoff/Menard: Die Bundesregierung habe bei der Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR »wider alle ökonomische Vernunft« (noch so ein marxistischer Kampfbegriff) gehandelt. »Eine konsequent an der Stärkung des deutschen Wirtschaftspotentials ausgerichtete Politik kann man der neokonservativen Regierungskoalition wirklich nicht

vorwerfen. Eine Strategie zur Erweiterung des wirtschaftlichen Einflusses der deutschen Kapitale hätte sowohl auf das Abenteuer einer raschen Währungsunion als auch auf die Zerstörung der Märkte im RGW-Bereich verzichten müssen.« (20)

Was mag das bedeuten? Daß gerade jenes Land die durch die Auflösung des Sozialismus entstandene offene Situation benutzt, sich als Führungsmacht zu etablieren, das durch eine »aufwendige Sanierungsaufgabe« »auf Jahrzehnte« belastet ist? Daß ausgerechnet eine Regierung, der man nicht vorwerfen kann, ihre Politik habe das deutsche Wirtschaftspotential gestärkt, gefährlich ist, weil sie die Macht, die sie verspielt hat, falsch (bzw. richtig) einsetzen könnte? Daß aus dem Wider-alle-ökonomische-Vernunft-Katastrophenkurs der Bundesregierung die »Gefahr einer neuen deutschen Großmachtpolitik« sich ergibt?

Die Lage ist unübersichtlich. Dieses Buch macht sie nicht übersichtlicher. Die BRD war ökonomisch eine Großmacht; Großdeutschland hat sich mit dem DDR-Anschluß vielleicht übernommen. Was dieses »übernommen« genau bedeutet, ob und inwiefern es den Lebensstandard der deutschen Bevölkerung oder die Position der Bundesrepublik und der DM im Konkurrenzkampf der imperialistischen Metropolen beeinflußt, bleibt offen. Fest steht, daß die Lage so oder so den Wunsch der Deutschen, Weltmacht zu sein, nicht beeinflußt. Daß es zwischen diesem Anspruch und der ökonomischen Realität eine Kluft geben könnte, ist ein eigenes Risiko. Man kann »Gefahr einer neuen deutschen Großmachtpolitik« ja auch lesen als: Gefährlichkeit deutscher Großmachtpolitik. In diesem Sinne, den sie nicht meinen, haben Bischoff/Menard vielleicht sogar recht: Gefährlich sind die Deutschen besonders, wenn es ihnen nicht so gut geht, wie sie erwarten. Die Chance, daß sie den Rest der Welt in Ruhe lassen, steigt, wenn sie sich zu Hause ausreichend bedienen können.

Mit solchen Überlegungen wäre man dann doch wieder bei Pohrt. Was ja auch eine Erkenntnis ist.

Joachim Bischoff/Michael Menard: Weltmacht Deutschland? VSA-Verlag, Hamburg 1992, 191 Seiten, 28 Mark

Konkret 05/92, S. 22

Winfried Wolf

»Ausweichen wollen wir nicht«

Deutschland baut wieder Autobahnen Richtung Osten. Das Projekt wird von einer eigens gegründeten Gesellschaft durchgeführt, die Deges heißt und auch sonst an bewährte Konzepte anknüpfen kann

»Unserem nationalsozialistischen Wesen entspricht die neue Straße Adolf Hitlers, die Autobahn. Wir wollen unser Ziel weit vor uns sehen, wir wollen gerade und zügig dem Ziel zustreben; Durchkreuzungen überwinden wir, unnötige Bindungen sind uns fremd. Ausweichen wollen wir nicht.«
Fritz Todt, NSDAP-Mitglied seit 1922, Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen seit Juni 1933

Wenn in Deutschland Massenerwerbslosigkeit herrscht - welcher Lösung wird das Problem zugeführt? Wenn in Deutschland Konzerne in der Krise ihre Kapazitäten auslasten müssen - welche Lösung wird angestrebt? Wenn die Durchsetzung politischer wie ökonomischer Interessen durch unflexible Gesetze behindert wird - welches bewährte Mittel wird angewandt?

Am 11. Februar 1933, wenige Tage nach der »Machtergreifung«, verkündete Adolf Hitler in einem Sieben-Punkte-Programm u.a. die »Inangriffnahme und Durchführung eines großzügigen Straßenbauplans«. Kurz danach, am 27. Juni 1933, wurde die »Reichsautobahngesellschaft« als Tochter der Reichsbahn gegründet. Ihre Aufgabe bestand im »Bau und Betrieb eines leistungsfähigen Netzes von Kraftfahrbahnen«. Die Reichsbahn hatte die Reichsautobahngesellschaft mit dem Grundkapital auszustatten und mußte bis 1939 rund 600 Millionen Reichsmark in den Aufbau der Konkurrenz stecken. Schon 1937 wurde der 2000. Kilometer der »Straßen des Führers, auf denen der Friede Europas marschiert« (so der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Ley) realisiert; bevorzugt wurden Streckenführungen in West-Ost-Richtung gebaut. Nach der Besetzung des Sudetenlandes und dem Anschluß Österreichs konnte an den Autobahnenden nahtlos angesetzt und die jeweiligen Verlängerungen verwirklicht werden. Die zuvor brachliegenden Kapazitäten der deutschen Bauindustrie waren bereits Mitte der dreißiger Jahre ausgelastet, die Autoindustrie wurde durch den Bau von Panzer- und Flugzeugmotoren sowie Militär-Lkw (Daimler, BMW) vollbeschäftigt bzw. erst neu aufgebaut (VW, Borgward). Was die Behinderungen durch die Gesetzgebung betrifft, so ist den »Monologen im Führerhauptquartier« der Satz Hitlers zu entnehmen: »Bei der Autobahn habe ich kurz ein Enteignungsgesetz erlassen« (26.2.1942). Um den Reichsstraßenbau zu beschleunigen, bestand Hitler bereits 1933 auf der »Herausnahme der staatlichen Interessenvertretung des Kraftwagenverkehrs aus dem Rahmen des bisherigen Verkehrs«.

Das alles liegt mehr als ein halbes Jahrhundert zurück. Wir leben in anderen Zeiten. Statt eines RDA (Reichsverband der Automobilindustrie) gibt es einen VDA. Jährlich findet keine IAMA, sondern eine IAA statt; ebendieser Automesse wird nicht mehr in der »DDAC-Motorwelt«, sondern in der »ADAC-Motorwelt« gehuldigt. Auch kam es beim Übergang der alten in die neue Zeit durchaus zu Brüchen, dergestalt beispielsweise, daß Heinrich Nordhoff im Zuge der Entnazifizierung tatsächlich als Direktionsmitglied der Opel-Werke entlassen wurde, um kurz danach Leiter des Volkswagenwerkes zu werden - bis 1968.

Gegenwärtig stehen wir erneut vor dem Problem massenhafter Erwerbslosigkeit. Auch mit einem erneuten Lebens-Raum-Problem für die jährlich netto eine Million zusätzlicher PKW, die allein in Deutschlands Wildem Osten auf den Straßen mehr stehen als fahren, sehen wir uns konfrontiert, wobei das Zustandekommen dieses Heeres blecherner Termiten, das Städte und Landschaft zerfrißt, nicht dem Wirken der Marktkräfte, sondern den Planvorgaben zu verdanken ist (keine Sanierung der Reichsbahn, kein Zusammenschluß von Reichs- und Bundesbahn, Zerstörung der DDR-Waggon- und Lokomotivbaukapazitäten, Übertragung der verschuldeten öffentlichen Nahverkehrsunternehmen an die verschuldeten Kommunen der neuen Bundesländer, erneute Forcierung der Zersiedelung und Produktion von »erzwungenem Verkehr« durch systematische Förderung von Gewerbegebieten und Einkaufszentren rund um die ostdeutschen Städte auf der grünen Wiese, Förderung eines neuen Ost-West-Pendlerstroms von bereits 600.000 Menschen etc.pp.).

Ergo wurden Ende 1991 die »Verkehrsprojekte Deutsche Einheit« vom Bonner Kabinett beschlossen. Dazu gehören sieben große Straßenbauvorhaben: Autobahnen von insgesamt 1115 Kilometern Länge, deren wichtigste in West-Ost-Richtung verlaufen und an welche in noch fremdländischen Gebieten problemlos angeschlossen werden kann. (Ostseeautobahn: Hamburg - Rostock - Szczecin - Kaliningrad/Königsberg; Autobahn Dresden - Pirna - Prag). Auch wurden der Straßenbau »herausgenommen aus dem Rahmen des bisherigen Verkehrs« und eine entsprechende Gesellschaft gegründet: die »Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH«, abgekürzt Deges. Das Kürzel erinnert nur zufällig an die Degesch, die Deutsche Gesellschaft zur Schädlingsbekämpfung, eine IG Farben-Tochter, die das Zyklon B für den Betrieb der NS-Vernichtungslager lieferte. Im übrigen solle, wie die Deges-Geschäftsführer Hans Klofat und Eberhard Knoll erklärten, diese außerparlamentarische Behörde, angesiedelt in der Krausenstraße in Berlin, nur mit einem bescheidenen Verwaltungsapparat »von maximal 200 Beschäftigten« ausgestattet sein.

Mit der Deges-Gründung wurden zunächst brachliegende Kapazitäten besonderer Art ausgelastet: An der Gesellschaft ist die Rhein-Main-Donau-AG, die RMD, (und über sie der Freistaat Bayern) maßgeblich beteiligt. Im Herbst 1992 soll die künstliche Verbindung zwischen Main und Donau eröffnet werden, ein Kanal, der von Franz-Josef Strauß auch schon mal als »Panama-Kanal Europas« und als »natürliche Panzersperre« bezeichnet wurde und für dessen Bau es nach dem einhelligen Urteil der unabhängigen Verkehrswissenschaftler keinerlei volkswirtschaftliche Argumente gibt. Das Deges-Projekt macht es also möglich, freiwerdende RMD-Kapazitäten sofort zu nutzen. Auch haben die Kanalbauer nach Meinung des bayrischen Wirtschaftsministers August Lang sich dadurch empfohlen, daß es ihnen glänzend gelang, allen Widerstand gegen den Kanal »zu besänftigen«. Allerdings gaben die Deges-Geschäftsführer bereits zu verstehen, daß die von der RMD bevorzugten Methoden der Sympathiewerbung in Gemeinden - hier ein kleiner Sportboothafen, dort eine Brücke oder langersehnte Umgehungsstraße - beim Straßenbau in Ostdeutschland nicht zur Anwendung kommen; schließlich wolle man »keine levantinischen Verhältnisse« (Knoll).

Die Verwirklichung des gesamten Straßenbauprogramms, für das der Deges »nach gegenwärtigem Stand« 13,5 Milliarden Mark zur Verfügung stehen und das ergänzt wird durch parallele Programme der Länder und Gemeinden, könnte allerdings die Kapazitäten der gesamten Bauindustrie auslasten, zumal die staatlichen Mittel gestreckt und multipliziert werden sollen durch eine, wie der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Horst Franke, im »Beschaffungs-Handbuch« verlautbaren läßt, »private Finazierung (sic!) und den privaten Betrieb von Verkehrswegen des Bundes«. Selbstverständlich geht es dabei nicht nur um das Kapital, sondern vor allem auch um die Menschen: Noch gar nicht absehbar sei, »welchen Schub für einen Abbau der Arbeitslosigkeit die vielen Bauaufträge der Deges bringen werden« (»Süddeutsche Zeitung«, 23.1.1992).

Bleibt die Behinderung durch starre Gesetze und Verordnungen. Hier haben Verkehrsminister Krause und das Bonner Kabinett - unterstützt von einer Größtmöglich Anzunehmenden Union unter Einschluß von SPD-Verkehrsministern - mit dem »Beschleunigungsgesetz« und dem »Investitionsmaßnahmegesetz« Voraussetzungen auch für die Deges geschaffen, von denen selbst die »Süddeutsche Zeitung« meint, es handle sich »beinahe um Generalvollmachten«, und welche der BUND als »Ermächtigungsgesetz« gegen Natur und Umwelt bezeichnet. In Zukunft können Straßenbau- und andere Verkehrs-Großprojekte - etwa Kanäle - unter Ausschaltung föderativer Prinzipien, Nichtbeachtung der Interessen Betroffener und Zurückstutzen erreichter Umweltschutzbestimmungen durchgezogen werden, wie dies in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht möglich war, weswegen abermals weitergreifende historische Vergleiche angebracht sind.

Immerhin wurde selbst das aktuelle Thema der »alten Alleen«, die nunmehr den neuen Straßen in Deutschlands Wildem Osten im Wege stünden, bereits früher ausführlich abgehandelt: »Man spricht jetzt viel von seitlichen Begrenzungen der Fahrbahn und will die harten Chausseebäume durch weiche Hecken... ersetzen«, las man zum Beispiel in der Zeitschrift »Die Straße«, herausgegeben vom Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen (Nr. 4/1937). Oder auch, im selben Blatt: »Baumpflanzung verträgt sich nur unter bestimmten Voraussetzungen mit dem Wesen und der Bauweise neuzeitlicher Verkehrsstraßen« (10/1937).

Doch der Versuch, über die Details des aktuellen gesamtdeutschen Alltags hinweg- und zurückzublicken, unterbleibt. Eine Gesellschaft wie die Deges habe es »mit dieser Zielsetzung noch nicht gegeben«, die rechtlichen Möglichkeiten der Bundesautobahngesellschaft (Ost) seien »bislang einzigartig«, die Schnelligkeit, mit welcher nun die Straßen für das Projekt »Deutsche Einheit« im Osten gebaut werden könnten, sei »bisher nicht für möglich gehalten worden«. Die »Süddeutsche Zeitung« (23.1.1992) bemühte sich auffallend, einen klaren Trennungsstrich zur Vergangenheit zu ziehen. Dabei hat doch der britische »Observer« bereits 1944 den Verkehrs- und Rüstungsminister Albert Speer wie folgt beschrieben: »In ihm sehen wir eine Verwirklichung der Revolution der Manager... die Ungezwungenheit, mit welcher er die erschreckende technische und organisatorische Maschinerie unseres Zeitalters handhabt, läßt diesen unbedeutenden Typus heutzutage äußerst weit gehen... Die Himmlers und die Hitlers mögen wir los werden, aber die Speers... werden lange mit uns sein.«

Tatsächlich ist Speer weiter mit uns gewesen; seine Raumplanungen waren noch in den achtziger Jahren gefragt. Der Typus, den der gegenwärtige Verkehrsminister Günter Krause, Initiator der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit und der Deges, verkörpert, läßt sich durch zwei Sätze charakterisieren: Bei der Verwirklichung des neuen Straßenbaus in Deutschlands Osten »wird zwar der eine und andere Frosch sich ein neues Biotop suchen müssen. Aber wir werden auch dabei behilflich sein«. (»Lübecker Nachrichten«). Und: »Es gibt für unsere Arbeit, soweit wir uns in der unberührten Natur befinden, keinen anderen Maßstab als den der Natur, dem wir uns in Harmonie einzufügen haben... Für die Autobahn... ist uns keine Landschaft zu schade.« Das letzte Zitat stammt allerdings von Fritz Todt.

Winfried Wolf schrieb in KONKRET 2/92 über die Angst der imperialistischen Führungstriade vor der Krise

Konkret 05/92, S. 24

Jürgen Elsässer

»Die Wacht am Amur«

Am 10. März haben Rußland und die übrigen GUS-Staaten erstmals an einer Sitzung des Nato-Kooperationsrates teilgenommen. Dennoch herrscht im westlichen Bündnis kein Triumphgefühl, sondern Katzenjammer und Argwohn. Schon fuchtelt Rudolf Augstein mit der Atombombe

»Die Tage der westlichen Allianz sind gezählt«, orakelte die »Welt« Mitte Februar. Anlaß der düsteren Prophezeiung war die Münchner Wehrkundetagung, das erste Beratungstreffen der militärischen und politischen Nato-Führungskräfte nach Auflösung der UdSSR. Ex-Verteidigungsminister Scholz (CDU) hatte dort Zweifel angemeldet, ob die im November 91 beschlossene Strategie des Militärbündnisses überhaupt noch Perspektiven für die Bewältigung der »globalen marodierenden Krisen« liefern könne. Armee-Generalinspekteur Naumann hatte sich verärgert darüber geäußert, daß man sich über »kein eindeutiges Mandat« für out-of-area-Einsätze »für das Bündnis und die Bundeswehr« einigen konnte. »Out of area« meint dabei zunächst: »East of Neisse«. Herbert Kremp etwa, der Chefstratege der »Welt«, »versteht nicht, warum den mittelosteuropäischen Staaten Sicherheitsgarantie und Mitgliedschaft in der Allianz vorenthalten wird«.

Im September ‘91 hatte die »FAZ« unter der Überschrift »Allianz im Wandel« noch Vorschläge gemacht, »wie die NATO den politischen Initiativen der EG mit ihrem militärischen Gewicht Nachdruck verleihen könnte«. In Osteuropa könne sie »westlichen Investoren das Gefühl vermitteln, daß dort in politisch sicherer Umgebung Geschäfte zu tätigen sind«. Lafontaine wollte die anvisierte Nato-Freihandelszone gleich bis zur chinesischen Grenze ausdehnen, was den »Spiegel« von der »deutschen Wacht am Amur« spötteln ließ.

In Jugoslawien hat sich allerdings bereits gezeigt, daß die Interessen der Nato-Führungsmächte BRD und USA so unterschiedlich sind, daß ihre rücksichtslose Verfolgung den Bündnisrahmen sprengen würde. Ersatzweise haben sich die USA in der letzten Zeit - etwa im Fall des Irak - bemüht, ihre Anliegen mit Hilfe der UNO durchzusetzen, während die BRD ihre Stärke innerhalb der EG ausspielte. Eine ähnliche Konstellation könnte sich auch anderswo wiederholen, denn die Antagonismen der jeweiligen außenpolitischen »Philosophie« haben handfeste Gründe: Während die BRD ihre ökonomische Offensive Richtung Osten forcieren will und zu diesem Zweck die Destabilisierung und Parzellierung größerer Staatensysteme mit Hilfe einer gezielten Volksgruppenpolitik vorantreibt, favorisieren die USA eine Status Quo-orientierte Politik zwecks Eindämmung der deutschen Hegemoniebestrebungen.

Eine Osterweiterung der Nato, die über die bloße Symbolik der Teilnahme an Sitzungen des Kooperationsrates hinausgeht, würde daher »unweigerlich eine Zerstörung der NATO zur Folge haben« (Verteidigungsminister Rühe). Die Klage der hiesigen Presse darüber, daß die Bündnispartner sich »der Herausforderung aus dem Osten versagen« würden (»FAZ«, 11.2.92), soll also den anderen die Schuld an der Unlösbarkeit dieses Dilemmas zuschieben und den Alleingang der Deutschen nur desto besser tarnen. Message: Wenn die Nato weiterhin so »absolut handlungsunfähig« bleiben will wie in Jugoslawien (Scholz), dann wird sie für das wiedervereinigte Deutschland eben »zu einem regionalen Interessenbündnis mit mutmaßlich abnehmender Bedeutung herabsinken« (»FAZ«, 11.2.92). Wie sollen aber die deutschen Interessen ohne Unterstützung der Nato gesichert werden, wenn es im osteuropäischen Hinterhof einmal so richtig kracht? »Hätten wir eine handlungsfähige Westeuropäische Union mit einer europäischen Eingreiftruppe unter deutscher Beteiligung, die abschrecken und auch eingreifen könnte, dann wäre das die richtige Antwort«, meint dazu der Ex-CDU-Generalsekretär (»Spiegel«, 6/92).

Mit der WEU-Option hat Rühe den USA erneut den Fehdehandschuh hingeworfen. Schon im Februar 1991 hatte es einen Eklat gegeben, als sich Paris und Bonn auf die WEU als künftigen Militärpakt des vereinigten Europa verständigt hatten. Gleich drei scharf formulierte Demarchen schickten die USA aus Protest gegen die Pläne der Europäer los, die ausführlichste wurde von der »FAZ« am 9.4.91 unter dem Titel »Amerika befürchtet seine Ausgrenzung« korrekt referiert. Darin warnen die USA vor einem Prozeß, der sie infolge der Umgestaltung der WEU zu einem EG-Organ aus Europa herausdrängen und zusätzlich in der Nato mit einer Blockbildung der WEU-Mitglieder konfrontieren würde. Falls das Bündnis nicht gefährdet werden soll, so das Weiße Haus, muß eine Konkurrenz zwischen Nato und WEU vermieden werden. Eigenständige Militäroperationen dürfte die WEU nur außerhalb Europas durchführen, beispielsweise in Nordafrika.

Nicht innerhalb Europas - genau diese Sollbruchstelle unterzieht die bundesdeutsche Außenpolitik seither einer Dauerbelastungsprobe. Anfang Oktober wurde auf Drängen Genschers die Bereitstellung einer WEU-Eingreiftruppe für Jugoslawien beschlossen - der Nato-Neutralität zum Trotz. Der Einsatz scheiterte zwar an Unklarheiten über seine konkreten Ziele, der Vorstoß sollte indes wohl auch nur die Risiken einer weiteren Eskalation erkunden. Die ließ nicht lange auf sich warten: Am 16. Oktober gaben Kohl und Mitterrand bekannt, jetzt mit dem Aufbau einer Euro-Armee Ernst machen zu wollen. Um weiteren institutionellen Friktionen in der EG aus dem Weg zu gehen, werde als Kern der Streitmacht schon 1992 ein deutsch-französisches Korps mit bis zu 50.000 Mann aufgestellt. Die englische Administration, traditionell den Amerikanern verbunden, bezeichnete die Initiative als »nutzlos und gefährlich«, es bestehe - so

Außenminister Hurd - die Gefahr einer Überlappung mit den Aktivitäten der Nato. Um dies auszuschließen, legten die Engländer zwei Wochen später ein Konzept vor, das WEU-Truppen ausschließlich für Einsätze außerhalb des Nato-Territoriums vorsah und der Nato die alleinige Zuständigkeit für Europa vorbehielt. Auf ein solches Agreement wollten sich Bonn und Paris jedoch nicht einlassen, worauf die Londoner »Times« den Nato-Generalsekretär mit der Warnung zitierte, eine europäische Armee könnte die Allianz spalten (»FR«, 30.10.91). Sicherheitspolitiker im State Departement formulierten definitiv: »Wir wissen alle, daß die Deutschen und die Franzosen eine Konkurrenzveranstaltung zur NATO aufziehen wollen, die dem Bündnis in seiner bisherigen Art letztlich den Boden entziehen wird.«

Der empfindlichste Mangel der Nato-Konkurrenzpläne ist ihre fehlende nukleare Absicherung, was, wie ihre deutschen Vordenker befürchten, leicht zum Atom-Hasard mit den sowjetischen Diadochen führen könnte, etwa »wenn uns die polnische Regierung eines Tages bäte, deutsche Truppen nach Polen zu entsenden«, oder sich die Polen gleich »mit großer Mehrheit der Bundesrepublik anschließen« würden. Der Historiker und »FAZ«-Autor Arnulf Baring, der in seinem neuen Buch mit derartigen Überlegungen aus dem Schatten Hitlers tritt, fordert folgerichtig die offene Diskussion um die Atombewaffnung der Bundeswehr. Rudolf Augstein hat diese Steilvorlage mittlerweile aufgenommen und die Weltmächte aufgefordert, Deutschland über ihr Nuklearpotential gleichberechtigt mitentscheiden zu lassen. Ansonsten seien die Deutschen gezwungen, sich »unter Bruch bestehender Verträge in den Besitz von Atomwaffen (zu) bringen« (»Spiegel«, 13/92).

Das Szenario einer atomaren Hochrüstung der ehemaligen Achsenmächte steht im neuen Strategie-Papier des Pentagon denn auch an zentraler Stelle (»New York Times«, 9.3.92). Als Schutz vor einer solchen Entwicklung begreifen die Amerikaner ihre Streitkräfte in Europa, insbesondere in der Bundesrepublik. George Bush betonte während der Nato-Tagung im November in Rom, ihre weitere drastische Reduzierung komme nicht in Frage. US-General Galvin, Nato-Oberbefehlshaber in Europa, nannte die Gründe für diesen Vorsatz: Die Präsenz von US-Truppen könne eine »Wiederholung geschichtlicher Ereignisse mit den Abenteuern einer nationalen Supermacht verhindern«. Weitere hohe Militärs pflichteten bei. General Oaks, Kommandeur der US-Luftstreitkräfte in Europa, erkärte: »Selbst Deutsche sagen mir, daß die Deutschen durch die Anwesenheit der Amerikaner bessere Menschen sind.«

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 2/92 über Anti-Rassismus als Scheidungsgrund bei den Stuttgarter Grünen

Konkret 05/92, S. 26

Heiner Möller

Alles Rot?

Wie in Bremen Maoisten, Leninisten und linksradikale Spontis infolge einer taktischen Meisterleistung doch noch die Macht übernahmen. Ein MEGA-Outing

Linke bei den Grünen, gibt's die noch? Staune, liebe Leserin, lieber Leser, es gibt sie nicht nur immer noch, sie sind auch diejenigen, die fast 25 Jahre nach dem 68er Aufbegehren die Früchte der damaligen Unruhen in Form politischer Karrieren geerntet haben. Nicht grüne Grüne, nicht rechte Grüne, sondern rote und linksradikale Grüne halten Macht und Posten der ehemaligen »Antipartei« in den Ländern der alten Bundesrepublik besetzt.

Joschka Fischer, Straßen-, Häuser- und Wir-wollen-Alles-Kämpfer aus Frankfurt regiert im rot-grünen Hessen mit; Jürgen Trittin, Mitglied des Göttinger Kommunistischen Bundes, tut dieses im ebenfalls rot-grünen Niedersachsen; Waltraud Schoppe, ehemaliges Mitglied der furchterregenden Bremer Sponti-Gruppe »Hab keine Angst Unruhe zu schaffen«, wurde ebendorthin exportiert. Fast unbemerkt vom Rest der Republik ist in Bremen eine rot unterwanderte Ampelkoalition installiert worden. Einer ihrer Wortführer ist das ehemalige Mitglied des KBW, Umweltsenator (im vollen Wortlaut: Senator für Umweltschutz, Energie und Stadtentwicklung) Ralf Fücks. Seine grüne Kollegin, die Senatorin für Kultur und Ausländerintegration Helga Trüpel, schuf in den 70er Jahren mit den studentischen Basisgruppen ebenfalls furchtlos Unruhe in Bremen. Fücks' Umweltreferent, Uwe Lahl, kandidierte 1979 auf Platz 2 der linksradikalen, aber politikunfähigen Alternativen Liste. Und Helga Trüpel hat einen ehemals sich als undogmatischer Sozialist vorstellenden Basisgrüppler, Ernst Hoplitschek von der Alternativen Liste Berlin, als bezahlten Berater engagiert. Der, führend im Kampf gegen die falschen (Stasi-)Kommunisten um Dirk Schneider und den KB in Berlin, hatte zwischenzeitlich auch schon mal resigniert und ein (allerdings wenig erfolgreiches) Gastspiel bei der Berliner FDP gegeben. Mit anderen Worten: Schaltet Bremens Ampel auf »grün«, steht sie auf »rot«. Selbst in der Gelbstellung schimmert »rot« durch. 1991 wurde das Ex-Mitglied der Bremer »Roten Hilfe«, der Bürgerschaftsabgeordnete a.D. der Bremer Grünen Liste (BGL), Axel Adamietz, nach nur einem Jahr Parteimitgliedschaft als liberaler Bürgerschaftsabgeordneter zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der Bremer FDP gewählt und hat gute Aussichten, in den Koalitionsausschuß der Ampelparteien befördert zu werden.

Die Tatsache, daß von sechs grünen Ministerinnen und Ministern fünf mit VS-bekundeter Gegnerschaft zur herrschenden FdGO (mitsamt einem entsprechenden Beraterstab) und nicht eine einzige mit originär grün-ökologischer Biographie amtieren, belegt, wie sehr der grüne Realo-Fundi-Streit und das Ausscheiden prominenter Führungsfiguren wie Ditfurth, Ebermann, Trampert den Blick dafür verstellt hatten, daß die besseren Leninisten (»keine Tricks und Schliche scheuen, nicht vor Betrug und Lüge zurückschrecken, wenn es darum geht, den Einfluß auf die Massen nicht den rechten Führern zu überlassen« - Lenin) innerhalb der Grünen nicht nur überlebt, sondern sich sogar durchgesetzt haben. Bremen scheint ein überlegt und mit großer Geduld aufgebautes Modell für die Entwicklung der Grünen zum Transmissionsriemen heimlicher kommunistischer oder verwandter Ziele zu sein. Schließlich haben sich die Bremer Grünen in dem in den 70er Jahren entstandenen Milieu ehemaliger, gesamtdeutsch orientierter K-Gruppen und linksradikaler Spontis entwickeln können. Nicht nur die beiden Senatorinnen und Senatoren sowie ihre Mitarbeiter stammen daher. Mindestens drei der elf im letzten Jahr gewählten grünen Abgeordneten waren maßgebliche Kader aus KBW und KPD. Verfolgen wir die Spuren einer taktischen Meisterleistung.

Der Rechtsanwalt einer von der KPD (auch »Studenten-KPD«, »Fälscher-KPD«, so die DKP, oder KPDANull genannt) unterstützten »Roten Hilfe«, Axel Adamietz, hatte bereits wenige Tage vor der Bremer Bürgerschaftswahl 1979 die zugrundeliegende Taktik beschrieben: »Die Grünen müssen wie eine Melone sein, außen grün und innen rot«, rief er 1.500 Zuhörern der Veranstaltung »Links für Grün« in der Bremer Stadthalle zu. Adamietz warb um linke Stimmen für die rechten Grünen, um diese von innen heraus nach links zu verschieben. In letzter Minute war der heutige Parteigänger Graf Lambsdorffs als Alternativer auf Platz 4 der BGL-Liste gehievt worden und fungierte dort seither als »unabhängiger Sozialist« und »Ansprechpartner der Linken«, wie Klaus Wolschner, heutiger Redakteur der »tageszeitung« und ehedem ebenfalls Mitglied der »Unruhegruppe«, in der »TAZ« schrieb. An der Seite Dutschkes und des ehemaligen Chefredakteurs der Gewerkschaftszeitung »Metall«, Heinz Brandt, forderte Adamietz die Bremer Linken auf, die politisch rechtstehenden BGL-Grünen um die Ex-Sozialdemokraten Olaf Dinné und Peter Willers zu wählen, und nicht die Alternative Liste. Fünf Tage später, am 7. Oktober 1979, war Adamietz einer von vier Bürgerschaftsabgeordneten, den ersten grünen Länderparlamentariern überhaupt.

Ihr Wahlerfolg hat die Gründung der Bundespartei »Die Grünen« zwei Monate später beschleunigt. Heinz Brandt und Rudi Dutschke unterstützten »Links für Grün«, eine von Professor Jo Müller, nach eigener Darstellung in den 70er Jahren Mitglied »einer der üblichen dogmatisierten Studentenorganisationen«, später Bundestagsabgeordneter der Grünen, Öko-Banker und heute Herausgeber der »Hamburger Rundschau«, eigens zum Zwecke der Abwerbung linker Stimmen von der AL ins Leben gerufene Wählerinitiative. 70 mehr oder weniger prominente linke Rundfunk- und Theaterleute unterzogen

sich freiwillig der Tortur einer Werbekampagne: »Trotz Vorbehalten - Grün wählen!« Die linke AL sei nämlich, so der damalige Bezirksleiter der KPDANull Bremen-Unterweser und heutige Fraktionsvorständler der Bremer Grünen, Martin Thomas, obwohl links, eigentlich rechts und nicht richtig grün, weil in der AL Kommunisten vom KB mitarbeiteten. Dutschke pflichtete ihm bei: Der Kommunistische Bund zeige »kein Klassenbewußtsein und kein historisches Bewußtsein«, wenn er sowohl den konservativen Ökologismus der Bremer Grünen, als auch deren Nähe zu Faschisten als Grund für die Weigerung angebe, mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Die Kandidatur des 70jährigen Aktivisten der »Stille Hilfe für NS- Kriegsgefangene und Internierte e.V.«, die u.a. Freiheit für Kappler und Rudolf Heß forderte, Ernst August Meyer, auf der grünen Liste als Zusammenarbeit mit Faschisten anzuprangern, sei, so Dutschke, »eine von der DKP initiierte Aktion«. Denn anders als führende SED-Mitglieder sei Meyer kein NSDAP-Mitglied gewesen. Ihm müsse Lernfähigkeit zugestanden werden. Bis 1986 hielt es Meyer zunächst bei der BGL und danach bei den Grünen aus. Dann bewies er erneut seine Lernfähigkeit, wandte sich enttäuscht von den Grünen ab, da ihnen »das deutsche Volk kein Wert« sei, und den neuen Rechtsradikalen von DVU, Liste D und Republikanern zu.

Klassenbewußtsein, so Dutschke lange vor Gorbatschow, beweise, wer nicht mehr das Klasseninteresse als dominant ansehe, sondern die »neue Dimension eines Gattungsbedürfnisses«, »die Verteidigung der Interessen der Gattung« in den Mittelpunkt stelle. In Bremen wurde so erstmals das grüne Bündnis von Dutschke bis Gruhl praktiziert, das die reaktionären »Lebensschützer« vom »Weltbund zum Schutz des Lebens« um den Vlothoer Professor Haverbeck einschloß und den Mythos von den Grünen als nicht rechts, nicht links, sondern »vorn« begründete. Der wertkonservative Untergangsprophet Herbert Gruhl (Ex-CDU-Bundestagsabgeordneter) und der rechtsradikale Ökobauer Baldur Springmann aus Schleswig-Holstein warben ebenso wie Dutschke und die gegen den sowjetischen »Sozialimperialismus« agierende KPDANull um Wählerstimmen für Bremens Grüne. 5,1 Prozent waren der Lohn. Neben der Begeisterung für diesen ganz neuen Schulterschluß von Linken und Wertkonservativen in einem Parteibündnis dürfte die kategorische Ablehnung alles Realsozialistischen - damit auch der DKP und ihrer »Vorfeldorganisationen« (so die KPD über den KB) - und die Befürwortung der deutschen Nation Dutschkes Distanz zu Gruppen wie der KPDANull verringert haben, deren Parteiverständnis und Verbalradikalismus er ansonsten überhaupt nicht teilte. Am Tag nach der Wahl meldete er, der in Dänemark lebte, begeistert vom Wahlerfolg, seinen Erstwohnsitz in Bremen an.

Zu dieser Zeit war Senator Ralf noch bekennender Sektierer. Zwar hatte er mit anderen 1978 den KBW verlassen, dem er attestiert hatte, daß fünf Jahre nach der Gründung seine politische »Isolation innerhalb der demokratischen und sozialistischen Bewegung kaum noch zu überbieten« sei. Doch schon 1979 begann er aktiv den Aufbau von »Komitees für Demokratie und Sozialismus« zu betreiben und veröffentlichte Anfang 1980 einen Aufruf an die westdeutschen Kommunisten zur »Bildung eines revolutionären Blocks«. Zusammen mit Wilfried Maier, einem ehemaligen KBW-Mitglied aus Bremen und später dann zurückhaltend agierenden Realo in der Hamburger GAL, der vom heutigen Herausgeber der »Kommune«, Joscha Schmierer, als Redakteur der »Kommunistischen Volkszeitung« abgesetzt worden war, gab er die »hefte für demokratie und sozialismus« heraus. Die scheiterten ebenso wie der »revolutionäre Block« Anfang 1981.

Noch im selben Jahr aber wurde Ralf Fücks realitätstüchtiger. Mit Thomas Ebermann, Jürgen Reents, Michael Stamm und anderen gründete er die sozialistische Monatszeitschrift »Moderne Zeiten«, die den zeitweise einflußreichen Flügel der Ökosozialisten bei den Grünen repräsentierte. Doch bereits ein Jahr später, 1982, schied Fücks aus der »MOZ«-Redaktion aus. Sowohl in der Diskussion um die polnische »Solidarnosc« (nicht nach den westlichen marktwirtschaftlichen Segnungen, sondern nach dem »Was, Wie und Wofür der Produktion« würden die polnischen Gewerkschafter streben), als auch in der Einschätzung der Sowjetunion und ihrer Aufrüstung als einer der Verteidigung »weltweiter imperialistischer Interessen« dienenden waren schwer überbrückbare Differenzen zu den Hamburger Ökosozialisten aufgetreten.

Wo aber liegt das Geheimnis, daß einige Kommunisten, wie Ralf Fücks und Martin Thomas in Bremen, aus allen grünen Verwehungen unbeschadet wieder auftauchen konnten, während andere, wie Ebermann, Trampert etc. (und die weniger flexiblen Kader des KB schon viel früher), scheiterten? Die inkriminierte Kaderarbeit kann es nicht gewesen sein, denn gerade die Überlebenden haben sich ihre politischen Karrieren auch finanziell über fast ein Jahrzehnt bei den Grünen abgesichert.

Ralf Fücks Karriere begann erst mit seinem späten Parteibeitritt 1982. 1983 bezahlter Fraktionsmitarbeiter, von 1985-1989 Bürgerschaftsabgeordneter, von 1989-1991 grüner Bundesvorstand, wurde er bei den Bürgerschaftswahlen 1991 wiedergewählt und Senator in der Bremer Ampelkoalition. Martin Thomas trat schon 1980 den Grünen bei. Nur wenige Monate zuvor hatte er sich in einem Schreiben an Fücks und seine »Komitees« zur »Diktatur des Proletariats« im Sinne Lenins bekannt. Seine Partei, die KPDANull, wolle »auf dem Boden des Marxismus-Leninismus politisch, ideologisch und theoretisch einen eigenständigen Weg zur Revolution in Deutschland entwickeln«, war da zu lesen. 1982 wurde er Vorstandssprecher der Bremer Grünen, 1983 Fraktionsmitarbeiter, seit 1986 ist er, unterbrochen durch zwei Jahre Rotationspause, grüner Abgeordneter.

Was die beiden trotz konfliktueller Zusammenarbeit eint? Die KPDANull sah ihre Aufgabe im Gründungsprozeß der Grünen darin, »den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen die Bourgeoisie zu vermitteln mit der Notwendigkeit des internationalen wie nationalen Kampfs für Unabhängigkeit und Freiheit gegenüber dem Hegemonismus der Supermächte, speziell des sowjetischen Sozialimperialismus«. Die »Anprangerung der nationalen Unterdrückung eines Teils der deutschen Nation - der DDR« dürfe nicht Springer überlassen bleiben. Daher war die Forderung nach einem »unabhängigen, vereinigten sozialistischen Deutschland« zentraler Programmpunkt der KPDANull. Gemäßigter formulierte dies 1980 Ralf Fücks im Arbeitsprogramm für seine »Komitees«: »Eintreten für die Beseitigung der Militärbündnisse in Europa, für den Abzug aller fremden Truppen aus der Bundesrepublik und der DDR, für das Recht des deutschen Volkes auf Selbständigkeit und Einheit.«

Damit standen diese Positionen frühzeitig auf der richtigen Seite der historischen Entwicklung. Entkleidet man sie ihrer »revolutionären« Phraseologie, so wird deutlich, daß die Anpassung an osteuropäische Menschenrechtsgruppen - die zwar, wie die polnischen Arbeiter und Gewerkschaften, nicht auf selbstbestimmtem Produzieren bestehen, sondern auf Marktwirtschaft - sowie die positive Bezugnahme auf die deutsche Wiedervereinigung - die zwar nicht als Zusammenschluß von Arbeiter- und Volksmassen unter Vermittlung der Partei verlief - den Fücks und Thomas die Fortsetzung ihres politischen Geschäfts ungleich leichter machten, als Ökosozialisten oder »revisionistischen Vorfeldorganisationen«.

Die standen zwar kritisch zum sowjetischen Block, wollten aber grundsätzlich keinen Kompromiß mit den Herrschenden eingehen. Damit hatten sie sich jeder Einflußmöglichkeit begeben. Hören wir dazu ein weiteres Bremer Grünen-Mitglied aus dem gesamtdeutsch-kommunistischen Milieu, Lothar Probst, früher Aktivist der radikalen Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen (BBA) und bis zur DDR-Übernahme Mitglied der »Gesellschaft zur Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR«. Der ehemalige Vorstandssprecher der Stadtstaatsgrünen und Bonner Mitarbeiter der Bundestagsfraktion klagte kürzlich in der »TAZ« die »Reents, Ebermann, Trampert, Schmidt und Schneider« als »ideologisch motivierte Überzeugungstäter« an, die die grüne, blockübergreifende Alternative »immer stärker verwässert« hätten. (»Keine politische Kraft stellte die Politik der Zweistaatlichkeit im Jahrzehnt vor der Wende in Frage, noch verfügte eine der Bundestagsparteien über ein operatives Konzept für eine auf Wiedervereinigung zielende Deutschlandpolitik.«)

Die gesamtdeutschen Grünen von links können nach dem erfolgreich in die Wege geleiteten Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Verbündeten die zweite Etappe ihres Programms, die Veränderung des herrschenden Blocks, als konkrete Vision weiterverfolgen. Ralf Fücks hat daraus frühzeitig - im Juni 1990 - eine parteipolitische Perspektive entwickelt: »Die deutsche Einheit eröffnet die Chance für den Durchbruch der Grünen zu sich selbst, das heißt zu einer Partei für Ökologie und Menschenrechte«, und dabei bereits das nächste Objekt seiner Begierde anvisiert, die grüne Vereinnahmung (»Allianz«) der Bürgerbewegungen der ehemaligen DDR.

Wenn auch vorläufig eines der Hauptziele der gesamtdeutschen Linksradikalen aus dem Westen - Selbstbestimmung des deutschen Volkes - unter der Dominanz nicht der »produzierenden, sondern der aneignenden Klasse« (Fücks 1979 über den Klassenwiderspruch) erreicht worden ist, so bleibt die Aufhebung der innergesellschaftlichen Widersprüche doch ungelöst und also weiterhin eine Aufgabe. Realisten, die sie alle geworden sind, bedienen sie sich zu ihrer Lösung verschiedener Kostümierungen. Helga Trüpel schloß sich 1984 der Plattform der Ökolibertären in den Grünen an und bemüht sich, ihr Postulat von der »Weiblichkeit als Gestaltungsprinzip von Gesellschaft« in einem als »Puppenressort« diffamierten Kultursenat durchzusetzen, dem derzeit allerdings nahezu alle, besonders finanzielle Gestaltungsspielräume verweigert werden. Lothar Probst hält es für eine zentrale politische Aufgabe der Grünen, das »Kunststück« der »strategischen Verknüpfung der drei großen Orientierungen - sozial - liberal - ökologisch« in der Ampelkoalition durchzuführen. Martin Thomas will mit der Ampel die »politischen Blöcke aufbrechen, die FDP aus ihrer Abhängigkeit von der CDU befreien und die Grünen von ihrer einseitigen Orientierung auf die SPD lösen«. Probst scheut sich dabei nicht, mit der über die FDP erfolgten »Einbindung eines Teils des Wirtschaftsbürgertums in die Koalition« seine politischen Ziele zu verfolgen.

Dafür sind Kompromisse natürlich unausweichlich, der entsprechende Lernprozeß unterscheidet unsere Strategen von ihren weniger erfolgreichen ökosozialistischen und linksradikalen ehemaligen Parteifreunden. Die Wahl des DVU-Abgeordneten Vorsatz zum Sprecher der Bremer Kulturdeputation mit nur einer Stimme - seiner eigenen - bei 11 Stimmenthaltungen von Grünen, SPD, FDP und CDU verteidigt der für »Rechtsextremismus« zuständige Bürgerschaftsabgeordnete Thomas mit grundsätzlichen demokratischen Erwägungen: »Wir sind früher selbst von den Parteien an den Rand gedrängt worden, das wollen wir den Rechtsextremisten ersparen.« Dahinter verbirgt sich vermutlich ein teuflisches Konzept staatsfeindlicher Politik, mit grüner Hilfe die Rechten vom gesellschaftlichen Rand in die Mitte zu holen, um so zur Zersetzung des etablierten Parteiensystems beizutragen.

Derzeit werben die Grünen um Anerkennung im Volk. Als eine der ersten Aktionen der Ampel unterstützten sie die polizeiliche Vertreibung der Drogenszene vom Sielwall im Szeneviertel Ostertor, bei der zahlreiche Spritzen beschlagnahmt werden konnten. »An diese Aktion hätte sich«, so die »Bremer Nachrichten« anerkennend, »ein

Innensenator einer alleinregierenden SPD niemals gewagt.« Kritik an den Übergriffen der Polizei auf Drogenabhängige konterte Senatorin Trüpel souverän: »Geeinigt hat man sich darüber, daß es um die Dealer geht... Wie so ein Polizeieinsatz im einzelnen aussieht, darüber wurde nicht gesprochen.«Ein besonderes Geschick, Umwege auf dem Weg zum Endziel plausibel zu machen, hat Ralf Fücks entwickelt. 1979 hatte er erklärt, »daß als Mittel zum (sozialistischen) Endzweck die Arbeiterklasse die politische Macht erobern muß..., daß dafür der bestehende Staatsapparat nicht nur ein ganz und gar ungeeignetes Instrument ist, sondern das zentrale Hindernis darstellt, eine bürokratische Maschine...« Nun weiß der klüger gewordene Realpolitiker natürlich, daß seine »Reformpolitik in fundamentaler Absicht«, wie er 1987 seine revolutionären Ziele verbrämte, derzeit nicht durch Machteroberung verwirklicht werden kann. Vielmehr ist Entlarvung der Unmöglichkeit sozialer Veränderungen mit Hilfe des Staates angesagt. Niemand kann dies schließlich besser überblicken als ein Senator. Einstellungsstop im Öffentlichen Dienst, höhere Kindergartengebühren, steigende Sozialmieten, höhere Fahrpreise, teurere Müllabfuhr, gestrichene ABM-Stellen - die Bremer Ampel agierte den eingeengten finanziellen Spielräumen der Länderregierungen gemäß mit drastischen Einsparungen. Während der sozialdemokratische Bürgermeister Wedemeier diese nach 100 Tagen Ampel-Regierung als Ergebnis »politischer Entschlossenheit« präsentierte, lobte Senator Fücks süffisant und subversiv die Bereitschaft zur »Haushaltswahrheit« der Koalition, ohne daß seinen Partnern die fundamentale Entlarvungsabsicht aufgefallen wäre. Fücks: »Es war nicht die größte Dummheit, schon zu Beginn der Koalitionsverhandlungen der Öffentlichkeit reinen Wein über die finanziellen Kraftakte einzuschenken, zu denen der ‘Ampelsenat’ durch den stummen Zwang der Verhältnisse genötigt sein würde. Jetzt kann wenigstens niemand tun, als träfen ihn die Sparbeschlüsse aus heiterem Himmel.«

Die neue Strategie hatte der grüne Haushaltsexperte 1984, noch als Oppositionspolitiker, entwickelt. Grüne Parlamentarier (heute: Senatoren) hätten »die Haushaltsdebatte zu nutzen, um die gesellschaftlichen Ursachen der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Krisenerscheinungen aufzudecken und die Notwendigkeit einer grundlegend erneuerten Produktions- und Lebensweise zu untermauern«. Was 1984 über unrealistische Anträge praktiziert wurde, wird 1992 durch die offenkundige Absurdität einer gegenreformerischen Reformpolitik vermittelt. Meisterhaft hat Fücks diesen Widerspruch entwickelt. Zum Beispiel am Einstellungsstop für den Öffentlichen Dienst. Dort, so der Senator, werden 1.000 Stellen eingespart, aber 500 neu besetzt. Das sei Reform. In der Entscheidung des Senats liege es, die vereinbarten Stelleneinsparungen bei Kindergärten durch »bedarfsgerechte und flexible Wiederbesetzung von Stellen aufzuheben, ebenso für sicherheitsempfindliche Bereiche der Polizei«. Zweites Beispiel: »Selbst der Protest gegen die Erhöhung der Kindergartengebühren erscheint in etwas anderem Licht, wenn offensiv dagegengehalten wird, daß es sich um einen relativ bescheidenen Beitrag zur Mitfinanzierung der 2.000 neuen Plätze handelt,die bis 1995 geschaffen werden sollen..., es geht also nicht um Abbau, sondern um Ausbau des Angebots.« Drittes Beispiel: »Selbst die Tariferhöhungen bei der BSAG bekommen durch die Offerte einer Bremer Karte zu 25 DM für Sozialhilfe-EmpfängerInnen eine andere Gewichtung.«

Wer will da noch bestreiten, daß so selbst der Dümmste gezwungen wird, das offenkundig gewollte Gegenteil der Behauptungen des Senators zu denken. Die Tarnung der schnöden Sparpolitik als spezielle »grüne Austeritätspolitik«, Fücks’ Ankündigung vor der Installierung der Ampel, daß für die Grünen »Erfolg und Mißerfolg der Verhandlungen schwerer zu messen« sind, weil nichts mehr als grün, nichts mehr als »ökologische Aufweichung der ‚harten’ wirtschaftsnahen Politikbereiche« erkennbar werde, da sich »der grüne Faden durch alle Ressorts webt«, all dies kann nur eines bewirken: die Erkenntnis, daß grüne Regierungsbeteiligung auch nur die Beteiligung an einer bürokratischen Staatsmaschinerie ist, die Veränderungen verhindert. Die Botschaft folgt getreu der alten KBW-Politik in der zweiten Hälfte der 70er Jahre: Stürzt die Magistrate (Senate, usw.)!

Heiner Möller schrieb in KONKRET 11/91 über die geplante Germanisierung Kaliningrads

Konkret 05/92, S. 30

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste« VI

Sechster Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Mitteilung des Landeskriminalamts (LKA) Schleswig-Holstein (Ergänzung der Länder-Statistiken aus KONKRET2/92): Die Auswertung der Daten beginnt in Schleswig-Holstein am 1.9.1991. Gesamtzahl der fremdenfeindlichen Straftaten vom 1.9.91 bis 21.2.92: 148. Davon wurden nur 30 aufgeklärt.

Aufschlüsselung nach Straftaten: 69 Anschläge gegen Unterkünfte von Asylbewerbern, davon 10 Brandanschläge; 18 Straftaten gegen Leben und körperliche Unversehrtheit von Ausländern; 30 sonstige Straftaten (Bombendrohungen, Beleidigung, Sachbeschädigungen) gegen Ausländer, 31 Straftaten mit inhaltlichem Zusammenhang, die nicht unmittelbar gegen Personen gerichtet sind, wie z.B. Farbschmierereien an Gebäuden.

Regionale Schwerpunkte fremdenfeindlicher Straftaten bilden der Großraum Kiel mit 83 und Lübeck mit 48 Straftaten. Nach Monaten aufgeschlüsselt ergeben sich folgende Zahlen: September 1991: 23; Oktober: 73; November: 33; Dezember: 7; Januar 1992: 9.

Anmerkung des LKA: »Die sichere Zuordnung von Delikten in den Bereich ‘fremdenfeindliche Straftat’ ist außerordentlich schwierig, weil eindeutige Hinweise darauf oftmals fehlen. So sind Korrekturen in die eine oder andere Richtung wiederholt erforderlich. Ein endgültiges Bild ist vielfach nur nach Aufklärung und Aburteilung der Straftäter möglich.«

Mitteilung des LKA Sachsen-Anhalt:

1991 wurden insgesamt 85 ausländerfeindliche Straftaten registriert. Für 1990 liegen keine Zahlen vor. Aufschlüsselung nach Straftaten: 53 Sachbeschädigungen, 22 Körperverletzungen, 10 Raubdelikte, 15 Brandanschläge. Regionale Aufschlüsselung der Straftaten: Magdeburg: 10; Halberstadt: 8; Halle: 7; Dessau: 6; Aschersleben: 5; Köthen: 4; Wernigerode: 4.

Donnerstag, 6.2.1992

Unbekannte Täter werfen die Fensterscheiben des Wohnheims für Asylbewerber in Gottmadingen mit schweren Steinen ein. Um einen Stein ist ein Zettel gewickelt: »Beim nächsten Mal fliegen Brandbomben.«

Anschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Rielasingen.

Freitag, 14.2.

Angriff auf ein Asylbewerberheim in Jüterbog/Brandenburg. Eine Jalousie wird verbogen und eine Scheibe der Eingangstür zerschlagen.

Samstag, 15.2.

Anschlag auf ein Flüchtlingsheim in Hersbruck bei Nürnberg. Ein Unbekannter feuert durch das Fenster auf einen Kurden im Waschraum. Das Projektil schlägt ins Waschbecken ein.

In Mönchengladbach zerstören etwa zehn männliche Personen die Fensterscheiben bzw. Mobilheime einer Asylbewerberunterkunft.

Dienstag, 18.2.

Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag gibt eine Entschließung bekannt, in der festgestellt wird, daß die zunehmenden ausländerfeindlichen Tendenzen in der Bevölkerung das Produkt einer »Diffamierungskampagne« der »ideologischen Linken« seien. Weiter heißt es, vereinzelt auftretende »Spannungen« seien nicht Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit. Sie hätten vielmehr ihre Ursachen in hohen Asylbewerberzahlen und dem damit verbundenen »Mißbrauch politischen Asyls«.

Mittwoch, 19.2.

Brand in der zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in München. Der zuständige Abteilungsleiter der Regierung Oberbayerns geht von Brandstiftung aus. Fünfzehn Zimmer in der Anlaufstelle seien zur Zeit wegen Zerstörungen nicht benutzbar.

In Neu-Isenburg/Hessen kommt es zu einer Massenschlägerei zwischen Skinheads und einer Gruppe von Ausländern. Eine unbeteiligte Frau wird angeschossen.

Samstag, 22.2.

Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Wolfegg/Kreis Ravensburg.

In Pfaffenhausen wird eine afghanische Familie wiederholt von Jugendlichen bedroht. Vor ihrem Haus werden ausländerfeindliche Parolen gerufen, nachts wird an die Tür gehämmert.

Sonntag, 23.2.

20 bis 30 rechtsradikale Skins überfallen ein Asylbewerberheim in Blankenfelde/Kreis Zossen in Brandenburg. Sie werfen Steine und zerschlagen Scheiben. Ein Säugling wird durch Glassplitter verletzt.

Samstag, 29.2.

In Plankenstadt/Baden-Württemberg kommt es bei einer türkischen Hochzeit zu einer mehrstündigen Massenschlägerei zwischen 150 Skinheads und rund 350 Hochzeitsgästen.

Sonntag, 1.3.

In Frankfurt/Main werden zwei Kurden durch Angestellte gewaltsam am Betreten eines Lokals gehindert. Sie erleiden Nasenbrüche und Blutergüsse.

Dienstag, 3.3.

In Kremmen/Kreis Oranienburg wird von einer rechtsradikalen Gruppierung ein Flugblatt mit ausländerfeindlichen Parolen an alle Haushalte verteilt.

Mittwoch, 4.3.

In Magdeburg stellt der Journalist Eberhard Seidel-Pielen die Studie zur Ausländerfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt vor, die er im Auftrag der Magdeburger Landtagsfraktion von Bündnis 90/Grüne durchgeführt hatte. Seine Nachforschungen ergaben, daß die Wahrscheinlichkeit, Opfer rassistischer Gewalt zu werden, in Sachsen-Anhalt rund 30mal so hoch ist wie z.B. in Nordrhein-Westfalen und selbst doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller neuen Länder.

Donnerstag, 5.3.

Die britischen Behörden lassen den Asylantrag eines Sudanesen zu, der aus Angst vor ausländerfeindlichen Angriffen aus Deutschland nach London geflohen war.

Die Bundesregierung will keine monatliche Aufstellung ausländerfeindlicher Übergriffe und rechtsextremer Terrorakte veröffentlichen. Nach solchen Vorfällen seien zunächst die Ermittlungsergebnisse abzuwarten, teilt sie in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der PDS/LL mit.

Samstag, 7.3.

Die rund 40 Flüchtlinge, die seit vier Monaten mehrere Räume der Technischen Universität Berlin besetzt hatten, verlassen die TU. Sie hatten erfolglos versucht, ein Bleiberecht für Berlin zu erhalten.

Montag, 9.3.

Brandanschlag auf eine als Flüchtlingsunterkunft genutzte Turnhalle in Ahlten bei Hannover.

Dienstag, 10.3.

Brandanschlag auf zwei Holzhäuser in Altwarmbüchen bei Hannover, in denen Flüchtlinge untergebracht sind.

Freitag, 13.3.

In Petersdorf bei Ribnitz kommt es vor der »Flying Diskothek« zu einer Schlägerei zwischen deutschen Jugendlichen und Rumänen, wobei ein Deutscher mit einem Messerstich in die Hüfte verletzt wird. Noch am selben Abend erscheinen Deutsche an der Asylbewerberunterkunft in Saal, in der die Rumänen untergebracht sind, und drohen Rache.

Samstag, 14.3.

In Saal bei Rostock überfallen 25 bewaffnete Jugendliche, wie am Tag zuvor angekündigt, das Asylbewerberheim und prügeln einen 18jährigen Rumänen zu Tode. Die Polizei trifft zu spät ein, weil es »Probleme mit dem Telefonnetz« gegeben habe. Laut Polizeisprecher Teichmann gibt es »keine Hinweise auf politische Hintergründe oder Ausländerfeindlichkeit«.

Sonntag, 15.3.

Brandanschlag auf ein noch im Bau befindliches, unbewohntes Wohnheim für Asylsuchende in Essen.

In Bayreuth kommt es zu einer Massenschlägerei zwischen Deutschen und Asylbewerbern aus Albanien. 30 bis 50 Anwohner im Stadtviertel Herzogmühle sammelten sich bewaffnet vor den Asylwohnungen. Der Polizeisprecher: »Die Albaner haben sich mehr oder weniger verteidigt.«

Mittwoch, 18.3.

In Eilenburg bei Leipzig überfallen mehr als 30 Jugendliche ein Asylbewerberheim.

Sonntag, 22.3.

In Drebkau/Landkreis Cottbus greifen 30 bis 40 Jugendliche eine Asylbewerberunterkunft an. Sie zerschlagen Fensterscheiben und Türen, dringen in die Räume ein und verwüsten Mobiliar. Die Bewohner der Unterkunft setzen sich mit Stöcken und Feuerlöschern zur Wehr.

Donnerstag, 25.3.

In Bremen wird ein Polizeirevier auf richterliche Anordnung hin durchsucht. Mehrere nigerianische Asylbewerber hatten einem Anwalt berichtet, sie seien von Beamten des dritten Polizeireviers mißhandelt worden. Bei der Durchsuchung wird kein Beweismaterial gefunden.

Samstag, 28.3.

In Worms wird ein 15jähriger Türke von zwei Jugendlichen mit Naziabzeichen auf offener Straße niedergestochen. Er wird schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Dienstag, 31.3.

Ein tschechischer Reisebus wird auf der Autobahn München-Degendorf aus einem grauen Opel Omega Caravan heraus beschossen. Die Spurensicherung stellt elf Einschüsse fest. Die Insassen des Busses hatten von den Schüssen nichts bemerkt.

Mittwoch, 1.4.

Auf einer Pressekonferenz von 40 Afrikanern und Rechtsanwälten der Bremer Strafverteidiger-Initiative werden die Vorwürfe gegen das dritte Polizeirevier in Peterswerder/Bremen, in dem auch die Sondergruppe für Drogen- und Straßenkriminalität untergebracht ist, erhärtet. So mußte ein 14 Jahre alter Junge aus Kurdistan nach seiner Festnahme mit gebrochener Schulter und zweimal gebrochenem Arm ins Krankenhaus eingeliefert werden. Ein 22 Jahre alter Asylbewerber aus Gambia erlitt einen Schock aufgrund von Mißhandlungen und benötigte psychiatrische Behandlung.

Donnerstag, 2.4.

Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft im Hungener Ortsteil Inheiden/Landkreis Gießen.

Sonntag, 5.4.

Nach einer Statistik des Bundeskriminalamtes wurden in den ersten drei Monaten diesen Jahres fast 600 ausländerfeindliche Straftaten verübt - 400 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 1991. Als Motiv nennt das BKA eine »diffuse Fremdenfeindlichkeit«. Eine rechtsextreme Steuerung sei nicht erkennbar. 80 Prozent der Täter sind unter 20 Jahre alt, nur jeder vierte sei arbeitslos.

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg erringen die »Republikaner« 11 Prozent der Stimmen, in Schleswig-Holstein die Deutsche Volks-Union 6 Prozent. Politiker aller Parteien sind sich einig, daß die »Tatenlosigkeit der etablierten Parteien in der Asylproblematik« den Rechtsextremen zum Erfolg verholfen habe.

Das Archiv für Sozialpolitik erstellt diese Chronik für KONKRET seit September ‘91

Konkret 05/92, S. 32

Thomas Ebermann

»Virulente Aktivisten«

Ein Aufruf zugunsten eines Aufrufs zugunsten einer Institution, die zu ungunsten Großdeutschlands tätig ist

Die »Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts« hat gegenwärtig keine gesicherte Zukunft. Die Hauptförderung dieser mit rein privaten Mitteln aufgebauten Stiftung läuft aus. An den Universitäten tobt ein mörderischer Wettlauf zwischen den Anpassungsleistungen kritischer (na ja) Historiker und den Mittelkürzungen staatlicher Stellen. Das erhöht die Chancen auf öffentliche Gelder nicht gerade.

»Wenn die etablierte Historiographie mehr denn je zum Hofe drängt und sichum ihre Nistplätze Unter den Linden rangelt«, veranstaltet die Stiftung seit sechs Jahren das Gegenteil. Für's Weitermachen sind Fördermitglieder nötig, die jährlich (mindestens) 400 DM berappen und damit sowohl das Institut als auch dreimal jährlich dessen »HSG News Letter« erhalten.

Spendenaufrufe zu formulieren ist eine schwierige Kunst. Schildert man die Lage zu dramatisch (Pleite droht), neigt der potentielle Spender zur Verweigerung, weil ihm der Bankrott nicht verhinderbar erscheint. Schildert man die Dinge weniger kraß, drängt sich dem »Mäzen« der Gedanke auf, ein Sparprogramm täte es auch. In diesem Fall sind beide Einwände zwar der Schonung des eigenen Geldbeutels dienlich, aber keineswegs richtig - Ehrenwort.

Es gibt politische Milieus, deren Spendenbereitschaft durch den Hinweis steigt, es handele sich um eine »gemeinnützige und der Senatsaufsicht unterstehende Einrichtung« (Anschreiben der HSG). Andere Kreise, man hofft sie unter KONKRET-Lesern zu finden, sind eher zu animieren, indem ihnen diffamatorische Schriften (halb-)staatlicher Stellen gegen das Institut zur Kenntnis gebracht werden, die neben ausgesuchten Gemeinheiten immer auch enthalten, welch wichtige Forschungen von der »Hamburger Schule« betrieben werden.

Zitieren wir also ein wenig aus dem Organ »Spuren und Motive« (September 1990), das man als »ein dem Sicherheitsapparat nahestehendes internes Mitteilungsblatt« charakterisieren darf:

»Bei der Betrachtung wichtiger Diskussionspapiere und Tatbekennungen aus der terroristischen Szene... fällt immer wieder der Begriff 'faschistische Kontinuität des deutschen Kapitals' als Rechtfertigungsformel für Anschläge ins Auge... Im Zusammenhang mit der Erforschung, wie diese Formulierung systematisch zum terroristischen Kampfbegriff aufbereitet wurde, lohnt sich der Verweis auf die Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts und das angegliederte Hamburger Institut für Sozialforschung. Beide Institutionen (man hat sich inzwischen getrennt - T.E.) haben sich seit 1987 in ihren Veröffentlichungen vor allem mit Profilstudien im Sinne 'kritischer Betriebsgeschichtsschreibung' auf die publizistische Denunzierung deutscher Großunternehmen konzentriert... Außerdem betrachtet sich die Stiftung als Gegner eines 'von der Deutschen Bank AG gesponserten Netzes wirtschaftshistorischer Forschungseinrichtungen'. ... Ein virulenter Aktivist der Hamburger Stiftung, der sich vor allem seit den Novemberereignissen vergangenen Jahres als Daueragitator gegen die Vereinigung Deutschlands betätigt, ist der Linksextremist Karl Heinz Roth. ... (Er) verfaßte einen Artikel 'Vor dem Anschluß?', in dem er bezeichnenderweise die historische Rolle des amerikanischen Historikers Alexander Gerschenkron und des auf seine Überlegungen zurückgreifenden notorischen Deutschland-Hassers(!) Henry Morgenthau als quasi genuine 'Antifaschisten' positiv hervorhob. Berührungspunkte zwischen der seit der Wiedervereinigung erneut grassierenden Hetze gegen 'Großdeutschland' von bestimmten Kreisen in westlichen Nachbarländern wie auch seitens militanter Linksextremisten sind mittlerweile kein Einzelfall mehr. ...« (Dies alles) *belegt, da diese denun iatorisch aufbereiteten so ialgeschichtlichen Erkenntnisse als Mobilisierungs- und Argumentationshilfe ge ielt in die militante S ene transportiert erden.*

Natürlich, das ist der Ruf nach Bespitzelung, Verbot und Repression. Aber es ist auch ein Hinweis, daß hier zu Fragen geforscht wird, deren wahrheitsgemäße Beantwortung für diejenigen, die gegen Großdeutschland opponieren, erhebliche Relevanz hat. Die Stiftung arbeitet (und Roth ist nur eines ihrer Mitglieder, auch wenn Staatsapparate nur in der Kategorie 'Chef und Untergebene' denken können) gegen die Relativierung und Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen und gegen die Leugnung faschistischer Kontinuität, die das 'demokratische Deutschland' bis heute prägt. Sie tat dies, das ist nicht selbstverständlich, in einer Form, die sowohl dem historisch Interessierten als auch dem politischen Aktivisten den Zugang insofern erleichtert, als auf unnötige (»akademische«) Gestelztheit bei der Erläuterung komplizierter Zusammenhänge verzichtet wird.

Die Stiftung gibt periodisch die Zeitschrift »1999« heraus, hat bislang zehn Bände einer Reihe von ihr erarbeiteter oder initiierter Forschungsbeiträge zunächst bei Franz Greno, dann im Volksblatt Verlag veröffentlicht (darunter das berühmte »Daimler-Benz Buch«) und publiziert die »Kleine Historische Bibliothek« (besonders lesenswert: »Arbeitsschutz und Umweltgeschichte«). Sie veranstaltet regelmäßig Tagungen (die nächste am 15./16. April über »Die Be-Gründung des

Deutschen Sozialstaats im 19. Jahrhundert. Hintergründe, Alternativen, Legenden«), hat ihre öffentlich zugängliche Bibliothek auf mittlerweile 18.000 Bände ausweiten können und betreibt ein wirklich hilfreiches Archiv.

Das alles ist, viel weniger formal als an dieser Stelle, in der Broschüre »Wie wir wurden... was wir sind« nachzulesen. Spätestens nach Lektüre dieser kleinen Schrift sollte, wenn die Finanzen es erlauben, die Frage nach der Fördermitgliedschaft geklärt sein. Hoffe ich.

Wer F□ rdermitglied □ erden b□ □ . □ eitere Informationen bekommen m□ chte, schreibe an die Hamburger Stiftung f□ r So□ ialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Postfach 306232, 2000 Hamburg 36, oder □ ber□ eise die Mindestsumme f□ r eine Mitgliedschaft □ on 400 Mark pro Jahr gleich auf das Konto: Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Kontonummer 1228/122915.

Konkret 05/92, S. 33

Dorothee Piermont

Siamesische Zwillinge

Bei den französischen Regionalwahlen zeigten sich Familienähnlichkeiten, die kaum überraschen

Die französischen Regionalwahlen vom 22. März 1992 haben den beiden ‘grünen’ Parteien Erfolge beschert.»Génération Ecologie« (GE) erreichte 7,1 Prozent, die »Verts« kamen auf 6,8 Prozent, was ihnen zusammen 104 Sitze in den Regionalräten brachte. Prompt erklärten Kommentatoren jeder Couleur, für Brice Lalonde (GE) und Antoine Waechter (Verts) habe nun die Stunde der Klarheit geschlagen, obwohl 95 Prozent der französischen Wählerinnen und Wähler zwischen beiden Parteien keinerlei Unterschied ausmachen können, es also einzig um die unterschiedliche Wahrnehmung ihres jeweiligen Hauptdarstellers gehen kann. Auch stellten, da war man sich einig, die 14 Prozent ökologische Wählerstimmen das linke Gegenstück zu den rechten ‘Proteststimmen` für Le Pen dar. Nun ja, auch die zwei Seiten einer Medaille lassen sich schließlich als ‘Gegenstücke’ betrachten...

Zwischen 1974 und 1989 heimsten die »Verts« nur Mißerfolge ein, und das, obwohl sie sich schon immer zur Wahlpartei berufen fühlten. Um ihre Mission zu erfüllen, fehlte ihnen lange Zeit ein charismatischer Führer. Antoine Waechter entstammt dem kernigen Frankreich der Hügel und Wälder. Provinziell bis ins Mark, wollte er schon mit 10 Jahren »Präsident der Republik werden«; also gründete er als 15jähriger im Elsaß die »Bewegung der jungen Freunde der Natur«, vor allem um »die kleinen Kinder zu lehren, die Vogelnester zu respektieren«. Das frühreife Genie konnte schließlich 1986 voll erblühen, als es dank seiner Parole »weder rechts noch links« und seines Appells an die »Berufung der Ökologen, ihre Verantwortung zu übernehmen«, zum Chef der »Verts« gekürt wurde.

Seine programmatische Formel, daß »die Ökologie nicht zu verheiraten« sei, hat er schon bald darauf präzisiert: »Die 68er sind Waisen«, »die Kommunisten recyclingunfähiger Abfall« und »die Libertären biologisch nicht abbaubare Waschmittel«. 1986 wurde Waechter als »Doktor der Ökologie« zu einem der ersten drei grünen Regionalabgeordneten gewählt. Thema seiner Dissertation: »Die Lebensweise des Marders«. Seine Wähler haben vermutlich nie nachgeschlagen: »Der Marder läßt Geflügel und Tauben zur Ader.«

Der stärkste Vorwurf der »Verts« an die Adresse von »Génération Ecologie« ist, daß »Brice Lalonde sich wie ein Kuckuck benimmt«. Als Großbourgeois verbringe der Herr Minister seine Zeit in Salons und vor Fernsehkameras, um »sich im ökologischen Nest festzusetzen«.

Von der Natur verwöhnt, im eleganten Neuilly aufgewachsen, wurde Lalonde in den 70er Jahren rasch zum Anführer der »Freunde der Erde«. Er trat in die Pedale für die »Forderung nach Fahrradwegen«, errang mit deren Markierung seinen ersten großen Erfolg und nahm an David MacTaggarts Greenpeace-Kampagne gegen die französischen Atomtests im Pazifik teil. Mit feinem Gespür für Opportunitäten ausgestattet, wird er 1981 zum einzigen Kandidaten der ökologischen Parteien bei den Präsidentschaftswahlen. Sein Engagement machte umso mehr von sich reden, als er sich die Kasse mit der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung unter den Arm klemmte und Reißaus nahm. Die »Verts« haben das als Kriegserklärung aufgefaßt.

Lalonde, der bereits einschlägige Erfahrungen bei der Parti Socialiste Unifié gesammelt hatte, beschloß, »sich nützlich zu machen« und zu diesem Zweck sein Image aufzupolieren. Er ließ sich vom (rechten) Umweltminister Carignon als Experte ins Umweltministerium berufen. Auch Mitterrand, um die Wählergunst der Sozialisten besorgt, zeigte Interesse. Am Tag, als er ihn zum Staatssekretär für Umwelt ernannte, am 27. Mai 1988, ließ er im fernen Moruroa die bis dato stärkste französische Atombombe explodieren. Da Lalonde dennoch auf der Liste der »Verts« zu den Europawahlen 1989 keinen Platz fand, gründete er die Zentrumsliste des »juste milieu«, ERE. Ohne Erfolg. So wurde er endlich Minister. In dieser Funktion ersuchte er seine Regierungskollegen im März 1992, »500 Fremdenlegionäre und bewaffnete Gendarmen« möchten doch die »Rainbow Warrior II mit Wohlwollen empfangen«. Dementsprechend wurde sie am 26. März vor Moruroa aufgebracht.

Die 95 Prozent der Franzosen und Französinnen, die zwischen »Les Verts« und »Génération Ecologie« keinerlei Unterschiede zu erkennen vermögen, bewundern gleichwohl, wie gekonnt Brice Lalonde in nur wenigen Wochen, mit seinem Ministerium als Adresse und unterstützt von den wenigen Mitgliedern, die »Génération Ecologie« überhaupt hat, die 4.000 Aktivisten zählenden »Verts« überrundete. Die mondänen Stadtökologen haben ihre bäuerlichen Konkurrenten ausgespielt. Lalonde wurde zum Symbol des ewig lächelnden »Managers, der phosphatfreies Waschmittel auf den Markt wirft«. Und die »Verts«, die Stein und Bein geschworden hatten, daß mit GE keinerlei Bündnis möglich sei, sind in den Regionalräten damit beschäftigt, gemeinsame Ökologie-Fraktionen aufzubauen. Die Doppelkopfrunde geht zu Ende.

Den übrigen 5 Prozent der Franzosen und Französinnen erscheint es unmöglich, die Gründe anzugeben, die sie veranlaßt haben, zwischen den beiden Öko-Parteien zu unterscheiden. Einige haben vielleicht bemerkt, daß die »Verts« ein paar Monate gebraucht haben, um einen ihrer Sprecher aus der Partei auszuschließen, nämlich bis nach seiner rechtskräftigen

Verurteilung wegen »rassistischer und antisemitischer Äußerungen«, und daß ihr Vordenker Waechter sich zweimal weigerte, für die Aufhebung der Immunität von Le Pen wegen »rassistischer und faschistischer Äußerungen« zu stimmen. Andere haben vielleicht gesehen, daß die Angst um Stimmenverluste bei »Génération Ecologie« ausgereicht hat, um »ihren Kandidaten Jean-Gabriel Cohn-Bendit«, Zwillingsbruder des Frankfurter Bohemiens, »wegen des aktuellen Kontextes zum Rücktritt aufzufordern« (Anfang März 1992): In anderem Kontext nämlich hatte Cohn-Bendit am 5. März 1979 in »Libération« geschrieben: »Wenn wir für die kommenden Generationen glaubwürdig sein wollen, dürfen wir nicht den geringsten Mythos, die geringste Lüge, den geringsten Irrtum fortbestehen lassen. Kämpfen wir also dafür, daß diese Gaskammern, die den Touristen in den Lagern gezeigt werden, von denen man jetzt weiß, daß es sie nie gab, zerstört werden, weil man uns sonst auch das nicht glauben wird, von dem wir sicher sind, das es stimmt.«

Erinnern wir in »dieser Stunde der Klärung in der ökologischen Familie« daran, daß der Verantwortliche für Multikulturelles in Frankfurt im März 1992 die Listenverbindung in »Loire-Atlantique« unterstützte, auf der sein Zwillingsbruder an 31. Stelle kandidierte, und daß der Länderrat der deutschen Grünen die »Verts« unterstützte.

Dorothee Piermont schrieb in KONKRET 3/92 über das Ansehen der Deutschen in Frankreich

Konkret 05/92, S. 34

Patrick Bond

Die Banken des ANC

Der Rassismus der weißen südafrikanischen Rechtsradikalen ist von ähnlichen antikapitalistischen Ideologemen geprägt wie der nationalsozialistische. Die »Afrikaander«, wie sich die Buren selbst nennen, fühlen sich als ehrliche, hart arbeitende Farmer von aller Welt verlassen und von Bankiers mit ANC-Verbindungen bedroht

Der Führer der rechtsradikalen weißen »Afrikaner Weerstandsbeweging« (AWB) heißt Eugene Ter-re'Blanche und ist mit Abstand das meistgehaßte menschliche Wesen in Südafrika, ein Mann, den man nicht auf die leichte Schulter nehmen sollte. »ET«, wie er genannt wird, soll über eine bewaffnete Miliz von 10.000 Gefolgsleuten verfügen, darunter sehr viele Berufssoldaten und Polizisten. Die Massenmedien tendieren dazu, ihn als Neofaschisten, ungebildeten Trampel und unberechenbaren Alkoholiker abzuqualifizieren, dessen grotesk romantische Eskapaden ihm einmal den Zorn sogar seiner Anhänger zugezogen haben. Tatsächlich wurde das »Nur für Weiße«-Referendum vom 17. März durch die Werbeagentur Saatchi and Saatchi (im Auftrag von Präsident de Klerk) entschieden: hauptsächlich dadurch, daß sie die Konservative Partei mit dem schmutzigen Image der AWB in Verbindung brachte.

Aber so simpel liegen die Dinge nicht. Wie David Duke in Louisiana* trifft auch Terre'Blanche einen empfindlichen Nerv bei seinen Anhängern, und zwar nicht nur, indem er einfach über die Schwarzen herfällt. Mit Duke verbindet ihn das stete Zurschaustellen einer glaubwürdigen Entrüstung, und er profitiert dabei von einer wirtschaftlichen Krise, deren Ausmaß nicht unterschätzt werden sollte. Zwar ist er kein Stratege, steht aber periodisch personelle und organisatorische Krisen durch, die jeden anderen Möchtegern-Politiker in dieser intoleranten Gesellschaft zu Fall bringen würden. Sein Stellvertreter, der berüchtigte Piet »Skiet« (Schütze) Rudolf verließ Terre'Blanche Ende März mit der Begründung, er könne die räumlich ausgreifenden Operationen der »Bewegung« nicht mehr unter Kontrolle halten.

Aber womit hält sich Terre'Blanche auf den Beinen? Was sind die grundlegenden gesellschaftlichen Kräfte, die »bestimmten Klassenverhältnisse«, die dieser Bewunderer Hitlers repräsentiert? Mit dieser Frage muß sich die Linke - in Südafrika und anderswo - auseinandersetzen. Denn obwohl Terre'Blanche und die konservative Allianz bei dem Referendum eine 68 zu 32-Prozent-Niederlage einstecken mußten, scheint die »Bewegung« nur minimal zurückgeschlagen worden zu sein.

Südafrika sieht sich grundlegenden strukturellen Rassen- und Klassenproblemen gegenüber, die nicht durch eine Wahl vom Tisch gewischt werden können, die, oberflächlich betrachtet, als »das letzte Wort zum Thema Apartheid« angesehen wird. Diese Probleme könnten leicht zu Auseinandersetzungen eskalieren, gegen die die momentanen Ausbrüche von Gewalt, in deren Verlauf allein im März 300 Schwarze getötet wurden, harmlos wirken würden. Und in dieser Situation weigert sich de Klerk kategorisch, seine Sicherheitskräfte von potentiellen AWB-Saboteuren zu reinigen.

Im alltäglichen Leben erscheinen die Bedingungen, die den Rechtspopulismus der Afrikaander schüren, nicht steuerbar. Betrachten wir einige Symptome des Problems. Im Januar versuchten sich zwei weiße Angestellte der Sanlam Großbank an einer neuen Methode, Geld zu verdienen. Sie schlossen Lebensversicherungen für einige Schwarze ab, die kurz darauf ums Leben kamen, als ein Kleinbus, in dem sie befördert wurden, unter mysteriösen Umständen explodierte. Sämtliche Türgriffe im Innenraum des Fahrzeugs waren entfernt worden.

Angeklagt des Versicherungsbetruges in 17, des Mordes in fünf und des Mordversuchs in drei Fällen, wurden Lucas Loubser und Jacobus Kruger kurze Zeit später nach Hinterlegung einer Kaution in Höhe von nur 1.000 Dollar auf freien Fuß gesetzt. (Sanlam, der drittgrößte Finanzriese des Landes, feuerte beide.) Der Zorn der Schwarzen über diesen Fall und über die Nachlässigkeit von Polizei und Gerichten kocht immer noch.

Auf der anderen Seite starb Anfang März ein afrikaandischer Lehrer, einige Wochen nachdem ihn einige junge Schwarze mit Molotow-Cocktails beworfen hatten. Der Angriff auf den 53jährigen war der Schlimmste in einer ganzen Reihe solcher Vorfälle in den verarmten südöstlichen Townships von Johannesburg seit Jahresbeginn. Eine lokale Studentengruppe, die mit dem Pan African Congress in Verbindung steht, lobte (unter gleichzeitiger Dementierung einer Beteiligung ihrer Mitglieder) die Aktionen. Sämtliche weißen Lehrer wurden daraufhin aus den Townships Katlehong und Vosloorus abgezogen.

Diese Vorfälle sind nicht typisch, zeigen aber die Qualität des fortdauernden weißen Rassismus' - und die Gefahren bestimmter Reaktionen darauf.

Ein Grund für die anhaltenden Gewalttätigkeiten ist die miserable Wirtschaftslage des Landes. Der durchschnittliche Lebensstandard ist seit Mitte der 70er Jahre stetig gesunken, bis sogar im »Afrikaanse Handels Instituut« (dem wichtigsten Wirtschaftsverband der Afrikaander) starke gegenreformerische Stimmungen entstanden. Dort sahen sich die natürlichen

ethnischen Verbündeten de Klerks mit einer krassen Spaltung konfrontiert, während das Referendum immer näher rückte und die Führung des AHI ihre bisherige Unterstützung der Reformpläne widerrief.

Ein noch radikalerer Rechtsruck zeichnet sich in Südafrikas weiten unfruchtbaren Landstrichen ab. Die »Transvaal Agricultural Union« (TAU) repräsentiert Tausende von weißen Farmern, die von der Depression, der Trockenheit, Schulden und rückläufigen Regierungssubventionen in den Ruin getrieben werden. Nach Notstandsversammlungen mit Regierungsvertretern im letzten Monat konnte die TAU einen begrenzten Schuldenerlaß von der staatlichen Landesbank erreichen. Aber in diesen Gegenden gedeiht weiterhin der Rassismus, der jetzt zunehmend auch noch mit regierungsfeindlichen Gefühlen durchsetzt wird, die an die Zeit der Burenkriege erinnern.

Diese Tendenz wird sich ausweiten, da die Wirtschaft sich von überflüssigen, subventionierten Farmen und Betrieben in weißem Besitz befreit. Der TAU ist es bisher nicht gelungen, von den Geschäftsbanken, die vor vielen Jahren auf Kosten der Farmer gegründet wurden und den Großteil der Farm-Anleihen von über sechs Milliarden Dollar kontrollieren, substantielle Zugeständnisse zu erhalten.

Die Spannungen zwischen Schuldnern und Gläubigern drohen zu eskalieren. Der rechte Flügel der Farmer kann nicht verstehen, weshalb die Banker den proreformerischen Referendum-Fonds mit so großen Beiträgen unterstützen konnten, wenn doch gleichzeitig die agrarwirtschaftlichen Aktienpakete der Banken durch nichtrückzahlbare Hypotheken schwer belastet sind.

»Diese schockierende Vorgehensweise gewisser Geldinstitute müßte sofort gestoppt werden«, beklagte sich ein Sprecher der TAU und rief dazu auf, statt dessen mehr Beiträge für den Hilfsfond der TAU zu spenden. Ein Funktionär der Konservativen Partei, der mit Terre'Blanche und der AWB zusammenarbeitet, forderte sogar einen Boykott zweier Banken mit angeblichen »Verbindungen zum ANC« (der Standard Bank und der First National Bank of South Africa, vormals Barclays), weil diese ihre Angestellten unter Androhung von Sanktionen dazu angehalten haben sollen, mit »Ja« für die Reformen zu stimmen.

All dies erinnert an die lange Geschichte vergleichbarer Ausbrüche - und auch an ähnliche sozial-politische Wechselwirkungen in ländlichen und middle-class Gemeinden in den Vereinigten Staaten, die jene Sorte Ressentiments anheizten, welche David Duke ausnutzt. Obwohl die Apartheid tief in der Mentalität der Menschen im ländlichen Südafrika verwurzelt ist, hält ihr der beißende, bankenfeindliche Populismus die Waage.

Vor ungefähr einem Jahrhundert erregten die Eintreibungspraktiken der größten Bank der Region, Standard Chartered, den Zorn der afrikaandischen Bauern. In den Worten des Historikers Tim Keegans von der University of the Witwatersrand, »führte der unnachgiebige Druck, der auf die Landbesitzer mit hoher Hypothekenlast ausgeübt wurde, zu starkem Widerstand der Burenfamilien gegen die Verpfändung ihres Besitzes«.

Der »Afrikaner Broederbond« bezeichnete die Standard Chartered als »gigantische Krake« und versuchte in den 1880er Jahren, eigene Banken zu gründen. (Standard reagierte darauf, indem sie das »British« aus ihrem Namen strich.) Schließlich jedoch scheiterten mehrere Banken der Afrikaander, und aus dem Bankrott der größten ging 1926 Barclays hervor.

Die Wut auf den Finanzkapitalismus gärte schon zu Beginn dieses Jahrhunderts und war eine der Grundvoraussetzungen der modernen Nationalbewegung der Afrikaander. Ihr Nationalismus und Antisemitismus nährte sich von der ländlichen Abneigung gegen die Banken und den jüdischen Vorstand der Anglo American Corporation während der 30er Jahre. Ein »Ekonomiese Volkskongres«, der dem Wahlsieg der National Party 1948 vorausging, beschäftigte sich hauptsächlich damit, junge, von Afrikaandern kontrollierte Geldinstitute wie Sanlam (heute 18 Milliarden Dollar schwer) und Volkskas (Teil einer 28 Milliarden-Bankengruppe) auf den Weg zu bringen.

Ironischerweise waren es diese Institutionen, die schließlich - in den 60er Jahren bereits - von Hardlinern innerhalb des »Broederbond« angegriffen wurden; die »Finanzmacht« der Afrikaander hätte das Volk verraten. Als die Finanziers der Afrikaander langsam erwachsen wurden und ihre Kontakte mit Harry Oppenheimer von der Anglo African Corporation verstärkten, entwickelten sie sich sogar zum »verligten« (aufgeklärten) Flügel der regierenden National Party.

Die sogenannten »Verkramptes« widersetzten sich dieser Entwicklung. Dan O'Meara, Autor des wichtigsten Lehrbuches über das Geschäftsleben der Afrikaander, schreibt: »Es wurde außerordentlich viel dafür getan, den Fraktionsstreit als einen einfachen Konflikt zwischen dem 'Broederbond' als dem Beschützer und der Seele der 'afrikaandischen' Werte und den 'nouveau riche' 'Geldkapitalisten` auf der anderen Seite darzustellen.« Die Finanziers gewannen schließlich Herz und Hirn sowohl des »Broederbond« als auch der National Party. Einige Historiker behaupten, de Klerk wäre einfach die Personifikation des »verligten« Ergebnisses dieser tief verwurzelten Machtkämpfe.

Heute übersteigen die Schulden der Konsumenten und Landwirte ihren bis dahin höchsten Stand von Mitte der 80er Jahre um 15 Prozent. Lag die durchschnittliche Höhe einer Zahlungsverfügung während des letzten Tiefstandes noch bei 750

Dollar, hat sie inzwischen 1.750 Dollar erreicht. Das reichste Fünftel der schwarzen Südafrikaner hat in jüngster Zeit Zugriff auf Kredite bekommen und verwendet Zahlungsunfähigkeiten in einigen Fällen als Druckmittel, um Konzessionen zu erhalten, während der Großteil der Leidtragenden sich in der weißen unteren Mittelschicht findet.

Auch im Sog der Pro-Reform-Wahlen wird sich daher der schwelende Haß der weißen Südafrikaner noch steigern. Terre'Blanche und der AWB werden weiterhin vorwurfsvoll auf die Rassenunterschiede deuten und den heruntergekommenen, sich radikalisierenden Weißen den Sündenbock liefern, den sie für ihre wirtschaftlichen Probleme verantwortlich machen können. Die Banken mit den angeblichen »ANC-Verbindungen« (beim derzeitigen Stand der Dinge eine absurde Vorstellung) werden damit rechnen müssen, unter starken Beschuß zu geraten. Die Traditionen des »Afrikaandertums« - etwa die des »Economic Movement« - wird man heraufbeschwören, um die radikalen Forderungen und Aktivitäten des »volk« zu rechtfertigen.

Parallelen zu David Duke sind unübersehbar, sagen aber längst noch nicht alles. Der niederländische Volkswirtschaftler Kees van der Pyl beschreibt das Deutschland der 30er Jahre mit folgenden Worten: »Den antisemitischen Äußerungen der Nazibewegung zufolge trägt die Schuld an der wirtschaftlichen Krise ein habgieriges internationales Finanzkapital, personifiziert in den Juden, das das 'deutsche, kreative' Kapital erwürgt hätte ('schaffendes' gegenüber 'raffendem Kapital'), eine Darstellung, die althergebrachte Vorurteile mit einem verdrehten Gespür für die tatsächliche deutsche Unterordnung unter die liberale Weltwirtschaft verband.«

Die afrikaandische Gesellschaft wird in den 90er Jahren möglicherweise genau diese Einstellungen ausbilden, mit den Schwarzen anstelle der Juden. Ob Terre'Blanche und AWB ihre Schwerpunkte dabei mehr auf wirtschaftliche oder auf rassische Themen legen werden, ist allerdings noch immer schwer zu beurteilen. So oder so steht eine Zeit harter Kämpfe bevor.

* vgl. zu Duke KONKRET 3/92

Patrick Bond ist Südafrika-Korrespondent des in New York erscheinenden »Guardian«

Konkret 05/92, S. 36

Charles Longford

Im Schatten der Rassisten

Die Warnungen der de Klerk-Regierung vor den südafrikanischen Rechtsextremen bringen den ANC von seinen früheren radikalen Zielen ab

Seit die südafrikanische Konservative Partei die regierende Nationale Partei bei einer Nachwahl in Potchefstroom im Februar dieses Jahres besiegt und Präsident de Klerk daraufhin sein Referendum angekündigt hatte, in dem die Bereitschaft der Weißen festgestellt werden sollte, politische Reformen zu unterstützen, überdeckt der Schatten der extremen weißen Rechten in Südafrika alles andere. Viele Beobachter meinen seither, daß der ANC und andere schwarze Gruppen sich zu mäßigen hätten, um keinen weißen Schlag gegen die Regierung zu provozieren. Die Londoner »Financial Times« schrieb nach der Ankündigung des Referendums: »Nelson Mandela braucht de Klerk ebenso, wie dieser jenen braucht.«

Dieser Appell stieß beim ANC nicht auf taube Ohren. Wenige Tage später wurde gemeldet, daß er seine Verhandlungspositionen wesentlich zurückgesteckt habe. Mandela selbst deutete an, daß er verzweifelt versuche, die »Tragödie« einer Niederlage de Klerks zu verhindern. Die Vermutung, Furcht vor der extremen Rechten dränge die schwarze Befreiungsbewegung zu einem Kompromiß, bestätigte sich eine Woche später, als angekündigt wurde, daß de Klerk und die größten schwarzen Gruppen gegen Ende des Jahres eine gemeinsame Übergangsregierung bilden könnten. Die Frage jedoch, die sich niemand zu stellen scheint, ist: Seit wann spielt die extreme weiße Rechte in Südafrika eine entscheidende Rolle?

In den letzten Jahren hat das Regime in Pretoria einen Reformprozeß verfolgt, der der weißen Opposition Schaum vors Maul trieb. Es ließ den ANC, die südafrikanische Kommunistische Partei und andere Organisationen wieder zu, Nelson Mandela und weitere schwarze Führer frei und warf die Apartheidgesetze über Bord, ohne die Weißen zu befragen. Dennoch waren die Spannungen innerhalb der weißen Minderheit nie das zentrale Problem in Südafrika. Es war und ist das Verhältnis der weißen herrschenden Klasse zur schwarzen Mehrheit.

Die schwarze Militanz einzudämmen, war die Absicht des weißen Establishments, als es die Reform des Apartheidsystems einleitete. Den Anstoß lieferte nicht etwa ein Aufstand der extremen Rechten, sondern die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses nach dem Kollaps des Ostblocks. Diese Entwicklung stärkte die Position der Marktwirtschaft und desorientierte die ANC-Kämpferinnen und -Kämpfer - unter ihnen war die prosowjetische südafrikanische Kommunistische Partei lange einflußreich. Die Krise der antikapitalistischen Politik bestärkte die herrschende Klasse Südafrikas in dem Glauben, daß die politischen Strukturen der Apartheid so reformiert werden könnten, daß die Gesellschaft stabilisiert würde - ohne daß im sozialen und ökonomischen System große Änderungen stattfinden müßten.

Das Ziel der Reformstrategie der de Klerk-Regierung war dabei, die schwarze Bevölkerung zu spalten und die entschiedensten Gegner des rassistischen Regimes zu isolieren. Der langwierige Verhandlungsprozeß ist Teil dieser Strategie, mit der die Befreiungsbewegung gemäßigt und unschädlich gemacht werden soll. Nur insofern ist die Furcht vor der extremen weißen Rechten begründet, die de Klerk hochgespielt hat, um mehr Druck auf den ANC ausüben zu können und um Mandela zu weiterem Einlenken zu bewegen. Gleich nach dem Referendum ist deutlich geworden, wie de Klerk das Ergebnis benutzen würde, um den ANC weiter in die Defensive zu drängen. Die Regierung erklärte, daß der Erfolg der Verhandlungen über die bereits weitgehend verwässerten Vorschläge für die Beteiligung der Schwarzen an der Macht nun von der Fähigkeit und Bereitschaft des ANC abhänge, die Gewalt in den Townships zu beenden. Um das zu erreichen, verlangte Gerrit Viljoen, der Chefunterhändler der Regierung, müsse der ANC seine »Privatarmee« Umkhonto we Sizwe auflösen. Unterdessen hat die Regierung die Todesstrafe wieder eingeführt, und ihre eigenen bewaffneten Einheiten sowie die zahlreichen »Privatarmeen«, die sie fördert, um die Blutbäder in den Townships zu provozieren, morden weiter wie bisher.

In dieser Situation kann sich de Klerk einen fundamentalen strategischen Fehler des ANC zunutze machen, dessen Führung zunehmend auf den staatlich geführten Verhandlungsprozeß setzt und immer weniger auf Massenaktionen seiner Anhänger. Das schwierige Verhältnis zwischen dem Wunsch des ANC, eine »politikfähige« parlamentarische Partei in einer nationalen Regierung zu werden, und der Massenbewegung, die er mobilisiert hat, um eben dies zu erreichen, hat seit jeher für Spannungen in den eigenen Reihen gesorgt. Diese Spannungen konnten in der Vergangenheit unter den Tisch gekehrt werden, weil das Apartheid-Regime sich so unversöhnlich zeigte. Je standhafter sich das Regime weigerte, auch nur im Geringsten nachzugeben, desto konsequenter konnten der ANC und seine Anhänger außerparlamentarisch agieren. Nun, da die Regierung die Tür zur Beteiligung der Schwarzen am politischen Leben aufgestoßen hat, werden die Spannungen zwischen den respektablen Absichten des ANC und seiner kämpferischen Tradition virulent.

Nachdem die Opposition den weltweiten Sieg des Kapitalismus akzeptiert hat, geht der Kampf nicht mehr um eine sozialistische Transformation der Gesellschaft. Die Beteiligten verhandeln über die genaue Form, die der Kapitalismus in Südafrika annehmen soll. Selbst um auf diese Verhandlungen Einfluß nehmen zu können, muß der ANC jedoch in der Lage

sein, die schwarze Bevölkerung zu mobilisieren oder wenigstens damit zu drohen. Er ist gezwungen, seine Anhänger in Permanenz zu mobilisieren und schließt sie doch durch die konkrete Form der Verhandlungen gleichzeitig von jeder Beteiligung daran aus. Wenn der »Kampf« auf Verhandlungsmanöver reduziert wird, wenn das, was zählt, nurmehr der Austausch von Argumenten am grünen Tisch ist, dann wird die Bewegung zur Staffage, die auftritt und abtritt, je nachdem, was in den Verhandlungsräumen passiert.

Dieses Lavieren hat sich inzwischen als ein sicheres Mittel herausgestellt, die Massenbewegung zu zerstören, sie zu demoralisieren - und das genau in jenem Moment, da de Klerks Teile-und-herrsche-Strategie sich dem entscheidenden Punkt nähert. Tausende junger Aktivistinnen und Aktivisten wenden sich von der Politik ab und kümmern sich ums eigene Überleben. In dem Maße, wie die Bewegung ihre Orientierung verliert und die schwarzen Gemeinden sich mit sich selbst beschäftigen, nehmen die Spaltungen zu und richtet die staatlich geförderte Gewalt schlimme Verwüstungen an.

Die Strategie des ANC hat ihn verwundbar gemacht. Es sieht so aus, als ob de Klerk lediglich die extreme weiße Rechte beschwören muß, damit der ANC von weiteren Forderungen abrückt. Er ist Opfer und Gefangener seiner eigenen Politik geworden.

De Klerks Vorhaben, den ANC zu einer gemäßigten Kraft zu machen, ging von der richtigen Überlegung aus, daß die wirkliche Bedrohung der südafrikanischen herrschenden Klasse nicht die extreme weiße Rechte, sondern die potentielle Macht der schwarzen Arbeiterklasse ist. Deren Widerstand ist jetzt in einen Prozeß eingebunden, der nicht nur die Aussichten auf einen grundlegenden sozialen Wandel trübt, sondern außerdem die einzige Kraft zerstört, die ihn durchsetzen könnte.

So wie die extreme weiße Rechte nie eine Gefahr für das Regime gewesen ist, so war sie auch nie das große Problem der schwarzen Bevölkerung. Nicht Neo-Nazis, sondern die reformorientierte Regierung P.W. Botha führte den totalen Krieg in den Townships während der 80er Jahre. Nicht Faschisten, sondern die friedliebende Regierung de Klerk nutzte ihre »Privatarmee« aus Provokateuren, um die Gewalt Schwarzer gegen Schwarze hochzukochen, wie kürzlich im »Inkathagate«-Skandal enthüllt wurde. Wenn die schwarze Bevölkerung die Freiheit erringen will, dann muß sie mit der Identifizierung ihres wirklichen Feindes beginnen.

Charles Longford ist Mitarbeiter des englischen Magazins »Living Marxism«, das bei Junius Publications Ltd., BCM JPLTD, London WC1N 3XX, Großbritannien, erhältlich ist

Konkret 05/92, S. 38

Olaf Groehler

□ Aber sie haben nicht gek□ mpft!□

Gleichg□ ltigkeit, Intoleran□ □ nd theoretische Enge: Was die DDR-Geschichtsschreib□ ng □ □ r □A□ farbeit□ ng` der nationalso□ ialistischen J□ den□ erfolg□ ng geleistet hat, □ ar im internationalen Vergleich □ n□ □ reichend □ nd □ □ rde d antifaschistischen Selbst□ erst□ ndnis des Staates nicht gerecht

Wer der Frage nachgeht, in welcher Weise die DDR-Wissenschaft sich mit der Shoa auseinandergesetzt hat, wird feststellen, daß es in der DDR - sieht man vom engeren Bereich der Parteihistoriographie ab - über Jahrzehnte wohl kaum ein zweites Problem der Geschichtsschreibung gab, das politisch und ideologisch ähnlich heikel und anfällig gewesen wäre wie der nazistische Massenmord an den europäischen Juden. Im Umgang mit diesem Thema trat eine Kontinuität zutage, die sich nachgerade über fünfundvierzig Jahre nachweisen läßt, ohne daß man ohne ausreichende Quellenkenntnis schon in der Lage wäre, ihre Gründe anzugeben. Die Beschäftigung mit dem Holocaust gehörte zu jenen Bereichen der DDR-Geschichtsschreibung, die in besonderem Maße außenpolitischen Erwägungen unterworfen waren, nicht nur mit Blick auf Israel und die arabischen Staaten, sondern auch auf innenpolitische Probleme der sozialistischen Bündnispartner, besonders der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Polen.

Bereits die ersten Versuche im besiegten Deutschland, das Faktum der Judenvernichtung zu werten, offenbarten einen absurd anmutenden Mangel an Verständnis für die historische Dimension dieses Massenmordes. Am 3. Juli 1945 veröffentlichte die »Deutsche Volkszeitung«, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, einen Bericht über die erste Vollsitzung des Hauptausschusses »Opfer des Faschismus«. In ihm heißt es: »Opfer des Faschismus sind Millionen Menschen und alle diejenigen, die ihr Heim, ihre Wohnung, ihren Besitz verloren haben. Opfer des Faschismus sind die Männer, die Soldat werden mußten und in die Bataillone Hitlers eingesetzt wurden, sind alle, die für Hitlers verbrecherischen Krieg ihr Leben geben mußten. Opfer des Faschismus sind die Juden, die als Opfer des faschistischen Rassenwahns verfolgt und ermordet wurden, sind die Bibelforscher und die ‘Arbeitsvertragssünder’. Aber soweit können wir den Begriff ‘Opfer des Faschismus’ nicht ziehen. Sie haben alle geduldet und Schweres erlitten, aber sie haben nicht gekämpft! Diesen Menschen wird und muß im Rahmen der allgemeinen Fürsorge geholfen werden.« Im August 1945 wiederholte Ottomar Geschke, erster Bezirkschef der Berliner KPD, diese Äußerung Wort für Wort in einem Rundfunk-Interview.

Diese beschämende und selbst von der allgemeinen Gleichgültigkeit der Nachkriegsdeutschen gegenüber den Verbrechen, die erst wenige Wochen zurücklagen, sich nochmals unangenehm abhebende Diskriminierung der am stärksten von der nazistischen Verfolgung betroffenen Bevölkerungsgruppe war keineswegs nur ein einmaliger Lapsus, sondern häufig wiederholter Ausdruck einer politischen Absicht, hinter der eine geschlossene Willensbildung vermutet werden kann. Hier wurde bereits zu Beginn der deutschen Nachkriegsgeschichte - und zwar von Menschen, die sich als Antifaschisten begriffen! - ein die Mörder entlastendes Fehlurteil gefällt, das den jüdischen Opfern der NS-Ausrottungspraxis indirekt eine Mitschuld an ihrem Schicksal zuschob und sie vom Anspruch auf besondere soziale Fürsorge ausschloß.

Gegen die Juli-Beschlüsse des Hauptausschusses »Opfer des Faschismus« regte sich jedoch bald Widerspruch, der dadurch befördert wurde, daß in der Presse und in Broschüren erste Erlebnisberichte über die Verfolgung und Ermordung der Juden erschienen. Von besonderer Bedeutung war dabei der 10. Jahrestag des Erlasses der Nürnberger Rassegesetze, deren Bedeutung die »Deutsche Volkszeitung« am 15. September 1945 so charakterisierte: »Die Folgen sind bekannt - die Verachtung aller sogenannten Minderrassigen führte zur Duldung eines furchtbaren Ausrottungsfeldzuges der Naziführung von Millionen und Abermillionen Juden, Polen, Russen, Jugoslawen, Franzosen, Holländern, Norwegern, Tschechen usw. in den Vernichtungslagern um Maidanek, Auschwitz, Buchenwald, Belsen und vielen anderen Todesfabriken. Hier feierte die nazistische Rassenlehre ihre höchsten Triumphe, Ausrottung und Versklavung anderer Völker, das war der tiefere Sinn der vor zehn Jahren veröffentlichten Nazigesetze.«

Die zumindest in Kreisen deutscher Antifaschisten mit der Zeit wachsende Einsicht in das Ausmaß der deutschen Massenverbrechen an den Juden, deren Abwehr und Leugnung unter anderem auch der Berichterstattung der Alliierten zugeschrieben werden muß, die besonders die Greuel in den von ihnen befreiten Konzentrationslagern (vor allem in Bergen-Belsen und Buchenwald) herausstellten, die osteuropäischen Vernichtungslager dagegen kaum thematisierten, schlug sich Ende September in einer veränderten Stellungnahme des Hauptausschusses nieder, die die »Deutsche Volkszeitung« am 26. September unter der bemerkenswerten Schlagzeile »Juden sind auch Opfer des Faschismus. Arbeitsprogramm der antifaschistischen Kämpfer« referierte. Im Bericht über die Hauptausschußsitzung heißt es: »Dem Hauptausschuß wurde vorgeschlagen, die rassisch Verfolgten in den Kreis der von ihm betreuten Opfer des Faschismus einzubeziehen. Sie, die einem machtpolitisch begründeten Rassenwahn zum Opfer fielen, haben Ungeheures erlitten, und es ist Pflicht der Gesellschaft, ihre Not zu lindern. Ihre Betreuung durch den Hauptausschuß wird daher durch eine besondere Abteilung desselben geschehen, ... Für die Betreuung der rassisch Verfolgten gelten ähnliche Bestimmungen wie für die übrigen anerkannten Opfer des Faschismus... Betreut werden die Sternträger, Mischlinge, Kinder und Frauen, auch

‘arische’ von getöteten Sternträgern. Nachdem Herr Pfarrer Grüber einige wertvolle Fingerzeige gegeben hatte, erklärte sich der Hauptausschuß mit der Neuregelung einverstanden. Sein Beschluß führte zu einer weiteren Festigung der Antifaschisten und wird allgemeine Zustimmung finden.«

Wenn dieser Bericht auch einige Fragen offenläßt - Wer votierte zunächst gegen die Anerkennung von rassisch Verfolgten als Opfer des Faschismus (‘ODF’), und wer widersprach? Ist die Vermutung zutreffend, daß Ottomar Geschke als Vertreter der kommunistischen KZ-Fraktion in dieser Sitzung seine Vorbehalte artikulierte und in Probst Heinrich Grüber einen entschiedenen Widerpart fand? Wurde bereits hier die ambivalente Haltung einiger Kommunisten festgeschrieben, für die das ‘jüdische Problem’ abseits aller nationalen, kulturellen, ethnischen, religiösen und anderen Gegebenheiten vor allem eine Klassenfrage war, und die deshalb auch nur schwer einsehen konnten, daß ein jüdischer Großbürger als ‘OdF’ anerkannt werden sollte? , so steht doch fest, daß schon zu diesem frühen Zeitpunkt die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus verhängnisvoll an politische Vorgaben geknüpft worden ist, die nur jenem Antifaschismus ‘Echtheit’ bescheinigten, der zugleich, dem Politikverständnis der Komintern folgend, auch die gesellschaftlichen Verhältnisse umstürzen wollte, die den Faschismus hervorgebracht hatten.

Da es gemäß der Dimitroffschen Definition einen untrennbaren Zusammenhang zwischen Faschismus und Monopolkapital gab, mußte, wer als ‘echter’ Antifaschist gelten wollte, sich also das Ziel setzen, den Kapitalismus zu beseitigen. Mochte sich die Programmatik anderer politischer Parteien nach 1945 immerhin teilweise und vorübergehend mit diesem Ziel decken, so bereitete der Umgang mit den jüdischen Opfern des nationalsozialistischen Terrorregimes erhebliche Schwierigkeiten. Insgesamt ließen sie sich nämlich keiner der traditionellen oder neu sich entwickelnden politischen Parteien oder Gruppierungen zuordnen, waren sie doch sozial wie politisch bunt gemischt. Das Problem für die die antifaschistisch-demokratische Phase der politischen Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone majorisierende KPD bestand nun darin, daß keine klaren politischen Vorstellungen darüber existierten, wie mit den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus - den getöteten sowohl als den überlebenden - umgegangen werden sollte. Daß sie am schwersten unter ihm gelitten hatten, stand, vor allem nach der Veröffentlichung der Anklagereden des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses Ende 1945, völlig außer Zweifel und veranlaßte Ottomar Geschke am 16. Dezember auf einer Berliner Großkundgebung der ‘OdF’ zu der Erklärung: »Angesichts des ganzen deutschen Volkes vollzogen sich die alle Pogrome der Weltgeschichte übertreffenden Verfolgungen der Juden.« Doch einem rationalistischen Konzept von Aufklärung verbunden und Friedrich Engels folgend, der den Antisemitismus für eine Angelegenheit zurückgebliebener Kulturen hielt, glaubten die meisten Marxisten auch weiterhin, daß Bildung im Verein mit sozialökonomischen Umwälzungen dem Antisemitismus ein für allemal den Boden entziehen würde. In seiner Studie »Antisemitismus und Rassenhetze« hat Siegbert Kahn 1948 die Konsequenz dieser Überzeugung zum Ausdruck gebracht: »Die Juden werden in Zukunft das Recht haben, zu wählen zwischen der vorbehaltlosen und völligen Assimilation, was nicht unbedingt Aufgeben ihrer Religion bedeutet, oder einer eigenen nationalen Entwicklung.«

Die Assimilation ist für politisch links stehende deutsche Juden in der SBZ/DDR offensichtlich während der 40er und 50er Jahre die bevorzugte Methode gewesen, sich mit der deutschen Nachkriegsgesellschaft zu arrangieren. Es entsprach dies in doppelter Weise ihrem Selbstverständnis, konnten sie doch so den von der deutschen Sozialdemokratie seit 1890 entwickelten Vorstellungen folgen und sich zugleich an den Erfahrungen der Assimilationspolitik des preußischen Staates im 19. Jahrhundert orientieren. Diejenigen von ihnen, die durchaus verantwortungsvolle Positionen in Politik oder Kultur innehatten, gaben dementsprechend weder in ihren Schriften noch in ihrem Auftreten auch nur mit einem Wort zu erkennen, daß sie Juden waren - in der Hoffnung, »man könne dem Judesein durch eine Art internationaler Existenz im Rahmen einer kommunistischen Zukunftshoffnung entkommen«1. Bis in die 70er Jahre wurde daher in der DDR nicht darüber gesprochen, welcher Schriftsteller, Wissenschaftler oder Politiker Jude war. Dieser Versuch einer vermeintlich vollständigen Assimilation setzte bereits lange vor der Zeit ein, als die sozialistischen Staaten begannen, Front gegen Israel zu machen, und die antisemitischen Verfolgungen während der letzten Phase der stalinistischen Diktatur die (potentiell) Betroffenen veranlaßte, ihren Status möglichst vergessen zu machen.

Denn bereits unmittelbar nach Ende des Krieges mußten die Überlebenden des Holocaust zur Kenntnis nehmen, daß ihre jüdische Identität in den kommunistischen Staaten allenfalls zum Zweck der Stigmatisierung akzeptiert, ansonsten jedoch geleugnet wurde. Stalin behauptete, daß die Juden in den Staaten, in denen sie lebten, keine eigene ‘Nationalität’ darstellten - und schon gar nicht in der UdSSR, deren Entwicklung bewiesen habe, daß die ‘jüdische Frage’ allein durch Abschaffung des Kapitalismus endgültig, dauerhaft und gerecht gelöst werden könne. Dabei waren in der Sowjetunion nach dem Ende des 2. Weltkriegs und im Zusammenhang der erneut verschärften politischen Repression sämtliche Versuche einer eigenständigen jüdischen Interessenvertretung in den Verdacht des bürgerlichen Nationalismus bzw. Kosmopolitismus geraten, ein Vorwurf, der im Zuge des sich zunehmend erhitzenden Kalten Krieges und einer galoppierenden Spionage- und Agentenfurcht tödlich sein konnte. Die Mitglieder des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, das am 20. November 1948 aufgelöst wurde, waren die ersten Opfer des stalinistischen Nachkriegs-Antisemitismus. Im Januar 1949 wurden sie verhaftet.2

Es ist natürlich kein Zufall, daß von diesem Moment an jedes Interesse der DDR-Presse an Beiträgen erlosch, die sich mit Antisemitismus und Judenverfolgung beschäftigten. Mochten die politische Entmachtung Paul Merkers - sein Ausschluß aus dem Parteivorstand - sowie die Verhaftung von Leo Bauer und Lex Ende in Ausführung der Beschlüsse der 2. ZK-Tagung vom 27. August 1950 noch dem allgemeinen Stalinisierungstrend der SED folgen, so zeigte sich spätestens mit dem ZK-Beschluß vom Dezember 1952 über die Lehren des Slansky-Prozesses auch in der DDR ein antisemitischer Grundzug, der originär wohl kaum den Wünschen und Vorstellungen der SED entsprach, der jedoch Tendenzen aufwies, wie sie etwa im tödlichen Verfahren gegen die 15 Mitglieder des Antifaschistischen Jüdischen Komitees in Moskau (Mai - Juli 1952) oder auch im Prager Slansky-Prozeß (20. bis 27. November 1952) zu Tage getreten waren. Diese Tendenzen radikalisierten sich im Januar 1953, als in der Moskauer Erklärung über die sogenannte Ärzteverschwörung ‘jüdische Mörder im weißen Kittel’ ausgemacht wurden, deren verbrecherisches Motiv u.a. ein wurzelloser Kosmopolitismus sei.

Ins Zentrum der antijüdischen Agitation rückte in der DDR der im Dezember 1952 verhaftete und am 30. März 1955 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilte Paul Merker, von dem im ZK-Beschluß über die Lehren des Slansky-Prozesses behauptet wurde, er sei ein »Subjekt der USA-Finanzoligarchie, der die Entschädigung jüdischen Vermögens nur forderte, um dem USA-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen. Das ist die wahre Ursache seines Zionismus... Die Verschiebung von deutschem Volksvermögen forderte er mit den Worten: ‘Die Entschädigung des den jüdischen Staatsbürgern zugefügten Schadens erfolgt sowohl an die Rückkehrer, wie an diejenigen, die im Ausland bleiben wollen.’ Merker fälschte die aus den deutschen und ausländischen Arbeitern herausgepreßten Maximalprofite der Monopolkapitalisten in angebliches Eigentum des jüdischen Volkes um.« Auf die in der DDR lebenden bzw. in sie zurückgekehrten Juden mußte diese antisemitische Konstruktion schockierend wirken - auch wenn sich die Parteipresse in ihren Verlautbarungen hütete, allzu offen antisemitisch zu argumentieren und statt dessen häufig das Reizwort ‘Zionismus’ verwendete, das zu einem politischen Kampfbegriff gemacht und mit Kosmopolitismus, Sozialdemokratismus, Titoismus und Trotzkismus auf eine Stufe gestellt wurde.

Es ist hier nicht der Platz, diese ‘in letzter Instanz’ antisemitisch motivierte Kampagne der Jahre 1952/53 zu schildern, doch auf ihre Folgen wenigstens sei hingewiesen: Die wichtigste bestand darin, daß führende deutsche Kommunisten, die Juden waren, entweder ihre Funktion verloren - wie etwa Paul Merker , aus der Nomenklatura gestrichen wurden, was die Übernahme politisch verantwortlicher Posten auf Dauer ausschloß, oder aber der massiven politischen Erpressung nachgaben und in die Rolle ideologischer Scharfmacher hineinwuchsen, die jeden Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit durch übertriebene Willfährigkeit auszuräumen versuchten, wie sich das am Beispiel von Albert Norden anschaulich nachvollziehen läßt. Eine weitere Folge war, daß die bislang einheitliche jüdische Gemeinde in Deutschland - besonders in Berlin - zerfiel, und daß an die Stelle der geflüchteten Funktionäre der Jüdischen Gemeinde in der DDR Personen traten, die nur äußerst behutsam die Interessen ihrer Gemeinde vertraten.

Indes darf nicht übersehen werden, daß der Staatsapparat auch in dieser Zeit Zeichen setzte, die der DDR das Stigma des Antisemitismus nehmen sollten. Da wurde am 1. September 1953 die Synagoge in der Rykestraße als ‘Friedenstempel’ an die Jüdische Gemeinde übergeben, da setzte man 1954 in Buchenwald einen Gedenkstein für die jüdischen Opfer der Novemberpogrome von 1938, und da wurde im November 1956 im Berliner Friedrichstadtpalast in großem Rahmen des 9. November 1938 gedacht. Diese Veranstaltungen hatten für die Geschichtsschreibung in der DDR jedoch paradoxer-weise zur Folge, daß der NS-Terror gegen die Juden noch seltener thematisiert wurde als bisher, oder präziser: daß er in einer Form zur Sprache kam, die die jüdischen Opfer gar nicht mehr erwähnte. Als Walter Bartel 1955 den Entwurf des ersten Hochschullehrbuchs über die NS-Zeit veröffentlichte, war darin nur noch die Rede von vier Millionen im KZ Auschwitz Ermordeten, die aus vielen Ländern Europas und den USA stammten, ohne daß das Wort Jude auch nur einmal gebraucht worden wäre.3 (Diese Geschichtsklitterung brachten in den sechziger Jahren polnische Parteihistoriker zur Perfektion, die ausführlich die polnischen Opfer des faschistischen Terrors auflisteten, ohne auch nur ein einziges Wort darüber zu verlieren, daß unter ihnen mehrheitlich Juden gewesen waren. Ähnlich manipulierte die sowjetische Geschichtsschreibung: Hatte der Schriftsteller Wassili Grossmann noch 1949 die unmittelbar bevorstehende Veröffentlichung einer Reihe von Schwarzbüchern über die deutschen Judenverfolgungen in der Sowjetunion angekündigt, so wurde dieses Projekt nicht nur niemals zum Druck freigegeben, sondern es erschienen alle jüdischen Opfer des faschistischen Terrors in der sowjetischen Historiographie von nun an nur mehr als Bürger der Sowjetunion.)

Trotz all dieser Beschränkungen und beflissenen Ignoranz Einzelner hat es weniger am guten oder schlechten Willen der DDR- Historiker gelegen, daß bis Ende der 50er Jahre noch keine einzige wissenschaftliche Studie über den Holocaust vorlag, sondern in erster Linie am keimhaften Zustand, in dem sich die gesamte Zeitgeschichtsschreibung damals befand. Erst Ende der 50er Jahre widmete die SED der Zeitgeschichtsforschung größere Aufmerksamkeit. Das hatte politische Gründe, sollte sie doch nun die bürgerliche Geschichtsschreibung über Vorbereitung und Durchführung des 2. Weltkriegs entlarven und zu diesem Zweck ihr Augenmerk vor allem auf die zentrale Rolle von Monopolkapital und Generalität bei der Unterstützung des Nationalsozialismus richten. In zwei großen programmatischen Konferenzen, die im November 1957 in Leipzig und im Dezemer 1959 in Berlin stattfanden, wurde das Leitkonzept für die Aufarbeitung der jüngsten deutschen

Geschichte entwickelt, wobei - ausweislich der nahezu 2.000 Seiten starken Protokolle der beiden Veranstaltungen - nicht ein einziger Beitrag sich mit dem NS-Antisemitismus oder der Judenvernichtung beschäftigte. Auch für die Zukunft war, wie die Formulierung der Aufgabenstellung für die Historiker zeigte, eine Auseinandersetzung mit diesen Themen nicht vorgesehen. Sie schienen für die DDR-Zeithistoriker nicht zu existieren.

Dies änderte sich schlagartig, als Ben Gurion am 23. Mai 1960 vor der Knesset die Verhaftung Eichmanns bekanntgab. Am 28. Juli legte Albert Norden auf einer internationalen Pressekonferenz des Ausschusses für Deutsche Einheit Materialien über die Mitarbeit von Adenauers Staatssekretär Hans Globke an den Nürnberger Rassegesetzen vor, die am folgenden Tag im »Neuen Deutschland« unter der Schlagzeile »Globke ist der Eichmann Bonns« veröffentlicht wurden. Von der Politik in die Pflicht genommen, machte die DDR-Presse über Monate die Eichmann-Globke-Bonn-Connection zum Spitzenthema und gab damit das Signal für erste zusammenhängende, wenn auch meist wissenschaftlich sehr grobe Darstellungen der Shoa. Erscheinen konnte nun das anrührende Gedächtnisbuch des Berliner Rabbi Martin Riesenburger »Das Licht verlöscht nicht«. Wichtiger aber wegen ihres paradigmatischen Charakters waren die Veröffentlichungen zweier anderer Autoren. Der eine war Siegbert Kahn, der in der vom Institut für Marxismus-Leninismus herausgegebenen Zeitschrift »Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« eine Dokumentation unter dem Titel »Dokumente des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen Antisemitismus und Judenverfolgung« vorlegte, eine durchaus beachtliche Quellensammlung, die die unmittelbare Reaktion der KPD auf die Pogrome von 1938 wiedergab, die jedoch in den kommenden Jahren überhöht und zu einer Art Dogma wurde, dem jede Darstellung der NS-Vernichtungspolitik genügen mußte. Wer die entsprechenden Veröffentlichungen durchsieht, wird feststellen, daß seit 1960 in der DDR keine Arbeit über die Judenverfolgung erscheinen konnte, die sich nicht positiv auf diese Dokumentation bezog, die ein für allemal jeden Zweifel am vorbildlichen Engagement der Kommunisten für die verfolgten Juden ausräumen sollte.

Der zweite war Heinz Kühnrich, ebenfalls ein Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus, der - wahrscheinlich im Auftrag des ZK der SED - in zwei kurz hintereinander erschienenen Broschüren den Versuch unternahm, eine Interpretation des Holocaust zu entwickeln, die sich dem Gesamtkonzept der DDR-Zeitgeschichtsschreibung einpassen ließ. Kühnrich behauptete dreierlei: 1. daß Kommunisten die ersten und wichtigsten Opfer des faschistischen Terrors gewesen seien; 2. daß der Antisemitismus der Nazis nur von ihrem Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und vor allem gegen die Sowjetunion ablenken sollte, denn nicht Rassismus, sondern Antikommunismus und Antibolschewismus seien die Hauptbestandteile der Naziideologie gewesen; und 3.: »Der Antisemitismus war und ist ein Ausdruck des Profitstrebens der herrschenden Klasse. Neben den politischen Zielen, die damit verfolgt wurden, war die faschistische Judenpolitik ein einziger Raubzug, angefangen von der Plünderung des Besitzes der Vergasten bis zur Aneignung ganzer Industriebetriebe.«4

Damit war die Judenvernichtung nicht nur den Zeitumständen entsprechend - im Hinblick sowohl auf das antifaschistische Selbstverständnis der SED als auch auf die politischen Kampagnen gegen die Bundesrepublik - instrumentalisiert, sondern darüber hinaus die Geschichtsschreibung der DDR in ein sprachliches und gedankliches Korsett gezwängt worden, das auch nur zu lockern sich als außerordentlich schwierig erwies. Offenen Widerstand von Historikern gegen diese parteioffiziellen Thesen hat es jedenfalls nicht gegeben, allenfalls in internen Debatten oder durch Variation des Tonfalls einer Meinungsäußerung tat sich Widerspruch kund.

Ins Zentrum der Beschäftigung mit dem Holocaust trat nun die Frage nach seinen Ursachen, deren eine man im besonders aggressiven Charakter des deutschen Imperialismus fand. Im Juni 1961 wurde die Absicht einer vom Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften durchgeführten internationalen Konferenz (Titel: »Die Barbarei - extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland«) im Einladungsschreiben mit den Worten umrissen, »ausgehend vom Eichmann-Prozeß in Jerusalem das antidemokratische und barbarische Wesen des deutschen Imperialismus wissenschaftlich nachzuweisen«. Das Hauptreferat dieser Tagung hielt Jürgen Kuczynski, der die These aufstellte: »In der Tat war Eichmann auch nichts anderes als ein Manager - nicht eines einzelnen Industriekonzerns, sondern des deutschen Monopolkapitals insgesamt.« So richtig dieser Hinweis auf die Mitverantwortung der deutschen Industrie für die Ermordung der Juden auch war, wie sie sich etwa unter Beteiligung der IG Farben in Auschwitz-Monowitz vollzog, so blieb bei manchem Teilnehmer der Diskussion doch ein Unbehagen wegen des darin auf Monopolkonzepte und innerkapitalistische Auseinandersetzungen verkürzten Verständnisses von Antisemitismus. Dieses Verständnis ergab sich aus der 1935 von der Kommunistischen Internationale verabschiedeten Definition, der Faschismus sei »die offene terroristische Diktatur der am reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«, derzufolge alle Maßnahmen der Nazis - und damit auch die Ausrottung der Juden - darauf abzielten, dem übergeordneten Klasseninteresse der aggressivsten Kreise des deutschen Finanzkapitals zu Diensten zu sein.

Bis ins Jahr 1989 blieb diese Definition ein Glaubenssatz, der nicht hinterfragt werden durfte. Wer um Differenzierungen sich bemühte, wurde von der politischen Führung mit größtem Argwohn betrachtet. Für einen Großteil der DDR-Historiker aber war klar, daß sich unter dieser Vorgabe wichtige Fragen nach den Voraussetzungen und der Durchführung der NS-

Vernichtungspolitik nicht beantworten ließen: Galt im Nationalsozialismus das Primat der Ökonomie, oder nicht vielmehr eines der Politik? Gab es zwischen 1933 und 1945 nicht eine relative Selbständigkeit der politischen Instanzen, und wie wirkte sie sich auf die Judenverfolgung aus? Darüber wurde intern endlos debattiert, denn die Sprengkraft dieser Fragen war klar: Würde man zu dem Ergebnis kommen, daß politische Entscheidungen während der Nazizeit relativ selbständig getroffen worden waren, dann hingen möglicherweise auch die Entscheidungen, die zur Ausrottung der europäischen Juden führten, nicht unmittelbar mit den Interessen der Monopolherrschaft zusammen.

Der erste DDR-Historiker, der noch unter dem Schutz der Dimitroffschen Faschismus-Definition begann, ihre Substanz zu untergraben, war Günter Paulus, der seine 1962/63 im Rundfunk gehaltenen Vorträge 1965 in einem Sammelband unter dem Titel: »Die zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches« veröffentlichte. Hitler besaß, so schrieb er, »als Hauptmanager des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland ... natürlich - anders als etwa ein kleiner Kommis, ein bloßes Werkzeug - innerhalb des von den grundlegenden Interessen der Hauptaktionäre abgesteckten Bereichs eine gewisse Selbständigkeit«. Eine Formulierung, die - neben anderen - zur Folge hatte, daß Paulus' Buch verboten, eingezogen und eingestampft wurde, er selbst seinen Posten als Leiter der Zeitgeschichtsabteilung am Institut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften verlor und damit wohl auch den Nerv, weiterhin als Historiker zu arbeiten.

Genau auf der von Paulus betonten Annahme einer relativen Selbständigkeit des NS-Staatsapparates bzw. seines Führers beruhte jedoch die Konzeption des ebenfalls im wesentlichen von Mitarbeitern des Instituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften erstellten Bandes »Kennzeichen J«, das im November 1966 in erster Auflage erschien und in bisher nicht bekannter Ausführlichkeit Bilder, Dokumente und Berichte zur Geschichte des Holocaust beinhaltete. Verantwortlich zeichneten mit Helmut Eschwege, Rudi Goguel und Klaus Drobisch die seinerzeit besten Kenner der Geschichte der NS-Vernichtungspolitik. Das Buch war von Eschwege unter mancherlei Beschwernissen, ablehnenden und verzögernden Gutachten seit November 1958 konzipiert worden und wurde auch jetzt nur unter Vorbehalten veröffentlicht (man lese die zurückhaltende Bemerkung des Verlages zum Vorwort von Rudi Goguel nach).5 Dafür spricht auch der Umstand, daß es trotz eines beispiellosen Verkaufserfolges 15 Jahre dauerte, ehe der Verlag es wagte, eine zweite Auflage herauszubringen.

Woher rührte das darin sichtbar werdende Unbehagen der marxistischen Orthodoxie? Wohl in erster Linie aus dem Vorwort von Goguel, der in Weiterführung der Paulusschen Überlegungen festgestellt hatte: »Der Fanatismus, mit dem die Naziführer die 'Endlösung' der Judenfrage betrieben, setzte sich jedoch über wirtschaftliche Erwägungen wie über die Erfordernisse der Kriegsführung... hinweg.« Goguel erklärte diese Diskrepanz damit, »daß die enge Verschmelzung von Monopolbourgeoisie und Staatsapparat im Nazireich doch nicht eine gewisse Selbständigkeit und Selbsttätigkeit der staatlichen Sphäre ausschloß.« Die herrschende Klasse habe für ihre Macht eine entsprechende Ideologie benötigt, die ihr Hitler geboten, dafür aber »freie Hand für die Durchsetzung des antisemitischen Kampfprogrammes« verlangt habe. Niemals wieder ist in der DDR-Geschichtsschreibung eine derartig deutliche Gegenüberstellung erfolgt. Sie war wohl auch nicht mehr möglich, da noch im Jahr ihres Erscheinens die Darstellung von Günter Paulus öffentlich angeprangert wurde, wobei zentraler Punkt aller Kritiken war, daß sich durch Paulus' Arbeit - ich zitiere eine Rezension - »wie ein roter Faden die These zieht, daß sich die faschistische Diktatur mit Hitler an der Spitze mehr oder weniger stark verselbständigt und de facto eine über den Klassen stehende Position eingenommen habe«. (Daß Goguels Vorwort nicht ebenso schroff abqualifiziert wurde, ist wohl dem Umstand geschuldet, daß es den Verantwortlichen angesichts der internationalen Bedeutung, die die Beschäftigung mit dem Holocaust mittlerweile hatte, alles andere als opportun erschien, ausgerechnet eine Veröffentlichung zu diesem Thema zu behindern. Hinzu kam, daß bis 1966 in der DDR keine einzige zusammenhängende Veröffentlichung zur Judenverfolgung vorlag, was bei internationalen Auftritten - wie 1963 in Karlovy Vary - peinlich auffiel.)

Wie folgenreich die an Paulus geübte Kritik für künftige Arbeiten über Nationalsozialismus und Judenvernichtung gewesen ist, zeigt die Monographie »Juden unterm Hakenkreuz«, die Klaus Drobisch, Rudi Goguel und Werner Müller 1973 veröffentlichten und die einen ersten zusammenhängenden Überblick über die Verfolgung und Ermordung der deutschen Juden zwischen 1933 und 1945 bot. Der Wert dieser Studie lag im Detail, in der genauen Beschreibung der Stationen jüdischen Leidens. Ihre Schwäche bestand vor allem darin, daß sie jeden Versuch vermied, den Holocaust im Zusammenhang der deutschen Geschichte zu behandeln - offenbar eine Reaktion auf die Maßregelungen des Jahres 1965/1966, die zur Auflösung ganzer Forschungsgruppen und zum Abbruch theoretischer Diskussionen geführt hatten und so einen der gravierendsten Einschnitte in der Zeitgeschichtsforschung der DDR bedeuteten.

War damit Ende der 60er Jahre in der DDR die Auseinandersetzung um die Funktion des Antisemitismus und das Kalkül der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in eine Sackgasse geraten - die Rückführung des Judenmords auf rein ökonomische Interessen schien unhaltbar, andere Überlegungen wurden jedoch nicht geduldet , so blieb als Ausweg, den viele Historiker schließlich wählten, die Beschäftigung mit einzelnen gesellschaftlichen Gruppen und den persönlichen Erinnerungen ihrer Mitglieder an die nazistischen Verfolgungen. Das war ein Weg, den beispielsweise Kurt Pätzold ging, der mit seiner 1973 verteidigten Habilitation, die 1975 im Druck erschien (»Faschismus - Rassenwahn - Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus«), die bis dato in der DDR

gründlichste, erstmals auf Primärquellen basierende Monographie über den NS-Antisemitismus und seine Folgen vorlegte.

Drei Aussagen dieser Arbeit verdienen besondere Aufmerksamkeit: In Auseinandersetzung unter anderem mit Goguel wies Pätzold zum einen darauf hin, daß die NS-Ausrottungspolitik erst allmählich und spät Gestalt angenommen hatte, ihre Genesis also nicht von Auschwitz her begriffen werden könne. Zum zweiten gelang es Pätzold als einem der ersten deutschen Historiker, nicht nur die Aktivitäten der prominenten NS-Täter, sondern darüber hinaus auch die gewöhnliche, verbrecherische Alltagspraxis deutscher Behörden und Amtsstellen zu dokumentieren, die sich bis dahin zumeist erfolgreich der Verantwortung für ihre Unterstützung des Massenmords hatten entziehen können. Zum dritten unternahm Pätzold den Versuch, die Judenverfolgung in den Kontext der Innen- wie Außenpolitik des Dritten Reiches zu stellen und dabei sehr sorgsam die einzelnen Etappen des sich radikalisierenden Vernichtungsprozesses zu bestimmen. So konnte er diesen durchaus in einen Zusammenhang mit der monopolkapitalistischen Struktur der deutschen Gesellschaft und den Interessen einzelner Machtgruppen bringenund sich gleichzeitig doch davor hüten, allein ‘objektive’ Faktoren für ihn verantwortlich zu machen: »Welche Entscheidung zwischen dem Gesamt- und dem Teilinteresse, zwischen konkurrierenden Belangen gleichen Ranges an der Führungsspitze des Regimes fielen, war freilich lange nicht in allen Fällen objektiv bedingt. In die Entschlüsse spielten die subjektive Sicht, persönliche Interessen und Überzeugungen hinein, Judenhaß, ob zynisch kalt berechnet oder bis zum missionarischen Bewußtsein gesteigert, leitete Denken und Handeln der Hitler, Himmler, Heydrich, Eichmann und vieler anderer... Selbst in seinen vom Standpunkt des militärischen Kriegsverlaufes scheinbar sinnlosen Aktionen hat der Rassismus das Herrschaftssystem nicht in irgendeiner entscheidenden Weise geschwächt, geschweige denn es zerbrochen. Dies festzustellen heißt nicht leugnen, daß die mörderische Aktion ‘Endlösung’ negative Wirkungen auf andere Bereiche des faschistischen Herrschaftssystems besaß.«6

Während der 70er Jahre geriet die Beschäftigung mit der NS-Vernichtungspolitik in der DDR verstärkt unter den Einfluß außenpolitischer Erwägungen. Im Kampf um ihre völkerrechtliche Anerkennung bemühte die DDR sich intensiv um die Gunst der arabischen Staaten, was nahezu zwangsläufig eine antiisraelische Polemik und Politik zur Folge hatte - obwohl die Staatsführung sich sehr wohl darüber im klaren gewesen sein dürfte, daß sie damit rasch in den Ruch des Antisemitismus geraten konnte. Tatsächlich stellte sich ihre Nahost-Politik als eine Art Ritt über den Bodensee dar, dessen Auswirkungen äußerst zwiespältig waren. Antisemitismus stand in der DDR unter strenger Strafe, kritisiert werden sollte die israelische Politik deshalb als ‘zionistische`, als eine Abart des Imperialismus, die von einigen sogar als halbfaschistisch angesehen wurde. Es konnte dennoch (oder deshalb?) nicht ausbleiben, daß etwa die Kommentare und Stellungnahmen zu den Nahost-Kriegen 1967/73 einen auch in der DDR vorhandenen latenten Antisemitismus beförderten, der als Problem - bis auf die beiden letzten Jahre der DDR - niemals thematisiert worden ist.

Für die Geschichtswissenschaft bedeutsam wurde nun die Tatsache, daß im Rahmen der Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung der Zionismus ins Zentrum der Auseinandersetzung gerückt und sogar der Kollaboration mit den faschistischen Massenmördern geziehen wurde. Besonders allergisch reagierten daher die Politik- und Wissenschaftsverantwortlichen in der DDR, wenn sie Anzeichen ‘zionistischer Gesinnung’ im eigenen Land glaubten ausmachen zu können - etwa bei Heinz Eschwege, der eine eigene Geschichte des jüdischen Widerstandes gegen das NS-Regime zu schreiben unternahm. 1983 hat Kurt Pätzold die offiziellen Vorbehalte gegen den ‘Zionismus` so zusammengefaßt: 1. Der Zionismus behindere und schwäche den Zusammenschluß »der jüdisch herkünftigen Proletarier mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten«. 2. Der Zionismus richte sich gegen den Befreiungskampf der nichtjüdischen Völker des Nahen Ostens. 3. Der Zionismus stehe mit seiner These vom auserwählten Volk im unversöhnlichen Gegensatz zu bürgerlich-humanistischen Gleichheitsvorstellungen.

Ebenfalls in den 70er Jahren erhielt die Debatte über die gesellschaftliche Stellung der in der DDR lebenden Juden neue, das außenpolitische Auftreten gewissermaßen konterkarierende Anstöße. War man bislang der Überzeugung gewesen, daß einzig ihre restlose Assimilation den Juden Schutz und Sicherheit bieten könnte, so wuchs nun im Zuge einer veränderten Kirchenpolitik das Interesse an der Erhaltung der zahlenmäßig schwachen jüdischen Gemeinden in der DDR. Es ist daher falsch, wenn heute im Blick auf das Jahr 1988 und die Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome so getan wird, als hätte der Staat erst damals seine jüdischen Mitbürger überhaupt entdeckt - bereits seit Anfang der 60er Jahre haben in den acht jüdischen Gemeinden der DDR regelmäßig Vertreter von Staat und Gesellschaft dieses Datums gedacht. Aus diesen Veranstaltungen zog die Führung der DDR schließlich einen Teil ihres antifaschistischen Selbstverständnisses, mit ihrer Hilfe suchte sie dem Vorwurf des Antisemitismus zu begegnen. Zwar strotzten die feierlichen Ansprachen, wie bei derartigen Anlässen üblich, vor Stereotypen, dennoch aber wurde in ihnen das Selbstbild der Staatsführung deutlich. Erich Honecker in einem Schreiben anläßlich des 40. Jahrestages der Pogrome vom 9. November 1938 an das Präsidium des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR: »Imperialismus und Militarismus, Rassismus und Antisemitismus sind bei uns mit der Wurzel ausgerottet. In der Deutschen Demokratischen Republik sind sie - die Bürger jüdischen Glaubens - gleichberechtigt und gleichgeachtet. Sie können bei der Ausübung ihrer Religion und der Pflege ihrer Traditionen auch weiterhin auf das volle Verständnis unseres Staates rechnen.«Das war gewiß nicht nur eine Floskel, sondern ebenso

Ausdruck sowohl eigener Überzeugungen als auch des Bestrebens, sich positiv von der Bundesrepublik abzusetzen, obwohl doch ein Blick auf die gesellschaftliche Realität der DDR zur Zurückhaltung hätte mahnen müssen - antisemitische Ausschreitungen gab es auch dort. Dennoch ist die Beschäftigung mit der Geschichte und dem aktuellen gesellschaftlichen Status der Juden recht eigentlich erst in den letzten Jahren der DDR in Gang gekommen, unter Anleitung von Staat und Partei, noch stärker aber unter dem Einfluß einer intensiver werdenden Diskussion über die wesentlichen Traditionslinien der deutschen Geschichte, die sich nun nicht allein mehr nur mit ausgewählten revolutionären Höhepunkten befaßte. Jetzt erst, wie wir wissen: viel zu spät und noch immer unzureichend, stellte man sich der Aufgabe, die Geschichte der deutschen Juden nicht mehr mit den nazistischen Massenmorden enden zu lassen, sondern sie bis in die Gegenwart fortzuschreiben.

Zwischen 1986 (Ehrungen für Moses-Mendelssohn) und 1988 (50. Jahrestag der Novemberpogrome) erreichte die Beschäftigung mit jüdischer Geschichte in der DDR eine Intensität, die sich nicht ausschließlich auf derartige Anlässe zurückführen läßt, die jedoch auch mit dem Willen der DDR-Führung, internationale Reputation zu gewinnen, nicht zureichend erklärt werden kann. Vor allem in den Jahren 1987/88 konnten eine Reihe wichtiger Arbeiten zur Geschichte der Juden und ihrer Verfolgung erscheinen7, wobei der 50. Jahrestag der Novemberpogrome eine besondere Zäsur für die Geschichtsschreibung der DDR setzte. Sie nahm das Datum zum Anlaß, ein erstes wissenschaftliches Kolloquium an der Akademie der Wissenschaften zu diesem Thema zu veranstalten. Die Ereignisse der folgenden Monate verhinderten das Erscheinen des Tagungs-Protokolls. Es war die letzte Chance der DDR-Historiker, relativ unbehelligt von politischen Zwängen ein schweres Versäumnis auszugleichen.

Insgesamt bleibt festzustellen, daß, was die DDR-Geschichtsschreibung zur ‘Aufarbeitung’ der nationalsozialistischen Judenverfolgung geleistet hat, im internationalen Vergleich unzureichend war und auch dem antifaschistischen Selbstverständnis des Staates nicht gerecht wurde; daß es politisch instrumentalisiert und verformt worden ist; daß ‘abweichende’ Forschungsansätze nicht ausreichend zum Zuge kamen; daß der historische Schock des Holocaust zum Effekt monopolkapitalistischer Umtriebe verharmlost wurde; vor allem aber, daß die Bevölkerung der DDR zu keinem Zeitpunkt angehalten worden ist, sich auch individuell mit der NS-Vernichtungspolitik und ihren Konsequenzen auseinanderzusetzen.

So lassen sich im Rückblick fünf Etappen in der historiographischen Beschäftigung der DDR-Wissenschaft mit der Shoa unterscheiden: eine von 1945 bis 1948 reichende Phase des spontanen Antifaschismus und noch offener Diskussion, geprägt gleichwohl von einer konsternierenden Ignoranz gegenüber dem Massenmord an den Juden; ein Jahrzehnt der forcierten Verdrängung zwischen 1949 und 1959, bestimmt durch die orthodoxe Verengung des Antifaschismus und versehen mit Zügen stalinistischer Judenfeindschaft; eine Etappe der weitgehend politisch instrumentalisierten Auseinandersetzung um den Holocaust seit 1960, die indes erste historische Dokumentationen und Erinnerungsberichte hervorbrachte; ab Anfang der 70er Jahre eine Phase der seriösen wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Judenverfolgung im Kontext des NS-Systems, in der die Geschichtswissenschaft der DDR ihre ersten eigenständigen Forschungsbeiträge vorlegte; schließlich die Jahre ab 1985/1986, in denen eine umfassende Rezeption der jüdischen (Leidens)Geschichte einsetzte.

Die wesentlichen Gründe aber für die letztlich unzureichende Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und seinen mörderischen Folgen im Deutschland der Jahre 1933/1945 liegen wohl weniger in politischen Opportunitätserwägungen als vielmehr im Versprechen der gescheiterten kommunistischen, in ihrer Intention humanistischen Utopie von der Kreation eines neuen Menschen, der unter veränderten sozialökonomischen Bedingungen neue Charakterzüge ausbilden und rassistische Vorurteile wie Schlacken von sich abwerfen würde. Intoleranz, geistige Gleichförmigkeit, theoretische Enge und die Weigerung, besonders auch Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Juden zu übernehmen, haben ihre Realisierung unmöglich gemacht, wenngleich es politische Entscheidungen in der DDR gab, die die Voraussetzungen schufen, unter denen es möglich gewesen wäre, sich ihr zu nähern. Denn unbestreitbar und trotz allem ist die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus in der SBZ/DDR ökonomisch, politisch und ideologisch ungleich folgenreicher und konsequenter gewesen als in der alten Bundesrepublik und hat - wie jüngste Umfragen belegen - auch tiefere Spuren im Bewußtsein der Bevölkerung hinterlassen.

Anmerkungen

1 Lutz Niethammer, Juden in Deutschland nach 1945, in: Leben mit, ohne, gegen Juden nach 1945 in Europa. Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr, Begegnungen 5/90, S. 44.

2 Der Fall des »Jüdischen Antifaschistischen Komitees«, in: Schauprozesse unter Stalin 1932-1952, Berlin 1990, S. 403 ff. Siehe auch Ilja Ehrenburg, Menschen, Jahre, Leben. Memoiren, Bd. 3, Berlin 1978, S. 348 ff.

3 Fernstudium der Lehrer. Geschichte. 20. Lehrbrief, Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur (1933 bis 1945), von Walter Bartel. Als Manuskript gedruckt, Berlin (1955), S. 178. Fast wörtliche Wiederholung in: Walter Bartel,

Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur 1933-1945, Berlin 1956, S. 212/213. Über die Behandlung des Holocaust in den Schulbüchern der DDR vgl. auch: Geschichte, Lehrbuch für Klasse 9, Berlin 1979, S. 206, wo es heißt: »Ein besonders schweres Los hatten die Kommunisten, Antifaschisten und aus rassischen Gründen Verfolgten, vor allem Juden, die von den Faschisten in den Konzentrationslagern gefangengehalten wurden. Über acht Millionen Menschen der verschiedenen Nationen und Klassen, in erster Linie Arbeiter, Kommunisten, Sowjetbürger, progressive Angehörige der Intelligenz und Juden wurden in den Konzentrationslagern grausam ermordet.« Im letzten von der DDR herausgegebenen Geschichtslehrbuch für die Klasse 9, Berlin 1988, heißt es nach der Schilderung der »Wannsee-Konferenz« vom 20. Januar 1942: »Die Faschisten pferchten viele Millionen Häftlinge - Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Antifaschisten verschiedener Klassenzugehörigkeit, rassisch Verfolgte, vor allem Juden, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und andere Häftlinge - in unzähligen Konzentrationslagern zusammen... In diesen größten Vernichtungslagern wurden mehr als sieben Millionen Menschen unter entsetzlichen Qualen umgebracht.« (S. 168/169)

4 Heinz Kühnrich, Der KZ-Staat. Rolle und Entwicklung der faschistischen Konzentrationslager, Berlin 1960; derselbe, Judenmörder Eichmann. Kein Fall der Vergangenheit, Berlin 1961. Nicht uninteressant ist die Tatsache, daß seinerzeit in der DDR ein wesentlicher Impuls für die Auseinandersetzung mit dem Holocaust vom Jüdischen Historischen Institut in Warschau unter seinem Leiter Bernard Mark ausging. Siehe besonders: Bernard Mark, Der Aufstand im Warschauer Ghetto, Berlin 1957, sowie: derselbe, Faschismus - Getto - Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges. Hrsg. vom Jüdischen Historischen Institut Warschau. (T. Berenstein, A. Eisenbach, B. Mark und A. Rutkowski), Berlin 1960.

5 Über den Leidensweg dieses Buches und seines Verfassers siehe: Helmut Eschwege, Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991, S. 184 ff.

6 Kurt Pätzold, Zur innen- und außenpolitischen Funktion des Rassismus im faschistischen Deutschland (1933-1945) in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 36/37, Mai 1976, Jena, S. 146. Siehe auch: derselbe, Von der Vertreibung zum Genozid. Zu den Ursachen, Triebkräften und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus, in: Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik. Hrsg. von Dietrich Eichholtz u. Kurt Gossweiler, Berlin 1980, ff.; Der historische Platz des antijüdischen Pogroms von 1938. Zu einer Kontroverse, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 26, Berlin 1982, S. 193 ff.

7 Zu nennen sind hier vor allem: Rosemarie Schuder/Rudolf Hirsch, Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte. Essays, Berlin 1987; Kurt Pätzold/Irene Runge, Pogromnacht 1938, Berlin 1988; »Und lehrt sie: Gedächtnis«. Eine Ausstellung des Ministeriums für Kultur und des Staatssekretärs für Kirchenfragen in Zusammenarbeit mit dem Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR zum Gedenken an den faschistischen Novemberpogrom vor fünfzig Jahren, Berlin 1988.

Olaf Groehler, bis 31.12.91 Professor f□ r Neue Deutsche Geschichte an der Ostberliner Akademie der Wissenschaften, ist Mitarbeiter des Forschungsschwerpunkts Zeithistorische Studien im Rahmen eines F□ rderprogramms der Max-Planck-Gesellschaft f□ r die □ neuen Bundesl□ nder□ . Sein Beitrag ist die □ berarbeitete Fassung eines Vortrags, den er Mitte Januar w□ hrend der Tagung □ Erinnerung - Zur Geschichte des Holocaust in Deutschland/Ost und Deutschland/West□ an der Evangelischen Akademie Arnoldshain gehalten hat

Konkret 05/92, S. 45

Ingrid Strobl

Vernichtung ohne Vernichter

Im »Haus der Wannsee-Konferenz« ist zum Gedenken an Planung und Durchführung der »Endlösung der Judenfrage« eine Ausstellung installiert worden, in der die Täter nicht vorkommen und die Opfer so präsentiert werden, wie jene sie sahen

Schön ist es hier, wenn man einen Sinn für repräsentativ Klassizistisches hat, für Säulen und Putten, Freitreppen und Marmorkamine. Am großen Wannsee 56 bis 58, in feinster Berliner Wohnlage, stand und steht noch immer die Villa, in der Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes, gerne residiert hätte, wenn nicht im Mai 1942 eine tschechische Widerstandsgruppe seiner Karriere ein etwas abruptes Ende gesetzt hätte. Die Stiftung Nordhav, eine Tarnorganisation der SS, hatte das 1914 erbaute Haus dem deutschnationalen Industriellen Friedrich Minoux abgekauft - offiziell, um ein Ferienheim für SS- und SD-Angehörige darin einzurichten, de facto als künftigen Dienstsitz für den Chef. Der gab hier am 20. Januar 1942 ein Arbeitsessen, das später als »die Wannsee-Konferenz« in die Geschichte eingehen sollte.

Zwar wurde auf dieser Besprechung, die knapp zwei Stunden dauerte, die »Endlösung der Judenfrage« nicht beschlossen - das war schon längst geschehen , doch die Konferenz gilt, nicht zu Unrecht, als Symbol für die Planung des »Verwaltungsmassenmordes« (Hannah Arendt). Heute gehen Historikerinnen und Historiker davon aus, daß auf ihr und auf den (weniger bekannten) sieben Nachfolgekonferenzen Heydrich sich der Mitarbeit der Ministerialbürokratie an der Vernichtung des europäischen Judentums vergewissern wollte, das heißt, der reibungslosen Mit- und Zuarbeit der öffentlichen Verwaltung. Die Besprechung verlief so glatt, daß Heydrich, der durchaus mit Widerstand oder zumindest Widerspruch von Seiten der geladenen Ministerialbeamten gerechnet hatte, nur noch staunen konnte.

Seit 1952 wurde die Wannsee-Villa vom Bezirk Neukölln als Landschulheim genutzt. Als das peinliche Datum ‘50 Jahre Wannsee-Konferenz’ bedrohlich näher rückte, beschloß die Stadt Berlin, aus der Villa eine Gedenk- und Bildungsstätte zu machen (ähnliches hatte der Historiker und Überlebende von Auschwitz, Joseph Wulf, schon 1966 - vergebens - vorgeschlagen). Ein Verein, in dem das Land Berlin, die christlichen Kirchen, die jüdische Gemeinde zu Berlin, der Zentralrat der Juden in Deutschland, das Deutsche Historische Museum und der Bund der Verfolgten des Naziregimes vertreten sind, übernahm die Trägerschaft, finanziert wird das ganze vom Land Berlin und dem Bund. Das Haus enthält eine ständige Ausstellung, die chronologisch die »Endlösung der Judenfrage« dokumentiert, eine Biblio- und Mediothek und eine Abteilung für die Bildungsarbeit, die als das Schwergewicht der Einrichtung gedacht ist. Am Montag, den 20. Januar 1992, also exakt 50 Jahre »danach«, wurde, nach der offiziellen Einweihung am Wochenende, die »Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz« für das Publikum geöffnet.

Der erste Besucher, erzählt Frau Laakmann, die Leiterin der Bibliothek, war ein Ehemaliger der Waffen-SS. Nachdem er sich die Ausstellung angesehen hatte, kam er zu ihr in die Bibliothek und verkündete: »Hab mir die Sauereien da unten jetzt angesehen.« Er sah, sagt Frau Laakmann, aus wie jemand, der zu hohen Blutdruck hat, hochrot im Gesicht und am Hals. Er selbst, erzählte er ihr, habe von all dem nichts gewußt, das müsse sie ihm glauben. Sie sei, erwiderte Frau Laakmann, weder die Polizei noch das Gericht. Die Waffen-SS, fuhr er nun ermutigt fort, habe mit diesen »Sauereien« ohnehin nichts zu tun gehabt. Die Waffen-SS habe überhaupt nichts getan. Sie könne ihm gerne, meinte Frau Laakmann, aus dem Raul Hilberg gut 30 Seiten über die Untaten der Waffen-SS kopieren. Nein, nein, meinte er, das sei nicht nötig, er habe sich doch gerade das alles angesehen.

Die kids, erzählt eine Freundin, und damit meint sie die Schulkinder, die sich die Ausstellung ansehen beziehungsweise ansehen müssen, reagieren zum Teil, als würden sie ein Horror-Video sehen: Ey, guck, Mann, da mußte gucken, ey Wahnsinn, haste det schon gesehen? Besonders scheinen sie, berichtet meine Freundin, die Bilder zu faszinieren, auf denen gehenkte Menschen zu sehen sind, und die Fotos von den nackten Frauen vor den Erschießungskommandos.

Etwa 20 Jugendliche stehen an einem verregneten Frühlingsnachmittag mit mir im »Saal der Länder«, dem zentralen Raum der Ausstellung. Durch die hohen Fenster sieht man den See, ein Grüppchen äußerst dekorativer Segelschiffe und einen weißen Ausflugsdampfer. Es bleibt einem wohl gar nichts anderes übrig, als sich vorzustellen, wie die Herren Endlösungsstrategen und -verwalter mit Blick auf diese Idylle nach getaner Arbeit einen gepflegten Cognac schlürften. Irrtum. Was man nicht weiß, kann man sich auch nicht vorstellen, und in dieser Ausstellung über die Vernichtung sind die Vernichter kein Thema.

Die Schülerinnen und Schüler treten von einem Bein auf das andere, grinsen verlegen und schneiden sich gegenseitig Grimassen. Sie sind etwa 15 Jahre alt und haben vermutlich auf alles mögliche Lust, nur nicht auf einen drögen Museumsbesuch. Ein junger Mann, gerade ein paar Jahre älter als sie selber, versucht, sie in das Thema - Wannsee-Konferenz, Shoa - einzuführen. Er erklärt jeden Begriff, weil er, vermutlich aus Erfahrung, davon ausgeht, daß die Jugendlichen weder wissen, was Rassengesetze sind, noch was ein Ghetto ist. »Also«, sagt er schließlich, als er merkt, daß ihm kaum noch einer zuhört, »also, unter den Nazis wurden die Juden...« - hier unterbricht er sich wieder und fragt etwas

ängstlich: »Aber was Juden sind, das ist euch schon klar, oder?« Die Jugendlichen studieren ihre Zehenspitzen. Klar ist hier gar nix.

Am Anfang sei es besonders schlimm gewesen, erzählt Frau Ehmann, die Leiterin des Bildungsprogrammes. In den ersten beiden Monaten seit der Eröffnung waren über 20.000 Besucher gekommen. Mit diesem Ansturm hatten die Verantwortlichen offenbar nicht gerechnet. Sie hatten keine Kosten gescheut, wo es um die Ästhetik ging und um »Authentizität«: Am Seeufer vor dem Haus waren sogar mehrere Bäume gefällt worden, weil die 1942 da nicht gestanden hatten. Dafür wurde beim Personal gespart. Führungen außerhalb des hauseigenen Bildungsprogrammes waren nicht vorgesehen. Inzwischen, seit ersichtlich ist, daß das Projekt sich »lohnt«, gibt es die »Honorarkräfte«, Studentinnen und Studenten, die, in mehreren Sprachen, Führungen machen und für Fragen zur Verfügung stehen.

Ein »Lernort der Geschichte« soll die »Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz« sein, so steht es in dem Faltblatt, das im Foyer ausliegt. Das heißt, in erster Linie soll hier Bildungsarbeit betrieben werden, primär mit Schülern, aber auch mit Erwachsenen. Die Bibliothek (beziehungsweise Mediothek), geleitet und aufgebaut von Dagmar T. Laakmann, die zuvor als Bibliothekarin des Leo Baeck Institutes in Jerusalem gearbeitet hat, verspricht eine - hierzulande - echte Rarität zu werden: eine kompetent sortierte Fachbibliothek zum Thema Verfolgung und Vernichtung (und angrenzende Bereiche). Das Bildungsprogramm, das Annegret Ehmann leitet, hebt sich gleichfalls sowohl von der Ausstellung als auch von der ästhetisch-ambitiösen Konzeption des Hauses ab. FrauEhmann veranstaltet zum Beispiel für die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr ein Seminar zum Thema »Judenmord und öffentliche Verwaltung«, in dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem über die mörderischen Aktivitäten der Gesundheitsverwaltung, der Finanzverwaltung und der Reichsbahn aufgeklärt werden. Am Ort der Täter muß, so Annegret Ehmann, gerade auch der »Massenmord als Verwaltungsvorgang« gezeigt werden.

Der Leiter des Hauses, Gerhard Schoenberner, der für die ständige Ausstellung verantwortlich zeichnet, sieht das offenbar nicht so. Das ist umso erstaunlicher, als er durchaus auch anders kann, wie die Frankfurter Ausstellung über das Ghetto von Lodz, »Unser einziger Weg ist Arbeit«, beweist, die Schoenberner mitkonzipiert hat. In Berlin aber wollte er sich offenbar selbst ein Denkmal setzen, beziehungsweise seinem 1960 erschienenen Buch »Der gelbe Stern«. Die Ausstellung ist mit dem Buch quasi identisch, deshalb wird es auch, folgerich-tig, am Eingang sozusagen als Katalog verkauft.

In 14 Räumen wird hier, chronologisch von der »Diktatur in Deutschland« über »Leben im KZ« bis zur »Befreiung«, der Massenmord ohne Mörder dargestellt. Es gibt einen Saal mit dem Titel »Die Wannsee-Konferenz«, in dem man Teile des Protokolles sehen kann und Fotos plus kurze Lebensläufe von Teilnehmern der Konferenz. Ansonsten tauchen diese und andere Vernichter bis auf eine Ausnahme (drei KZ-Ärzte) nicht mehr auf. Es werden ausschließlich die Opfergezeigt, und das in einer höchst fragwürdigen Art und Weise. Es hat sich inzwischen, zumindest in Fachkreisen, herumgesprochen, daß zum Beispiel auch Fotos Objekte sind, und nicht objektive »Beweisstücke«. Daß auch Herr Schoenberner davon gehört hat, zeigt abermals die Ausstellung über das Lodzer Ghetto, in der bewußt den Aufnahmen von SS-Fotografen Bilder gegenübergestellt wurden, die (heimlich) von Widerstandskämpfern gemacht geworden waren. In »Der gelbe Stern« schreibt Schoenberner wenigstens im Anhang, daß es sich »bei der Mehrzahl der Fotos um Aufnahmen (handelt), die auf Veranlassung oder mit Erlaubnis der Nazi-Behörden gemacht wurden«. In der Ausstellung fehlt sogar dieser schlichte Quellenhinweis.

Ein blonder Recke, kurzgeschorenes Haar, grüner Lodenmantel, hellgelber Kaschmirschal, Edel-Bergschuhe, steht seit exakt drei Minuten vor den Fotos mit den nackten Frauen. Ich habe auf die Uhr geschaut. Ich stehe seit etwa einer Stunde hier, um mir die Leute anzusehen, die sich diese Fotos ansehen. Vorhin hat ein älterer, Französisch sprechender Herr, der schon mit Tränen in den Augen vor einem Bild mit Deportierten aus Belgien gestanden hat, auch vor den nackten Frauen gestanden. Er ist dabei immer kleiner geworden, und ich hätte ihm gerne weggeholfen, denn es sah so aus, als könne er aus eigener Kraft nicht mehr weitergehen.

Sieben Fotos von Frauen, die nackt zur Grube getrieben werden oder sich gerade ausziehen, sind in diesem Raum ausgestellt. Die Frauen pressen panisch vor Angst und Scham die Arme vor die Brüste, um sie zu bedecken und müssen dadurch ihre Schamhaare entblößt lassen. Würden sie den Unterleib mit den Händen schützen, blieben die Brüste unbedeckt. Es ist die letzte und die größte Entwürdigung, bevor sie in die Grube geschossen werden. Die Menschen - allein zwei Millionen sowjetische Juden , die von den Einsatzgruppen geschlachtet wurden, mußten sich häufig vor den Augen ihrer Schlächter entkleiden und die Kleider gefaltet auf einen Haufen legen. Die Angehörigen der Einsatzgruppen fanden trotz ihrer »Überforderung« durch die »harte Arbeit« des Massentötens die Zeit, ihre Opfer in diesem Moment der Erniedrigung und des totalen Ausgeliefertseins zu fotografieren. Heute begutachten ihre Kinder und Enkel (und, so sie diese Ausstellung besuchen, auch sie selbst) diese Fotos. Der blonde Recke, der die Bilder nun schon eine halbe Ewigkeit von vier Minuten studiert, ist nicht kleiner geworden vor ihnen, er hat auch nicht den Schimmer einer Träne im Auge. Die Frauen hängen nackt und ausgeliefert vor ihm an der Wand, und er starrt sie an, so lange er Lust hat.

In mehreren Räumen sieht man reihenweise »Untermenschen«: ausgemergelte, gebückte, »häßliche« Gestalten, die bettelnd, panisch, grinsend oder völlig ausdruckslos in die Kamera starren. Fotografiert von Angehörigen der SS, der

Wehrmacht und der NS-»Zivilverwaltung« und von professionellen Propagandaleuten. Ohne weitere Erklärung, ohne Hinweis auf die Herkunft der Fotos und die Absicht, mit der sie gemacht wurden, ohne auch nur einmal den verzerrenden Blick der Fotografen zu thematisieren, wird hier das, was die Deutschen durch zum Teil jahrelange systematische Verelendung und Erniedrigung aus Menschen gemacht haben, als »die jüdischen Opfer« präsentiert. Als hätten die immer so ausgesehen und immer so apathisch in die Kamera gestarrt. So wird den Menschen noch einmal ihre Würde, ihre Individualität, ihre Geschichte und ihre Einzigartigkeit geraubt. Nicht ein Mal wird zum Beispiel dokumentiert, wie die Mitglieder einer jüdischen Familie, in Warschau etwa, vor dem Krieg gelebt, was sie gearbeitet und wie sie dabei ausgesehen haben.

Die jüdischen Opfer (Roma, sowjetische Kriegsgefangene etc. werden nicht gezeigt), so lehrt uns die Ausstellung weiter, waren hilflose, passive Objekte der Vernichtung. Sie werden in den Jahren 1939 bis 1945 - mit einer Ausnahme - nie als Handelnde gezeigt. Die Ausnahme - ein Raum über den Warschauer Ghettoaufstand - bestätigt die scheinbare Regel. Er signalisiert: Das war das einzige Mal, daß »die Juden« sich gewehrt haben, und er vermittelt den Eindruck, als wäre diese Gegenwehr aus dem schieren Nichts beziehungsweise ganz von selbst entstanden. Die Versuche von Einzelnen, ihre Würde zu bewahren, werden ebensowenig dokumentiert wie die organisierten Bemühungen in den Ghettos, das soziale, kulturelle und politische Leben aufrechtzuerhalten. Kein Foto von den »illegalen« Schulen, Jugendgruppen, Archiven, Zeitungen etc., kein Foto von den Theateraufführungen und Konzerten, die nicht nur der Ablenkung, sondern auch dem Kampf gegen die Entmenschlichung dienten, geschweige denn Dokumente über die langwierige, schwierige und häufig dennoch erfolgreiche Organisierung eines bewaffneten Widerstandes in fast allen Ghettos.

Im letzten Raum, »Die Befreiung« genannt, hängen die Bilder, die die Alliierten bei der Befreiung der Konzentrationslager aufnahmen: Leichenberge und lebende Skelette. Das vorletzte Bild der Ausstellung zeigt den Nürnberger Gerichtshof - diejenigen, die schuld waren an dem, was man gerade gesehen hat, wurden also offenbar vor Gericht gestellt und bestraft. Auf dem letzten Foto, mit dem sinnigen Titel »Epilog«, ist ein beschmierter Grabstein auf einem jüdischen Friedhof zu sehen. Merke: Es gibt noch ein paar Unbelehrbare. Von sonstigen Kontinuitäten und Aktualitäten ist in dieser Ausstellung, in der es keine Täter gibt, logischerweise nicht die Rede. Globke, Vialon und andere - who's that? Zigeunerkarteien, Euthanasie-Diskussion - nie gehört. Die Karrieren, die die Planer, Vollstrecker und Profiteure der »Endlösung« nach 1945 fortsetzten, in Justiz und Verwaltung der Bundesrepublik, in der Bundeswehr, an den Universitäten und so weiter und so fort, die »kalte Amnestie« für die Täter und die generelle Amnesie der Nachkriegsgesellschaft - wer vor dem Besuch dieser Ausstellung nichts darüber wußte, weiß hinterher auch nicht mehr.

Oft kommen Schüler herauf in die Bibliothek, sagt Frau Laakmann, weil sie »Mein Kampf« sehen wollen. Und dann sind sie ganz enttäuscht. - Was sie sich den vorgestellt haben?, will ich wissen. - Wenn ich das wüßte, sagt Frau Laakmann. Auf der Treppe, die zur Bibliothek führt, sitzt ein junges Mädchen und schluchzt vor sich hin. Unten, in der Garderobe, feixen die Jungs von der Schulklasse, die gerade mit der Führung fertig ist. Sie hauen sich in die Seiten und tun so, als müßten sie sich über irgend etwas halb tot lachen. Auf der Damentoilette steht eine ihrer Mitschülerinnen, ein türkisches Mädchen. Sie ist weiß wie die Wand und rubbelt sich die Wimperntusche von den verweinten Augen. Als ich einen Moment lang hinter ihr stehen bleibe, starrt sie mich durch den Spiegel an, als ob ich sie gleich erschießen würde. Oder Schlimmeres. Herr Ralf L. aus Stuttgart dagegen hatte andere Sorgen. Dem Gästebuch hat er anvertraut, was ihn anläßlich seines Besuches im »Haus der Wannsee-Konferenz« am meisten beschäftigte: »Eine Anmerkung nicht zur Ausstellung, sondern zur 'Garderobe': In einem solchen großen Haus keine mit Personal besetzte Garderobe vorzufinden, ist schon etwas seltsam. Dann aber auch noch solch 'liederliche', das heißt unstabile Schließfächer anzubieten, ist fast schon aktive Unterstützung kleiner Diebe. Ich spreche aus eigener Erfahrung, da mir aus einem Schrank dieses Typs schon einmal mein Rucksack gestohlen wurde. Dies ist dadurch möglich, daß man die Tür, die aus zu dünnem Blech gefertigt ist (und auch keine ausreichenden Versteifungen besitzt), durch leichtes Verbiegen öffnen kann.«

Ingrid Strobl schrieb in KONKRET 2/92 über Frauen im Nationalsozialismus

Konkret 05/92, S. 48

Otto Köhler

Offizielle Mitarbeiter

Ein erster Blick auf Augsteins unbewältigte Vergangenheit zeigt: Der »Spiegel«, von seinem Verleger in jüngster Zeit wieder auf alldeutsch-völkischen Kurs gebracht, war schon zu seiner Gründungszeit ein nationalistisch-antisemitisches Kampfblatt, das NS-Mörder verteidigte und ehemalige hohe Beamte des Sicherheitsdienstes (SD) der SS zu Ressortleitern beförderte

Woche für Woche meldet der »Spiegel« seit langem »weiter Aufklärungsbedarf« bezüglich der Kontakte zwischen dem Kirchenmann Manfred Stolpe und der Stasi. Rudolf Augstein selbst präzisierte dieses Verlangen, indem er Stimmen zitierte, die Stolpe aufforderten, er müsse »die Hosen endlich runterlassen, und zwar bis ganz unten«. Da wird »rückhaltloses Offenlegen« verlangt, schon aus Gründen einer guten Tradition. Augstein: »Aber kann denn der `Spiegel', der seit 45 Jahren aufklärerisch zu wirken sich bemüht, jetzt auf einmal Akten unterdrücken?« Stolz zeigt sich Augstein heute, daß Erich Mielke »im `Spiegel' schon 1950 als Doppelmörder figurierte«.

Das ist falsch. Mielke figurierte bereits am 5. Mai 1949 im »Spiegel« als Doppelmörder, eine Woche bevor das Magazin jenem ersten Gestapo-Chef Rudolf Diels seine Spalten zu einer Rechtfertigungs-Serie (»Die Nacht der langen Messer fand nicht statt«) öffnete, dessen Leute aus Zeugen das Geständnis herausfolterten, das Mielke als Doppelmörder belastete. Das zweite Mal figurierte Mielke als Doppelmörder am 27. Oktober 1949 im »Spiegel«, vier Wochen nachdem Rudolph Augstein »herzlichst« dem »lieben `Spiegel'leser« eine neue Serie über die »erstklassigen Kriminalisten« im Reichssicherheitshauptamt des Reinhard Heydrich angekündigt hatte.

Es ist darum verständlich, daß Augstein nichts wissen will von diesen beiden ersten Erwähnungen des im »Spiegel« schon so frühzeitig überführten »Doppelmörders« - ob der Vorwurf zu Recht besteht, entscheidet demnächst ein Gericht. Aber es ist gleichzeitig auch unklug von Augstein gewesen, auf das aufklärerische Wirken des »Spiegel« im Jahr 1950 zu verweisen. Ich habe viel nachgelesen. Doch bevor ich aufzeige, was ich gefunden habe, komme ich um eine Vorbemerkung nicht herum: Ich bin gegenüber dem »Spiegel« in mancherlei Hinsicht befangen. Der Leser hat ein Recht darauf, daß ich darüber Rechenschaft ablege, bevor ich mich mit einer so auch von mir bisher nicht wahrgenommenen Vergangenheit des »Spiegel« beschäftige.

Spätsommer 1953: Ich bin aus der Industriestadt Schweinfurt nach Würzburg gekommen und habe mich zum Studium an der Universität eingeschrieben. Das Bild von damals sehe ich noch heute klar vor mir: Ich sitze auf einer Bank beim Studentenhaus, lese den »Spiegel«, lese Jens Daniel - so nannte sich Augstein damals in seinen Leitartikeln , lese begeistert seine Kritik an Konrad Adenauer und seiner Regierung. Und da kommen vom Studentenhaus her drei bunt uniformierte Gestalten: zwei Füchse, die ihren total betrunkenen Fuchsmajor über die Straße schleppen.

Der Anblick wurde zur Entscheidungssekunde meines Lebens: Dieses devote Pack, das alles tut, was man ihm aufträgt, und die da oben, die selbst dann noch herrschen, wenn sie sinnlos besoffen sind, sie wollte ich bekämpfen. Ich wollte auch ein Jens Daniel werden: Kanonier am »Sturmgeschütz der Demokratie«, wie Rudolf Augstein damals seinen »Spiegel« nannte. Die militärische Redeweise fiel mir kleinem Neo-Pazifisten damals gar nicht auf - sechs Jahre zuvor, als Zwölfjähriger, hatte ich noch von Hitler geschwärmt. Dreizehn Jahre später ging mein Jugendtraum in Erfüllung. Ich war Augstein bei »Pardon« als Springer-Kritiker aufgefallen und wurde Medienkolumnist des »Spiegel«. Erst später ging mir auf, daß mein Engagement einen nützlichen Nebeneffekt hatte: Der Kanonier gegen den Zeitungs-König war zugleich das Feigenblatt für den Druckvertrag, den Augstein gerade mit Axel Springer abschloß.

Meine erste Kolumne für den »Spiegel« war eine Auseinandersetzung mit dem unterschwelligen Antisemitismus in der Titelgeschichte des Magazins »Capital« über »Juden + Wirtschaft« - ich hätte sie ein Vierteljahrhundert später ebensogut über den »Spiegel« und seine Gysi-Titelgeschichte »Der Drahtzieher« (Nr. 3/90) schreiben können. Nicht im »Spiegel«. Der hatte meine Kolumnen nahezu regelmäßig fünf Jahre lang gedruckt und mich dann entlassen, weil zwischen ihm und mir zu keiner Zeit eine Übereinstimmung über Inhalt und Form der Kolumne bestanden habe.

Es ist also ein merkwürdiges Gemisch von Sentiments, die ich seither für und gegen den »Spiegel« empfinde: der vor die Tür gesetzte Liebhaber, der mehr und mehr merkte, daß die Angebetete auch nicht die Schönste ist, der sich aber bis heute ihr Jugendbild im Herzen bewahrt hat.

Nun ist auch das perdu, seit dem leichtsinnigen Hinweis Rudolf Augsteins auf das Projekt der Aufklärung, das der »Spiegel« seit 45 Jahren betreibe. Ich habe tagelang in dem von Augstein gerühmten Jahrgang 1950 gelesen, zum ersten Mal. Als er erschien, war ich erst 15 Jahre, so alt wie Helmut Kohl 1945. Mich interessierte, wie der »Spiegel«, der heute Woche für Woche die Machenschaften der Staatssicherheit und ihrer wirklichen und vermeintlichen Helfer anklagt, sich damals zum fürchterlichsten Träger der NS-Diktatur verhalten hat, zum Reichssicherheitshauptamt Reinhard Heydrichs. Und insbesondere zum dort angesiedelten SD, zum Sicherheitsdienst der SS, der laut Erlaß vom 14. September 1938 als »Einrichtung der Partei« definiert wurde mit dem Hinweis: »Der organisatorische und menschliche Träger dieser Einrichtung ist die SS als Gliederung der Partei.«

Es ist die »Spiegel«-Ausgabe vom 2. Februar 1950, in der Mielke zum dritten, für Augstein zum ersten Mal als Doppelmörder erwähnt wurde. Diese Erwähnung findet sich auf Seite 12 in einer Geschichte über die nach NS-Vorbild gegründete antisemitische Untergrundbewegung NTS (Russische Solidaristen). Sie hat gerade einige Eisenbahnbrücken über die Oder und die Neiße gesprengt. Der »Spiegel« lobt, daß die NTS-Leute sich an Gandhis Beispiel orientierten. Wahr ist: Sie wollten Rußland von Stalin und von den Juden befreien.

Zwölf Seiten weitergeblättert: die achtzehnte Fortsetzung der Serie »Das Spiel ist aus - Arthur Nebe. Glanz und Elend der deutschen Kriminalpolizei«. Nebe war innerhalb von Heydrichs Reichssicherheitshauptamt Chef des Reichskriminalpolizeiamtes und wurde dort mit dem Range eines SS-Gruppenführers »angeglichen«. Nebe, der später auch Kontakt zu den Verschwörern des 20. Juli hielt und so umkam, war von Juni bis November 1941 Chef der Einsatzgruppe B, einer Todesschwadron, mit der er nach seinen eigenen Meldungen 45.467 Personen liquidierte. Wir sind, wie erwähnt, in der achtzehnten »Spiegel«-Fortsetzung: »Irrenhaus in Minsk. Irrenhaus in Smolensk: Hunderte ärmster Menschen, irre, tobsüchtige, in Lumpen gehüllte und heruntergekommene Menschen, ohne Nahrung und ohne Pflegepersonal. Nebe funkt an Heydrich. Antwort: `Liquidieren!' Nebe ist konsterniert. Er geht selbst in das Irrenhaus. Unmöglich! Wie sollte man diese Leute erschießen? Das war schon rein technisch unmöglich. Man müßte sie festhalten, binden, um den Schützen einen einigermaßen sicheren Schuß zu ermöglichen. Die Exekution würde Tage dauern. Wer sollte das aushalten.«

Mord ist ein schwieriges, verantwortungsvolles Handwerk, lernt der »Spiegel«-Leser, er bereitet auch erfahrenen Tätern schlimme Stunden. Aber es gibt einen Ausweg: »In Nebe entsteht ein Plan. Er läßt einen Teil der Kranken in eine kleine Holzbaracke, eine Garage, bringen und einen starken Pkw vorfahren. Der auf hohen Touren laufende Wagen strömt seine Auspuffgase in den Raum. Aber die Garage ist nicht dicht. Erschauernd vor einem Guckloch erschrickt Nebe vor seiner eigenen Grausamkeit. Aber er muß irgend etwas unternehmen. Wieder ventiliert er das Erschießen. Unmöglich! Dann läßt er die Garage vollständig abdichten und wiederholt den Versuch mit einem noch stärkeren Wagen. Erfolgreich. Nebe ist vollends am Ende. Er tröstete sich mit dem Gedanken, ordentliche Männer seiner Einsatzgruppe vor der Durchführung der grauenvollen Exekution bewahrt zu haben.«

Erfolgreich - daß heißt: Die zu ermordenden Menschen sind exekutiert. Sie sind am Ende und brauchen keinen Trost mehr - den braucht der Mörder.

Es ist dasselbe Problem, das auch Himmler bewegt hat - im »Spiegel« gedeiht es zur Gewissensqual eines empfindsamen Menschen. Die Opfer sind nur Objekt, vermutlich empfinden sie nichts bei ihrem Tod, leiden jedenfalls weniger als Nebe, der seine Seelenqual beim Vergasen mit Champagner hinunterspülen mußte (Marke Veuve Cliquot - da zeigte sich schon früh die Qualität der »Spiegel«-Recherche).

Für Rudolf Augstein war - als die Serie mit ihrer 30. Fortsetzung endlich ein Ende nahm - Arthur Nebe, der Massenmörder, nichts anderes als »ein ängstlicher, anständiger, ehrgeiziger Beamter, der vor der Gewalt zurückwich, bis er sich selbst nicht mehr ins Gesicht gucken konnte«. Vor der Gewalt zurückwich? War er das Opfer, und sind die Ermordeten Ursache seines Leidens gewesen? Augsteins Fazit: »Arthur Nebe ist tot. Aber die Gewalt ist mächtiger denn je. Wir alle sind kleine oder größere Nebes.«

Doch da blieb ein Wunsch für die Zukunft, nachdem der Fall Nebe »gründlichst entwirrt« war: Die »Spiegel«-Serie des ungenannten Autors führe doch, so Augstein, »den heutigen Polizei-Verantwortlichen vor Augen, daß die Kriminalpolizei ... auf ihre alten Fachleute zurückgreifen muß, auch wenn diese mit einem SS-Dienstrang `angeglichen' worden waren«.

Augstein nennt 1950 Beispiele, die er für positiv hält: »Wer auf Vernunft stieß«, der sei »schon wieder Kripo-Leiter«. Andere SS-Sturmbannführer aber müßten, so klagt er, noch immer warten. In Bonn hätten sich die Parteien schon beim Aufbau eines Bundeskriminalamtes eingeschaltet, beschwert sich Augstein und fügt hinzu: »Bleiben die `Angeglichenen' ausgeschaltet, ist mehr Raum für Partei-Kriminalisten. Traun fürwahr.«

Ja, traun, das klassische antidemokratische Ressentiment: im guten Kampf gegen Parteibuchbeamte der neuen Demokratie sollen die alten NS-Beamten, die alle nur das eine Parteibuch hatten, den Sieg davontragen. Und so geschah es dann auch: Im Rahmen des 131-Gesetzes gab es in den fünfziger Jahren ganz nach Augsteins damaligem Wunsch auf dem Gebiet der Bundesrepublik mehr NSDAP-Beamte als in der NS-Zeit.

Der Autor der Nebe-Serie blieb damals ungenannt. Doch 1981 war bei Helmut Krausnick und Hans-Heinrich Wilhelm (»Die Truppe des Weltanschauungskrieges«) nachzulesen, daß es der in der Serie vielfach (selbst)rühmend erwähnte Nebe-Untergebene Bern(har)d Wehner war: SS-Hauptsturmführer im Amt V. des Reichssicherheitshauptamtes, nach dem Krieg Leiter der Düsseldorfer Kriminalpolizei und für den »Spiegel« Serienheld und Serienautor zugleich.

Am 6. Juli 1950 beginnt im »Spiegel« eine neue Serie »Am Caffeehandel beteiligt - Deutschlands Schmuggler«, die wie eine konventionelle Grenz-Geschichte anhebt und doch Rudolf Augstein am 4. August zu der umständlichen Versicherung zwingt: »Sie, unsere Leser, wissen, daß wir uns selbst verbieten würden, wenn wir uns dabei ertappten, daß wir den wenigen deutschen Verbrechern und allen deutschen Spießern, denen antisemitische Scheuklappen Lebensbedürfnisse sind, Sukkurs gewährten.«

Tatsächlich muß damals beim »Spiegel« ein Verbot bestanden haben, sich bei solchem Sukkurs zu ertappen oder ertappen zu lassen. Die erste Folge ist noch harmlos, wenn man von den Schmugglern absieht, die »nach Zigeunerart wieder mal eine Fehde untereinander ausgetragen und einem der ihren die Knochen gebrochen haben«. Doch dann wandte sich die Serie der Möhlstraße in München zu, die damals für den »Spiegel« das war, was heute für »Bild« die Hafenstraße in Hamburg ist: Hauptquartier des Terrors, damals ausgeübt von DPs, von denen die meisten für die damalige Mentalität erkennbar als Juden beschrieben wurden. DPs, das war die Abkürzung für Displaced Persons, Menschen also, die von den Nazis aus allen von ihnen beherrschten Ländern Europas verschleppt worden waren. Daß sie sich nach ihrer Befreiung aus den KZs des Nazi-Reiches nicht benahmen wie freundliche Touristen, mochte, wer ein gutes Gewissen hatte, kritisieren; der »Spiegel« aber betrieb Volksverhetzung, nannte sie »DP-Terroristen«, sprach vom »Ringverein der Möhlstraße«, von der »Möhlstraßen-Republik der Schmuggler und Hehler«, die »längst schon ein europäischer Skandal« geworden sei.

Und es fehlte nicht an sachdienlichen Hinweisen, wohin der Volkszorn zu adressieren war, jedem Judennamen war, wo immer sich das ermitteln ließ, die Adresse und sogar die Telefonnummer beigegeben - »Spiegel«-Service fürs Pogrom. Da es nicht zustandekam und auch »die Lebensmittelhändler, die am 15. Juli 49 gekommen waren, um die Möhlstraßen-Schmuggler zu stäuben«, daran gehindert wurden, zeigte sich der »Spiegel« enttäuscht und dachte über die Unmöglichkeit einer Endlösung nach: »Das Ausbrennen der Schmugglerhochburg Möhlstraße ist insofern sehr schwierig...«

Mit besonderer Genugtuung wurde von den »Spiegel«-Autoren - wir werden sehen, sie hatten Grund dazu - der Urteilsspruch eines Landgerichtsdirektors Dr. Parey - aus der Zeit nach der Befreiung 1945 - zitiert: »Jeder Mann in der Umgebung Verdens kannte zu damaliger Zeit seit langem das Lager Bergen-Belsen als einen Hort vieler unehrlicher Elemente. Wirtschaftsverbrechen und Großschiebungen waren dort an der Tagesordnung...«

Am 31. Juli 1950 müssen Augstein und der »Spiegel« einen gerichtlichen Vergleich unterschreiben, der Grenzen ihrer Aufklärungstätigkeit aufzeigt: Sie hätten, so versichern sie, »nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß vornehmlich Menschen jüdischen Glaubens an dem Kaffeeschmuggel beteiligt sind«. Am 3. August formuliert Augstein im »Spiegel«: »Klibansky als Anwalt der bayerischen Judenheit« habe zuvor eine einstweilige Verfügung gegen den »Spiegel« beantragt. Augstein beschreibt den Juden: »Dieses Zwischending von einem römischen Volksredner und einem Teppichhändler aus Smyrna, dieser kleine dicke Mann..., der mit der Behendigkeit eines Waschbären und mit dem Habitus eines Pinguin den Gerichtssaal durchmaß...« Und beklagt sich, daß in der Verhandlung »der Vergleich mit dem `Stürmer' mehr als einmal zelebriert« worden sei.

Die Aufklärungsserie des »Spiegel« über den von Juden- und DP-Terror beherrschten Kaffeeschmuggel stammte nicht aus der »Spiegel«-Redaktion. Sie wurde im Kontor des an der Ausschaltung des Schmuggels höchst interessierten Kaffeehandels geschrieben - und natürlich auch mit Kaffeeanzeigen (»Wenn Bohnenkaffee, dann IDEE oder Darbohne«) garniert. So wurde - Aufklärung aus erster Hand - die »Spiegel«-Serie über den SD vom SD verfaßt und die »Spiegel«-Serie über den ruinösen Kaffee-Schmuggel vom Kaffee-Kontor.

Aber da können wir uns auch täuschen. Gewiß, die beiden Autoren hießen Georg Wolff und Dr. Horst Mahnke, der eine PR-Mann, der andere Chef der Abteilung Marktbeobachtung beim Kaffee-Einfuhrkontor im Hamburger Freihafen. Daß sich der »Spiegel« damals seine Serie von Vertretern des Verbands schreiben ließ, dessen Interessen in dieser Serie nachhaltig gefördert wurden, ist heute kaum noch aufregend. Aber ein Kontor im Hamburger Freihafen, das sich mit dem Import aus der großen weiten Welt, aus Südamerika etwa, befaßte, war nach dem Ende der NS-Herrschaft für bestimmte Leute auch für Exportzwecke sehr interessant. Wolff gehörte - so lese ich in Leo Brawandts »Spiegel«-Hagiographie - während des Krieges in Norwegen dem Stab des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD an. Dieser Befehlshaber war zeitweise Dr. Franz Stahlecker, der sich als Chef der Einsatzgruppe A im Osten rühmte, 128.432 Juden umgebracht zu haben. Über Dr. Mahnke - den zweiten ungenannten Kaffee-Serienautor - las ich im »Spiegel« vom 29. Dezember 1949, daß er Referent eines Professors und SS-Standartenführers Dr. rer.pol. Franz Six gewesen sei, dem ein Agent namens Walter Hirschfeld übel mitgespielt habe.

Dieser Artikel zeigt die gleiche Handschrift wie ein halbes Jahr später die Kaffee-Serie. Von dem Agenten Hirschfeld wird nicht nur die »Blutwarze auf der Knollnase« beschrieben, die Adresse von Hirschfelds »Feudalwohnung« ist unverfehlbar angegeben: »Hirschgasse Nr.16 (3mal läuten)«. Die Telefonnummer (Hdlbg 5833) zur persönlichen Aussprache zwischen den »Spiegel«-Lesern und dem Denunzianten anständiger Deutscher wurde sorgfältig vermerkt, ebenso wie die Autonummer AW 66-4443 seines »uralten 2-Liter-Adler«. Mit solch präzisen Angaben las sich ein »Spiegel«-Artikel von damals wie eine Stasi-Akte von heute.

Vorwurf des »Spiegel«: Hirschfeld habe sich im Januar 1946 in das Vertrauen der Six-Schwester Marianne eingeschlichen, die habe ihm den Unterschlupf ihres Bruders und seines Adjutanten Mahnke in der Nähe von Hannover genannt, worauf die beiden vom Secret Service festgenommen wurden. Das alles wurde vom »Spiegel« als Verrat eines Kameraden präsentiert und als Mord: Die Six-Schwester wurde tödlich vergiftet aufgefunden. Der »Spiegel« stellte den mutmaßlichen Selbstmord als Tötung durch Hirschfeld dar.

Über die Tätigkeit von Six selbst dagegen kein aufklärendes Wort, obwohl das Nachrichtenmagazin im Jahr zuvor dreimal aus dem Nürnberger Einsatzgruppen-Prozeß berichtet hatte, in dem auch Six zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Der Professor für Zeitungswissenschaften, bei dem sich Mahnke nach Kriegsbeginn am 17. Oktober 1939 mit dem Thema »Die freimauerische Presse in Deutschland. Struktur und Geschichte« einen Doktor-Titel geholt hatte, brachte bald darauf seinen Hochschul-Assistenten mit in Reinhard Heydrichs Reichssicherheitshauptamt. SS-Standartenführer Professor Dr. Franz Alfred Six übernahm das Amt VI. »Weltanschauliche Forschung und Auswertung«, und sein Assistent, der damalige SS-Untersturmführer Dr. Horst Mahnke, dort das Referat VII B3 Marxismus.

1941 zogen der Professor und sein Assistent zwecks praktischer Anwendung ihrer Erkenntnisse in den Krieg - oder das, was sie daraus machten. Six wurde Leiter einer mobilen Mordtruppe, des Vorauskommandos Moskau der Einsatzgruppe B, Mahnke wirkte als sein Adjutant. Das Vorkommando sollte in Moskau die Listen der KPdSU-Mitglieder zwecks Liquidation sichern und übte schon im Vorfeld eine ausgedehnte Mordtätigkeit auch an Frauen und Kindern aus. Das befähigte Six nach der Rückkehr aus der Sowjetunion, als Gesandter I. Klasse die Leitung der Kulturpolitischen Abteilung zu übernehmen. Wieder dabei als persönlicher Adjutant: der inzwischen zum SS-Hauptsturmführer aufgerückte Dr. Horst Mahnke. Zu den kulturellen Aufgaben des neuen Amtes gehörten Vorträge, in denen Six - wie am 3./4. April 1944 in Krummhübel - die wissenschaftliche Erwartung aussprach: »Die physische Vernichtung des Ostjudentums entzieht dem Judentum die biologischen Reserven.« Bereits 1952 war er wieder auf freiem Fuß und arbeitete fortan als Porsche-Vertreter zugleich auch für die Organisation Gehlen, den heutigen Bundesnachrichtendienst.

Am 16. Februar 1950 erschien im »Spiegel« ein Leserbrief - Unterschrift Dr. Mahnke , der Interessierte darauf aufmerksam machte, daß Hirschfeld, der 1946 die Festnahme von Six ermöglicht hatte, ein »schlecht blondierter Agent« sei. Ein anderer Leserbrief - Unterschrift »Name uninteressant« - wurde deutlich: »Um den Hirschfeld machen Sie sich man keine Sorgen, der steht sowieso schon auf der Liste und wird wohl keines natürlichen Todes sterben.« Tatsächlich war der »Spiegel«-Beitrag vom 29. Dezember1949 unter der in jeglicher Hinsicht sachdienlichen Überschrift erschienen: »Merkt euch den Namen Hirschfeld«.

Immerhin war es Augstein doch etwas peinlich, daß der »Spiegel« so schlicht als Feme-Organ betrachtet werden konnte, ganz aber wollte er sich davon auch nicht distanzieren. Und so formulierte er kühl, einige Leser hätten sich aus dem »Spiegel«-Artikel die Aufforderung herausgelesen, »dem Hirschfeld ein Leids zu tun«. Doch da gab sich Augstein friderizianisch tolerant: »Es wäre verkehrt, dem Hirschfeld ein Haar zu krümmen. Er mag so leben, wie es ihm in diesem Land noch möglich ist, und die Amerikaner mögen sich überlegen, ob sie sich von dem Sturm und Drang ihrer ersten Jahre hier nicht entschieden absetzen sollten.«

Warum sollten sich »Spiegel«-Leser den Namen Hirschfeld merken? Und warum wollten »Spiegel«-Leser diesen Mann getötet sehen? Hirschfeld war der Feme verfallen. Er war auch für den »Spiegel« ein Verräter. DasUntertauchen von SS-Massenmördern wurde - so lehrt uns das - vom »Spiegel« gebilligt, wer die Untergetauchten ans Tageslicht zog, galt in seinen Spalten als Denunziant.

Dafür bietet die »Spiegel«-Geschichte über die Entdeckung von Six und Mahnke durch Hirschfeld ein weiteres Beispiel: »Am frechsten hat er dem Augsburg mitgespielt. Kurz vor der Kapitulation war der SS-Sturmbannführer Dr. habil. Emil Augsburg, Rußland-Spezialist im Amt VI. (des Reichssicherheitshauptamtes), als Privatsekretär eines hohen Vatikanbeamten polnischer Herkunft im Benediktiner-Kloster Ettal untergetaucht.« Zu ihm sei Hirschfeld gekommen, angeblich als Beauftragter von Six, und habe ihm nachrichtendienstliche Aufträge übermittelt. Der »Spiegel«: »Augsburg trommelte seine alten Fachleute zusammen. Tolle Dinger wurden gedreht. Nicht immer einwandfrei, nicht immer ungefährlich. Aber für Six wurde es getan.« Für den »Spiegel« ein empörender Betrug. Denn Hirschfeld war nicht im Auftrag von Six, sondern des CIC erschienen.

Wer war dieser Augsburg, der später für die Organisation Gehlen und dann für die CIA arbeitete? Christopher Simpson in »Der amerikanische Bumerang. NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA« (Wien 1988): »Gehlens zweitwichtigster Mitarbeiter für Ostangelegenheiten war Dr. Emil Augsburg, ein ehemaliger SS-Standartenführer aus Himmlers Stab in Polen. Wie Eichmanns hatte auch Augsburgs Laufbahn in Six' Abteilung begonnen... Während des Krieges leitete Augsburg... ein Mordkommando im besetzten Rußland. Er erzielte `außergewöhnliche Ergebnisse'...«

Simpson weiter: »Nach dem Krieg blieben Augsburg und Six mit den früher von Berlin finanzierten Emigrantengruppen in enger Verbindung und berieten die CIA bei der Auswahl von Agenten, die in Osteuropa bei Operationen hinter den Linien eingesetzt wurden.«

Eigentlich war Rudolf Augstein ge-warnt. Der »Spiegel« hatte sich wegen der Kaffee-Serie von Mahnke und Wolff öffentlich den Vorwurf des Antisemitismus zugezogen. Augstein mußte, wenn er den »Spiegel« vom 29. Dezember 1949 gelesen hatte, wissen, daß Mahnke die rechte Hand von Franz Alfred Six war, eines gerichtsnotorischen Massenmörders. Es scheint ihn nicht gekümmert zu haben. Am 27. Februar 1952 zeichnet im »Spiegel«-Impressum für das Ressort Ausland und Internationales noch einmal Kurt Blauhorn verantwortlich, ein früherer Redakteur des »Neuen Deutschland«, der bis

zu seiner Flucht den »Spiegel« mit Informationen beliefert hatte. Am 5. März 1952 ist das Ressort dann aufgeteilt. Ressort-Leiter Ausland ist jetzt Georg Wolff, Ressortleiter Internationales Dr. Horst Mahnke.

Mahnke und Wolff, vom SD über den Freihafen-Kaffeehandel direkt in die Chefsessel zweier »Spiegel«-Ressorts, das sind zwei ungewöhnliche Karrieren, die nach Aufklärung schreien müßten. Schon gar bei einem Organ, das seit 45 Jahren - wir lasen es im »Spiegel« - aufklärerisch zu wirken sich bemüht. Doch damals schrie nichts nach Aufklärung, denn der SD hieß - Rudolf Augstein wird das begründen können - nun einmal nicht Stasi.

Es gibt Momente in einem Journalistenleben, da lehnt man sich nach langer Arbeit kurz zurück und klopft sich selbst auf die Schulter. Aber nach diesen Tagen der »Spiegel«-Lektüre aus den fünfziger Jahren steh ich am offenen Grab, singe das Lied vom alten Kameraden: »...als wär`s ein Stück von mir«. Der Jugendtraum ist ausgeträumt. Die Schaufel her - und Erde drauf.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 4/92 über die Suche deutscher Historiker nach dem revolutionären Potential des Nazismus

Konkret 05/92, S. 52

Thomas Neumann

Buch des Monats: Ein deutscher Freiheitskrieg

Peter Hacks: Ascher gegen Jahn. Ein Freiheitskrieg, Aufbau-Verlag, Berlin/Weimar 1991, 3 Bände: Friedrich Ludwig Jahn: Deutsches Volkstum, 322 S.; Saul Ascher: 4 Flugschriften, 279 S.; Peter Hacks: Ascher gegen Jahn. Ein Freiheitskrieg, 198 Seiten; zusammen 78 Mark

Eine der schwierigsten, kaum beantworteten Fragen an die Geschichte heißt: Wie bewahrt das menschliche Bewußtsein den Dreck auf, den es über lange Zeitabstände ansammelt, aber nicht zur Sprache bringen kann, weil die gerade herrschenden Normen das verbieten, die Zustände, mit Heine zu sprechen, nicht danach sind? In welchen Formen, in welchen Schatzkästchen wird das gespeichert, um dann plötzlich wieder, wenn man schon meint, die Sache sei behoben, in alter Frische ins Offene zu treten? Zum Beispiel: Wie ist es möglich, daß ein Philosophieprofessor mit liberalem Ruf, der Münchener Dieter Henrich, auf einen Schlag einen ganzen Kübel dreckigster Gedankenbilder heraussprudeln kann, und das im Gestus vollkommener Unschuld?

Henrich hat über die Lage der westdeutschen Intellektuellen nachgedacht und folgendes gefunden: »Mit dem Wegfall der Grenze, welche die beiden deutschen Staaten voneinander abgetrennt hat, ist auch die wichtigste Quelle jener deutschen Vergangenheit versiegt, welche in die Äußerungen der Intellektuellen den gepreßten Ton brachte: Die Grenzlage und mit ihr die Frontstellung gegenüber einem bedrohlichen Anspruch auf Vormacht ist geschwunden. Im abrupten Wechsel ist sie durch die Mittelstellung in Europa abgelöst, eine Mittelstellung, welche im Kleinformat der Mittelstellung der USA zwischen atlantischem und pazifischem Raum entspricht. Solche Stellungen begünstigen die freie Aussicht auf die Weltlage und die Ausbildung von Gedanken, welche diese Lage begreifen lassen. Daß solche Gedanken aufkommen und eingreifen, wird den Deutschen in Zukunft übrigens buchstäblich not tun. Werden sie doch im Prozeß der politischen und ökonomischen Neugliederung des eurasischen Raumes in Aufgaben und in eine Verantwortung gezogen werden, die sich in ihrer Rolle innerhalb des westlichen Bündnisses gegen die sowjetische Imperialpolitik gänzlich unterscheiden.« (»Sinn und Form«, 2/92)

Man muß das nicht kommentieren, es genügt darauf hinzuweisen, daß der Philosoph zwei Kategorien verwechselt hat: Logistik und Intellektualität. Aber die Frage bleibt doch: Wie konnte in seinem gut ausgebildeten Kopf dieser Mist frisch gehalten werden?

Worum es geht, hat der Bundeskanzler noch weit großartiger von sich gegeben, als er, in zwei Lügen verpackt, den Jüdischen Weltkongreß öffentlich anklagte, gegen die Wiedervereinigung Deutschlands opponiert zu haben. Gelogen war das erstens, weil der Weltkongreß sich zu diesem Thema gar nicht geäußert hat, zweitens, weil entgegen der Behauptung Kohls der Weltkongreß auf die Anfrage des Kanzlers über die Äußerung eines seiner Mitglieder zum Thema Vereinigung sehr wohl geantwortet hatte. Aber nicht die Lügen sind interessant. Wichtig ist allein, daß der Kanzler der Bundesrepublik seinen Landsleuten mitgeteilt hat, daß die Juden gegen Deutschland stehen und man darum wieder gegen die Juden stehen darf. Die »Schonzeit«, wie vor Jahren ein Parteifreund Kohls schon gefordert hat, ist vorbei. Zurück bleibt also auch hier die Frage: Wie konnte der Kanzler sich so lange verstellen und seinen eingefleischten Antisemitismus zugleich frisch halten?

Eine Antwort hat Peter Hacks jetzt gegeben. Die genannten Vorkommnise hatte er dabei nicht vor Augen, konnte er auch gar nicht, aber das Problem.

Der Aufbau-Verlag hat ein ungewöhnliches literarisches Unternehmen gefördert und verlegt. In einer Kassette mit drei Bänden wird ein politischer Streit aus den Anfangsjahren des 19. Jahrhunderts dokumentiert und kommentiert, dem man auf den ersten Blick kaum eine hervorragende Bedeutung abgewinnen mag. Friedrich Ludwig Jahn und Saul Ascher heißen die Streitenden, der Kommentator ist Peter Hacks. Er, der für das ganze Unternehmen verantwortlich ist, nennt seine Begleitschrift, den dritten Band der Kassette, »Ascher gegen Jahn. Ein Freiheitskrieg«.

Wer sind die beiden Kontrahenten, und was treibt Hacks dazu, ihren scheinbar ganz verklungenen Disput wieder in die Öffentlichkeit zu bringen und vehement, im Gestus des Berichterstatters, unzweideutig die Partei Aschers zu ergreifen?

Zunächst einmal Jahn. Seine Schrift heißt »Deutsches Volkstum«. Sie erschien erstmals 1810, als Napoleon, auf der Höhe seiner Macht, die meisten deutschen Herzogtümer und Königreiche besiegt und oft auch besetzt hatte. Keineswegs wurde das allseits als Schmach und Niederlage empfunden. Die napoleonische Herrschaft beförderte an vielen Orten lang erträumte Emanzipationen. Für andere aber war das nicht nur ein Anlaß, sich gegen die Franzosen zu ereifern, sondern zugleich ihre reaktionären Phantasien von einem urdeutschen Deutschland, das sie auch unter den vormaligen deutschen Herrschern nicht verwirklicht fanden, als Freiheitsideen sondergleichen zu drapieren. Zu dieser Gruppe gehörte Jahn, und zwar durchaus auf hervorragendem Platz. Der Sieg Napoleons galt ihm als Gipfel deutscher Selbstvergessenheit, und mit seinem »Deutschen Volkstum« forderte er zurück, was - sein Ausdruck - seit »Urzeiten« die »Deutschheit« ausgemacht haben sollte. Und Deutschheit bedeutete, damit man ihn richtig verstehe, »Volkstümlichkeit« schlechthin.

Hatte der Römer sein ewiges Rom - für die Menschheit eine nimmersatte Völkerhölle - in Tichten und Trachten zum Vorbild: so ist unser Erbteil, die Deutschheit, ein menschheitliches Volkstum.

Keine Frage, das war eine Kampfansage an alle »Ausländerei« im allgemeinen und an die Juden im besonderen. Deutsch ist Volk, Volk ist Menschheit, da bleibt also für andere wenig Raum.

Der Name Deutsch war bis zu den neuesten Unglücksfällen ein Beehrungswort. 'Ein deutscher Mann', 'das war deutsch gesprochen', 'ein deutsches Wort', 'ein deutscher Händedruck', 'Deutsche Treue', 'Deutscher Fleiß' - all diese Ausdrücke zielen auf unser festgegründetes, wenn freilich nicht mit prunkendem Außenschein hervorstechendes Volkstum. Vollkraft, Biederkeit, Gradheit, Abscheu der Winkelzüge, Rechtlichkeit und das ernste Gutmeinen waren seit ein Paar Jahrtausenden die Kleinode unseres Volkstums, und wir werden sie auch gewiß durch alle Weltstürme bis auf die späteste Nachwelt vererben.

Solche Sätze liest man bei Jahn in Hülle und Fülle, rassistische Selbstverliebtheit treibt ihn um. Und so kommt Saul Ascher ins Spiel. Hacks hat vier 'Flugschriften' von ihm ausgewählt, aus den Jahren 1794 bis 1818, sie alle eine Attacke gegen diesen deutschen Ur- und Ungeist, ein Votum für die Vernunft, für überschaubare Institutionen, gegen die Bärenhäuterei.

Aber wer ist Ascher? Von Jahn weiß man bis heute viel. Als Turnvater der Deutschen ist er geehrt, Schulen und Straßen tragen seinen Namen - selbst in der soldatischen Erinnerung lebt er als einer der sogenannten Freiheitskämpfer bis heute fort. Noch im weitverbreiteten Großen Taschenlexikon von Meyer ruft man ihn als einen Mann in Erinnerung, der als Gegner der nachnapoleonischen 'Restaurationsepoche' Bedeutung erlangte, als einen Fortschrittsmann. Von Ascher aber kann man in keinem Lexikon lesen. Der Historiker Walter Grab hat ihn in den siebziger Jahren wieder entdeckt, und Hacks tut nun das Seine. Unter Berufung auf ihn informiert der Aufbau-Verlag über Ascher folgendermaßen: »Der Berliner Jude Saul Ascher (1767-1822) war Religionsphilosoph und streitbarer Verfechter der Emanzipation der Juden. Man kann ihn kaum kennen, denn neuere Lexika verzeichnen seine Lebensdaten nicht, und seine Bücher wurden nie nachaufgelegt. Allenfalls aufmerksamen Heine-Lesern dürfte Ascher als 'Vernunftdoktor im transzendentalen grauen Leibrock' begegnet sein. Hacks hat in ihm einen unserer ehrenhaftesten und tiefschürfenden politischen Denker entdeckt, der sich mit allen Spielarten des deutschen Nationalismus anlegte und selbst vor öffentlicher Polemik mit dem berühmten Fichte nicht zurückschreckte - ein Spätaufklärer.«

Ascher hatte also nicht zuerst Jahn vor Augen, als er sich gegen das neue deutsche Volkstum wehrte, von dem dessen Anhänger freilich phantasierten, es existiere seit Urzeiten. Er ging geradenwegs den Mann an, der dieser Denkart die philosophischen Weihen gegeben hatte. An Fichte schrieb er - einen Eisenmenger der Zweite nannte er ihn - schon 1794. Fichtes wilder Antisemitismus, sein fanatischer Nationalismus empörten ihn. In diesen Übeln sah er alle gesellschaftliche Zivilisation angegriffen, wie wir wissen: zu Recht.

Nach ihrem Ideengange heißt es, schreibt er dem Philosophen in einem offenen Brief, *der kleine Grad von Glückseligkeit, der einer Gesellschaft nach dem jetzigen Zustand der Dinge eigen ist, wird unter anderem auch durch die Juden verbittert. Der Jude ist der erste Stein des Anstoßes in einer jeden Gesellschaft; er ist die Hydra, die alles um sich her zerstört; er liegt, dem Zerberus der Hölle gleich, vor den Pforten des Tempels der Glückseligkeit und versperrt allen den Zugang; er, der Jude. ... Sollten (Sie) mir es verübeln, wenn ich Sie für den rühmlichsten Nachfolger eines Eisenmengers erkläre?*

Es gibt viele Spielarten des Antisemitismus, gab sie zu Aschers Zeit. Die harmloseste mag vielleicht noch jene sein, die die Emanzipation der Juden um den Preis der Aufgabe ihres Glaubens dulden will. Moses Mendelssohn hat sie zu spüren bekommen von seiten Jacobis und entsprechend geantwortet. Das ist hier nicht Aschers Problem, seins ist der romantische, bis zur Grenzenlosigkeit aggressive Antisemitismus. Ihn verspürt er bei Fichte, darum nennt er ihn Eisenmenger II. Hacks schreibt:

Der Titel will erklärt sein. Der erste Eisenmenger war der Julius Streicher des Spätbarock. Er hatte Ende des siebzehnten Jahrhunderts ein Pogromhandbuch verfaßt, welches ein Standardwerk geworden war; Clemens Brentano hatte es immer auf seinem Nachttisch liegen. Der Vergleich Fichtes mit Eisenmenger beweist Aschers Scharfsinn. Johann Gottlieb Fichte hatte, bis er nach Berlin kam, um dort freischaffend zu wirken, in Weimar die Rolle des Dorfclowns gespielt. Sicher hat niemand vor oder nach ihm aus Kants Denkansatz so alberne Folgerungen abgeleitet wie er. Ascher erkannte unter der Albernheit die Gefahr. Er erkannte Fichte als zweiten Eisenmenger und eigentlichen Feind. Er überschaute augenblicks, daß Fichtes närrische Ideen die gedankliche Grundlage aller künftigen Pogrome bilden würden.

Fichte, sagt Ascher, habe eine neue Epoche des Judenhasses eingeläutet, welche *die Rechtmäßigkeit des Begriffs Judenhaß - a priori deduziere*. Ascher konnte auch im weiteren Verlauf der Geschichte, zumal in der nachnapoleonischen Zeit, sehr deutlich beobachten, wie sich derartige Gedanken im Gewand der Romantik ausbreiteten und Einfluß gewannen. Es waren ja nicht die unbedeutendsten Geister jener Zeit, die einer urdeutschen Reinheit huldigten, in der, selbst wenn es nicht ausgesprochen wurde, für nichts sonst Platz war als für diese Deutschheit. Anders gesagt: die nur wiederhergestellt werden konnte, wenn alles dem Volkstum, dem Deutschen Fremde ausgeschieden würde.

Wir bewegen uns hier im Vorfeld nationalistischer Ideologie, manchmal auch schon mittendrin. Und Ascher sieht, daß der dem deutschen Nationalismus ganz eigene spezifische Antisemitismus nur eine Gefahr, eine ihn allerdings auch persönlich bedrohende Gefahr, darstellt. Er sieht zugleich, daß alle Gesellschaft, die sich auf solcher Grundlage zusammenfindet, sich letztlich selbst destruieren wird, weil sie rechtsunfähig ist. Sie neigt zum Bandenwesen.

1815 veröffentlichte Ascher eine Schrift mit dem Titel: »Die Germanomanie. Skizze zu einem Sittengemälde«. In ihr wird auch Jahn namentlich genannt, einer der Kettenhunde der neuen Lehre. Inzwischen hatten sich aus vereinzelten Demagogen und bestenfalls kleinen Kreisen Gleichgesinnter ganze Gesellschaften und Bünde geformt, und es war auch nicht geheim geblieben, daß sich da Verschwörer zusammenfanden, die im Namen von Tugend und deutscher Christlichkeit einen generell staatsfeindlichen Fanatismus schürten. Diese also nennt er Germanomanen. Ihren Plan gibt er preis und daß darin der Antisemitismus nur die erste Stufe auf dem Weg zur Zerstörung ist.

Um das Feuer der Begeisterung zu erhalten, muß Brennstoff gesammelt werden, und in dem Häuflein Juden wollten unsere Germanomanen das erste Bündel Reiser zur Verbreitung der Flamme des Fanatismus hinlegen. Der Fanatismus kennt aber keine Grenzen. Er blieb bei der Idee, die Juden seine Geißel fühlen zu lassen, nicht stehen. Kaum war Frankreichs Despotismus gebrochen, so gingen unsere Germanomanen noch weiter. Arndt, Jahn etc. und mehrere Nachbeter derselben wollten nun schon keinen Franzosen mehr in Deutschlands Grenzen dulden, sogar die Sprache der Franzosen sollte aus Deutschlands Marken verbannt sein, und bei Verfolgung der fixen Idee der Germanomanen, alles Fremdartige von Deutschlands Boden entfernt zu sehen, geht endlich der lauteste Germanomane der jetzigen Zeit ... so weit, auch gegen England, das von den Germanomanen mit Huld bisher behandelte England, eine vollständige Philippika abzuhalten.

Ihren Höhepunkt erreichten diese Leute im wahrsten Sinne des Wortes auf der Wartburg, wo sie 1818 hunderte von Studenten dazu animieren konnten, einer öffentlichen Bücherverbrennung zuzujubeln. Jahn war dabei ein Anführer. Verbrannt wurde die Aufklärung. Dieses Fest des Fanatismus, das Ascher vorausgeahnt hatte, erregte in Europa Aufsehen. In den deutschen Staaten war es Anlaß, die Demagogen zu verfolgen, die sogenannte Restauration einzuleiten. Ascher schrieb einen Aufsatz zur Wartburgfeier.

Das, was auf der Wartburg vorgegangen, hat geschehen müssen, denn es ging hervor aus dem Geist, der in dem protestantischen Deutschland emporgekommen und herrschend zu werden Miene macht.

Es war ein damals in Mode stehender höchst aufklärungsfeindlicher Protestantismus, dessen die nationalistische Ideologie sich bediente, ein deutsch-volkstümliches Christentum, wovon schon Jahn in seiner genannten Schrift geschwärmt hatte.

Keiner, schrieb Jahn, der auf geschichtliche Bündigkeit Anspruch macht und die Mühe gründlicher Untersuchung sich nicht verdrießen läßt, wird nun aber der Selbstfrage entgehen können: Warum nur unter den Deutschen die ersten Wiederhersteller des Urchristentums entstanden? Warum nur hier alle von diesem Geist ergriffene Völkerschaften die Sache als volkstümlichen Gegenstand ansahen und als ware Volksangelegenheit betrieben.

Die Antwort erübrigt sich fast: Weil die Deutschen rein sind, und also wieder rein werden müssen - gegen die Ausländer, gegen die Juden. Und, wie Ascher bemerkt, damit letztlich zerstörerisch gegen sich selbst.

Ein wenig genauer will aber der deutsche Protestantismus, der damals und heute ja wieder eine Umkleidung des deutschen Nationalismus ist, doch erklärt sein. Und das kann man für damals und heute Saul Ascher ruhig überlassen, denn erstens kennt seine Schrift niemand mehr, und sie ist doch wert gekannt zu sein, und zweitens kann jedenfalls ich es nicht besser:

Nichts ist aber leichter, als der Ursach dieser abnormen Geistesrichtung des protestantischen Deutschlands auf die Spur zu kommen.

Als Napoleon seine Siegeslaufbahn mit der Eroberung des protestantischen Deutschlands oder Preußens beschlossen, stand er gleichsam auf dem Kulminationspunkt seines Glückes und seiner Macht. Keine menschliche Einsicht war vermögend, aufMittel zu denken, ihm einen Fußbreit seiner Eroberung entreißen zu können. Es schmachteten Regierung, Land und Völker im protestantischen Deutschland unter dem Druck seiner provisorischen Maßregeln, ...

Im Unglück und in den Zeiten der Prüfung, wo die Selbständigkeit der Menschen und Nationen gebeugt ist und an jeder Hülfe von außen verzweifelt wird, sehen wir die Menschen zu ihrer Gemütlichkeit ihre Zuflucht nehmen und im Schoße derselben Trost für ihre Leiden hienieden sich bilden. So ist die Ohnmacht der Kraft oft der wirksamste Hebel der Religiosität. Der Arme, Hülflose und ohne Hoffnung Darniederliegende findet einen Trost in religiösen Gefühlen, und die Erfahrung lehrt es sowohl an einzelnen Menschen als an ganzen Nationen, daß die daraus resultierende Religiosität oft über die Schranken tritt, die ihr, in den Zeiten der Besinnung, Vernunft und Erfahrung vorzeichnen.

Das war nun die Stimmung, in welche das protestantische Deutschland im vorigen Dezennium versetzt ward. ...

Diese Stimmung suchten nun diejenigen, welche einen andern Zustand der Dinge in politischer Hinsicht ahndeten, zu eben dem Zweck zu verwenden. So bildeten sich die verschiedenen Vereine unter den Namen ***Tugendbund, deutscher Bund, christlich deutsche Gesellschaft****, die dem Äußern nach die Stimmung für Religiosität verbreiteten, im verborgenen aber den Grund zu jenen politischen Vereinen bildeten, die den Nationalgeist jeden Augenblick zu elektrisieren vermochten.*

Kaum zeigte sich die günstige Aussicht, eine Abschüttelung des feindlichen Joches bewirken zu können, so erhoben jene politischen Vereine ihr Haupt, elektrisierten die Gemüter durch die religiöse Stimmung, die sie angefacht, und das ganze protestantische Deutschland sah nunmehr aus der Ergebenheit in die Fügung des Schicksals und der genährten Zuversicht, von seinen Fesseln sich dereinst befreit zu sehn, die Quelle des Heils hervorgehen, die ihm geworden.

Und so mußte es natürlich denn im protestantischen Deutschland dahin kommen, daß das Volk den Glauben als den Hebel seiner Befreiung vom Frankenjoch betrachtete und ihm eine Stelle über der Vernunft gab. Daher die exzentrische Denkart, die man in allen Ständen Deutschlands verbreitet fand, als das Volk daselbst gegen seine Unterdrücker sich erhob, daher das Pochen der Anhänger der verschiedenen Vereine auf ihre religiöse Stimmung und Begeisterung, und daher fand die exaltierte religiöse Gesinnung, die von oben herab in allen Gemütern aufgeregt war, solchen Eingang. Es war gleichsam ein Kreuzzug, den man vorbereitete; ein Kreuzzug gegen die Vorrechte der Vernunft und der Freiheit.

Die Begebenheiten und die Erfolge des Kampfes waren von der Art, daß das protestantische Deutschland Unabhängigkeit und Selbständigkeit erlangte. Es ist hier der Ort nicht, zu erzählen, durch welche politischen Ereignisse, kombinierten Verhandlungen und militärischen Kräfte diese fürs protestantische Deutschland glücklich eingetretenen Ereignisse bewirkt worden sind. So viel ist entschieden, daß im allgemeinen der religiösen Gesinnung des protestantischen Volkes ein moralischer und physischer Einfluß von Bedeutung auf den glücklichen Erfolg des Kampfes für Gott, König und Vaterland zugeschrieben worden und daß diese Stimmung in solchem Grade bei der Klasse von Menschen, welche ihre Phantasie in der Rücksicht entweder nicht besiegen konnte oder wollte, zu einer Überzeugung überging, daß sie gleichsam mit Feuer und Schwert gegen diejenigen losgezogen wäre, die ihrem Glauben durch äußere oder innere Kräfte etwas entgegensetzten, oder selbst ihre Kreuze an allen Enden der Welt, wie Napoleon seine Adler, gern aufgestellt, wenn sie die Macht dazu gehabt hätte.

Wir können es an den Äußerungen, Ideen und Planen berechnen, mit welchen die protestantischen guten Köpfe nach erfochtenem Siege auftraten. Mit welcher Erbitterung stürmten sie in Schriften, Pamphlets und periodischen Blättern auf ihre Gegner, die Franzosen, los. Das Volk und die Sprache selbst wollten sie mit Stumpf und Stiel ausgerottet wissen. Erst in ihrem Vaterlande selbst. Dann predigten sie endlich eine Bartholomäusnacht gegen die, welche in ihrer Mitte wohnten. Ihre trunkene Begeisterung stieg vom Tage zu Tage, und es ging ihnen, wie allen Berauschten, nicht gegen die Franzosen allein, sondern gegen alle Nationen traten sie mit ihren lächerlichen Paradoxien und den Nomaden würdigen Ideen auf.

In diesem Paroxysmus, worin sie endlich verfielen, war es, wo sie in ihrer somnambulischen Verirrung soweit gingen, sich selbst an die Spitze aller Völker zu stellen. Deutsch, Deutschheit und Deutschtum waren die Paniere, mit welchen sie vor den Augen von ganz Europa Front machten. Es war der lächerlichste Aufzug, den man sich denken konnte, ganz würdig der Feder eines Hudibras und des Pinsels eines Hogarth. Augenzeuge war ganz Europa von dieser renommistischen, pietistischen und abenteuerlichen Prozession, die nichts weniger bezweckte, als die Geißel der Zwietracht und des Verderbens, welche in Fesseln gelegt war, wieder in Bewegung zu setzen.

Die Frage, warum Hacks das alles heute wieder hervorholt und mit seiner schier endlosen Kenntnis der Details faszinierend kommentiert, könnte man nun leicht beantworten. Probleme, wie sie hier zur Debatte stehen, sind leider immer wieder aktuell. Man muß nur daran denken, daß unser heutiges Verständnis von Nation sich nach wie vor am Volkstum orientiert, das Grundgesetz zum Beispiel kennt den Volksdeutschen, der auch dann ein Deutscher bleibt, wenn seine Familie seit Generationen in einem fremden Land lebt. Und wir kennen auch den Fanatismus, der sich dieser Denkart bedient. Hoyerswerda könnte man sagen oder auf die eingangs genannten Beispiele verweisen.

Dies alles aber kann Hacks gar nicht gemeint haben, denn er begann mit seiner Arbeit an diesem Werk, lange bevor die DDR in die BRD überging, und als es in Hoyerswerda noch ruhiger war. Er schrieb sein Buch für die DDR, in der DDR, als eine fulminante Kritik an der DDR, mit der er sie offenbar keineswegs zerstören, sondern vor der Selbstzerstörung bewahren wollte.

Der Sozialismus der DDR hatte in seiner historischen Selbstdarstellung stets auch auf das Personal zurückgegriffen, das Jahn und andere um sich sammelten, und natürlich auch auf Jahn höchstpersönlich. Das Wartburgfest beispielsweise galt auch als eine Protestaktion gegen Restauration und Bürgertum. Körner, die Lützower Jäger aus den Deutschen Befreiungskriegen von 1813 wurden auch als Revolutionäre geschätzt, ungeachtet Goethes Frage, ob denn, wer gewaltsam aufgestöbert werde, betrachtet werden könne wie einer, der sich erhebe. Die DDR ehrte als Vorläufer ihrer selbst die Blücher, Gneisenau und von Steins, denen Hacks ebenfalls den Platz im reaktionären Sumpf ihrer Zeit zuweisen kann. Und diese Verkennung der deutschen Geschichte nahm in der DDR stets noch zu. Luther statt Münzer, der Reichskanzler für den Krautjunker, damit beschäftigte sich die Partei in ihren letzten Jahren.

Wie ist es möglich, fragt Hacks - noch im Präsens *, daß Wissenschaftler der sozialistischen DDR nicht aufhören, die Fichtes und Schlegels, Schills und Hofers, Arndts und Jahns als deutsche Spielformen der französischen Revolution zu verherrlichen?*

Die Revolutionsgeschichte holte mehr und mehr ihre angeblichen Vorkämpfer von der falschen Seite der Barrikade, und dies ging Hand in Hand mit einer fatal romantischen Entstaatlichung, einer Volkstümelei ohne Konstitution. Mir scheint, das war es, was Hacks vor Augen hatte. Auf diesem Weg war kein Staat zu machen.

Aber es ist beinahe noch schlimmer. Denn nicht wenige, die behaupten, sich von dieser so kritisierten DDR befreit zu haben und darüber in unverhüllt nationalistische Töne ausbrechen, schleppen eben das fort, was Hacks so sehr verletzt. Und auch der Protestantismus, das Bohleysche Urchristentum, dem es nur um Gerechtigkeit, nicht um Gesetze, nur um Wahrheit, nicht um kontrollierbare Institutionen zu tun ist, auch diese Variante des jüngsten deutschen Freiheitskrieges, trägt Jahnsche Züge.

Den ersten Teil seines Buches nennt Hacks »Einer von meinen Leuten. Das Buch Ascher«. Und damit ist er noch immer, nach allen Veränderungen, so einsam wie zuvor.

Thomas Neumann schrieb in KONKRET 10/91 über Gesellschaftskritik im 20. Jahrhundert

Konkret 05/92, S. 56

Gerhard Henschel

Andere Lenden, andere Sitten

Was ist - 25 Jahre nach der sexuellen Revolution - der schwerste Vorwurf, der sich gegen Diktatoren erheben läßt? Daß sie »eine Schwäche für entkleidete Frauen haben und bisweilen sogar geschlechtlich mit ihnen verkehren«

Wenn es darum geht, irgendwelche Staatsmänner anzugreifen, posthum oder zu ihren Lebzeiten und ganz davon abgesehen, ob sie noch in Amt und Unwürden stehen oder nicht, bemühen peinlich auf moralische Integrität bedachte Zeitungen wie »Bild« und Magazine wie der »Spiegel« immer wieder gerne einmal den schärfsten Vorwurf, der sich auch fünfundzwanzig Jahre nach der sexuellen Revolution noch erheben läßt - den der Geschlechtsreife. Erinnern Sie sich beispielsweise noch daran, welch schlimmer Finger Ceaucescu war? In meinem Obszönitäten-Archiv ist alles säuberlich dokumentiert; ich zitiere aus der »Bild-Zeitung« vom 28. Dezember 1989: »Er war ein Ungeheuer ... Er badete nur in Mineralwasser (West) ... Hochmütig ging er in den Tod ... Das Ungeheuer lebte in Protz und Prunk, verschwenderischer als Kaiser Nero ... Überall hatten seine Securitate-Leute Folterkammern, er selbst besaß die größte Pornosammlung der Welt, beobachtete sogar seine Kinder beim Sex ... Von Dracula bis Ceaucescu: Warum sind die Rumänen so grausam? ... Nicu, der jüngste Sohn..., soll Dutzende von Frauen, auch die vor kurzem geflohene Turnerin Nadia Comaneci, zum Sex gezwungen haben - auch die Braut seines besten Freundes, vor dessen Augen. Das Zimmer hatte er mit Höschen, BHs, Strümpfen und Schminkdosen seiner Opfer dekoriert. Ein rumänischer TV-Kommentator: ‘Selbst Hitler besaß mehr Würde.’«

Das ist sicherlich richtig. Der grundanständige Hitler umgab sich lieber mit Schäferhunden, sauberen Wehrmachtsgenerälen und tadellos geschnittenen Fingernägeln ohne Trauerränder; um die Höschen seiner Opfer mußten sich subalterne SS-Männer kümmern. Das sittenpolizeiliche Führungszeugnis des Führers könnte überhaupt nicht besser sein, zumal er ja auch dauernd Menschen umbringen lassen mußte und gar keine Zeit für das Betrachten von Fickfilmen hätte erübrigen können. Da war der General Noriega doch aus völlig anderem Unterholze geschnitzt; ich zitiere aus der »Bild-Zeitung« vom Tag darauf, dem 29. Dezember 1989: »So war er offensichtlich völlig dem Sexzauber einer schwarzen, brasilianischen Hexe verfallen. US-Geheimdienstmänner: Sie mixte Aufputschsäfte, die seine Sexgier ins Unermeßliche steigerten! Und: ‘Alle 10.000 Prostituierten der Stadt schwören, es mindestens einmal mit dem Diktator getrieben zu haben.’ Selbst als die US-Fallschirmjäger landeten, war Noriega gerade im Offiziersclub - das Whisky-Glas in der Hand, eine Prostituierte im Arm.«

Selbst Roy Black besaß mehr Würde. Und so wie tags zuvor nur ein einziges Komma die Folterkammern von der Pornosammlung trennte, ging die Noriega betreffende Mängelliste bruchlos vom Vorwurf der Geschlechtsreife in den des Mordes über, womit es folgende Bewandtnis hatte: »In der Villa Noriegas entdeckte das Militär auch schreckliche Beweise für seinen Hexen-Kult. Neben einem Zettel mit Präsident Bushs Namen hatte Noriega faulendes Obst gelegt, ein Reagan-Foto war mit Wachs in einem Aschenbecher befestigt. Die Namen von Bush und Reagan waren in zwei Kultkerzen eingeritzt. Auch Panamas neuer Staatspräsident Guillermo Endara stand auf seiner Todesliste. Sein zerknülltes Foto fand sich in einem Maisbrei-Kloß. Unter einem stinkenden roten Tuch stand eine Schüssel Mais mit einer verrotteten Rinderzunge und acht verfaulten Eiern. Die aufgerollte Zunge wurde von 24 großen Nägeln zusammengehalten. Okkultismus-Experte James Dibble: ‘Satanische Mord-Riten gegen seine politischen Gegner.’«

Was lernen wir daraus? Wer Whisky trinkt und Prostituierte in die Arme schließt, der zerknüllt auch die Fotos seiner politischen Gegner und backt sie in Maisbrei-Klöße hinein. Selbst Albert Schweitzer besaß mehr Würde. Etwas unklar bleibt, was an den sonderbaren kulinarischen Praktiken des Diktators so überaus schrecklich und satanisch gewesen sein soll, daß sogar ein Okkultismus-Experte erfunden werden mußte, um sie zu analysieren. Hätte Noriega immerzu nur angetrunken auf dem Sofa gesessen, mit Prostituierten geschmust und mit Maisbrei-Klößen und Rinderzungen gespielt, wäre doch herzlich wenig gegen ihn vorzubringen gewesen.

Andere Lenden, andere Sitten. Ich zitiere aus dem »Spiegel« vom 12. März 1990: »Erich Honecker, 77, war bis zu seiner Ablösung als Staats- und SED-Chef offenbar Erzeugnissen der westlichen Porno-Industrie zugetan. Bei einer Durchsuchung seines Feriendomizils in Libbecke See, Kreis Templin, fanden die Ermittler des Ost-Berliner Generalstaatsanwalts über hundert Schmalfilme und Video-Kassetten mit Titeln wie...«

Wen geht’s was an? Wer weiß, was Rudolf Augstein treibt, wenn ausnahmsweise mal keine Bergziege zur Hand ist? Und wer wünschte sich, solange dieser Menschheitsfluch wirksam bleibt und unentwegt irgend jemand die Regierungsgeschäfte versehen muß, einen sexualhygienisch keimfreien Eunuchen wie, sagen wir: Heino als Regierungschef? Spricht Erich Honeckers Geschlechtsreife gegen seine staatsmännischen Fähigkeiten? Und sind nicht Journalisten, die genüßlich Details aus dem Sexualleben prominenter Menschen vor dem Mob ausbreiten, viel gefährlicher für die öffentliche Moral als Teresa Orlowski, Ilona Staller und Gerhard Henschel zusammen?

Wir lassen diese Fragen unbeantwortet im Darkroom stehen, machen einen Großen Sprung nach vorn, schlagen die »Berliner Morgenpost« vom 22. März 1992 auf und lesen unter der Überschrift »Sex-Besessen - in der Literatur und der Praxis« alles über »Mao Tsetung und seine Vorliebe für wollüstige Frauen«: »Chinas ‘großer Steuermann’ war im Privatleben ein Sex-Besessener. So gab es in seiner Bibliothek, die an Kostbarkeit und Umfang denen der chinesischen Kaiser glich, mehrere hundert Bände erotischer Literatur. Dazu gehörten sogenannte ‘Kopfkissenbücher’ mit handgemalten, ausklappbaren Bildern, auf denen die ausgefallensten Sexualpraktiken dargestellt sind.«

Ich glaube das ja nicht. Ich glaube eher an das, was Umberto Eco über Lenin geschrieben hat und was vermutlich auch auf Mao Tse-Tung zutrifft: Wer Nadeschda Krupskaja zugetan sei (resp. Tschiang Tsching), der praktiziere mitnichten einen Hedonismus, wie er Herbert Marcuse für die nachrevolutionären Zeiten vorschwebte, sondern sei förmlich dazu verurteilt, stattdessen forciert unlustbetonte Abhandlungen über Materialismus und Empiriokritizismus niederzulegen. Die »Berliner Morgenpost« ist da anderer Ansicht: »Mao liebte aber nicht nur Porno-Literatur. Auch in der Praxis war er ein Erotomane. Er führte ein reichlich ausschweifendes Sexleben. Der amerikanische Journalist Harrison E. Salisbury fand es so interessant, daß er ihm in seinem jüngsten Buch ‘The New Emperors - China in the Era of Mao and Deng’ einige Absätze widmete. So war Maos Pornographie-Sammlung bereits seit Ende der 30er Jahre von seinem Vertrauten und Geheimpolizei-Spezialisten Kang Sheng zusammengestellt worden. Der Öffentlichkeit blieben Maos Neigungen verborgen.«

Wenn der Chinese auf den Weltmarkt dringen möchte, muß natürlich ein für allemal Schluß sein mit dieser Geheimnispolizeituerei um die sexuellen Gelüste großer Steuermänner: »Seine engsten Mitarbeiter kannten sie jedoch - denn Maos Schlafzimmer war auch sein Arbeitszimmer - und damit, wie einst bei europäischen Fürsten und Königen, den Mitarbeitern zugänglich. Ähnlich wie Katharina die Große empfing auch Mao Berater zu Gesprächen, bei denen er im Bett lag.«

Es ist ganz unerhört und korreliert aufs Unverschämteste mit gewissen bundesdeutschen Untatbeständen, wie sie bereits im Dezember 1964 in der »Welt im Spiegel« nachzulesen waren: »70% der dreißigjährigen Männer haben schon einmal pubertiert. 1790 waren es 25%! 67% der befragten Deutschen haben keine Bedenken dagegen, auch das Knie zur erogenen Zone zu erklären. Im Volksentscheid von 1928 sprach sich eine überwältigende Mehrheit gegen ein solch widernatürliches Ansinnen aus. Genug der Zahlen. Doch wo sind die Stellen, die dafür sorgen, daß es so nicht weitergeht? Die nicht die Augen vor der zunehmenden Sexualisierung der Erotik verschließen?«

Der »Berliner Morgenpost« zufolge hätte man die betreffenden Stellen in Maos Privatsphäre gewißlich vergebens gesucht: »Kang Sheng hatte viel zu tun, um Mao zufriedenzustellen. Besonders, als Mao neben dem Tanzen auch den Wunsch nach Sex-Spielen im Wasser hatte.« Im Mineralwasser (West)? Darüber schweigen die Chronisten sich taktvoll aus. »Immer wieder hielten sich Scharen nackter, junger Schönheiten in seinem geheizten Pool auf.« Geheizt war er auch noch, der Pool, es wird immer besser. »Wenn Mao dann ins Wasser stieg, ‘bot sich ein Bild von der Zartheit eines schnaubenden Walrosses’, schreibt Salisbury«, der seinerzeit leibhaftig mitgeplantscht zu haben scheint. »Kang Sheng schien einen endlosen Vorrat an schönen und wollüstigen Frauen zu haben. Die Tricks, sie seinem Herren zuzuführen, hatte Sheng in Moskau gelernt. Sein Mentor war Lawrenti Berija, der ähnliche Methoden angewandt hatte, um eine Machtposition zu erlangen.«

Und ich Idiot habe immer gedacht, wer unter Stalin eine Machtposition erlangen wollte, habe Mord und Totschlag verüben müssen, statt der Sexualisierung der Erotik Vorschub zu leisten. So kann man sich irren. »Für seine Dienste wurde Kang Sheng zum Parteisekretär in seiner Heimatprovinz gemacht, kehrte jedoch 1958 nach Zhongnanhai, dem ‘Hof’ Maos zurück, der dort ein ‘ruhiges’ Leben führte. Das Interesse am ‘Tanzen’ hatte ‘der große Steuermann’ immer noch nicht verloren. Seine zunehmend jugendlicheren Partnerinnen«, welche Maos geheizten Pool offensichtlich als eine Art Jungbrunnen mißverstanden, »tanzten elfengleich durch die Räume seines Regierungssitzes.« Und? Und »er selbst bewegte nur noch den Oberkörper, wobei er alte Lieder der Peking Oper brummte. Wenn seine Frau Jiang Qing schimpfte, erwiderte er nur, sie sei eine Spielverderberin.«

Subtrahiert man den rüdesten Stuß und die gröbsten Übertreibungen, bleibt unterm Strich der Tadel übrig, daß Diktatoren eine Schwäche für entkleidete Frauen haben und bisweilen sogar geschlechtlich mit ihnen verkehren. Daß so etwas auch 1992 noch als ehrenrührig gilt und von der Skandalpresse in denunziatorischer Absicht geoutet werden kann, wirft kein sonderlich gutes Rotlicht auf den Salat in den Schädeln der Laufkundschaft. Was, wenn sich eines Tages herausstellt, daß auch Helmut Kohl heterosexuell ist? In den USA ist noch kein Präsidentschaftskandidat darüber gestürzt, daß er Krieg gemacht hat, aber viele mußten aufgeben, weil sie beim Liebemachen ertappt worden waren. Weltweit gibt es Milliarden habitueller Geschlechtsverkehrer, aber leider noch immer keine Lobby, die geschlechtsreife Politiker förderte, und deren Mitgliedern ganz behaglich ums Herz würde bei der Vorstellung, daß es noch Staatsmänner gibt, die hin und wieder alle Elfen gerade sein und durch die Räumlichkeiten tanzen lassen. Denn wo das Strenge mit dem Zarten, wo Starkes sich und Mildes paarten, da gibt es einen guten Klang.

Gerhard Henschel tagträumte in KONKRET 4/92 von und mit Horst Eberhard Richter

Konkret 05/92, S. 58

Hermann Peter Piwitt

Piwitt's Siebensachen

In der Regel schaut man in den »Spiegel« nur noch wegen der nackten Weiber; und so. Und macht den Fernseher an wegen »Michael Knight«, dem »A-Team« und der Sportschau. Das heißt, wo sich, von Wissenschaftssendungen im Dritten mal abgesehen, keine Gelegenheit für Vergnügen an Qualität bietet, gilt es, dem Scheißdreck was abzugewinnen.

Manchmal bleibt man beim Durchblättern des Magazins alle vier Wochen doch an was hängen. »Die Angelsachsen können einfach besser erzählen«, wird dort S. Fischer-Verlagschef Conradi zitiert. Meint er Brautigan, Pynchon, die jüdischen Epiker in englischer Sprache? Sollte er Forsyth, le Carré, Ripley (»Scarlett«) gemeint haben, was der Artikel nahelegt, wäre auch jede Alpenlandschaft von Karstadt 'einfach besser gemalt' als ein Bacon oder Picasso.

Die US-amerikanische Prosa konnte seit Kriegsende auf dem elenden Hintergrund der Literatur des Dritten Reiches in Deutschland Erfolg haben. Ohne dieses Nichts an Vorlauf wären die Hemingway, Thornton Wilder, Steinbeck und Saroyan schnell als ethnisch-epigonale Variante von Balzac und Zola richtig verstanden worden. Ich jedenfalls, eh ich mir bis heute nicht endenwollenden Frank-runzelte-die-Stirn-und-goß-sich-einen-Whisky-ein-Realismus antue, greife lieber gleich zu den Originalen. Und schreibe, notfalls, - wie Schubert seine »Ouvertüren im italienischen Stil« in ein paar Stunden - einen 'amerikanischen' Roman in drei Monaten.

Beim Wissenschaftsautor Theo Löbsack lese ich eben »sieben gute Gründe« dafür, warum die Spezies Homo Sapiens noch ca. acht bis zwölf Generationen zu erwarten hat, eh sie plausibel vom Globus geht. Wer heute noch von menschlichen Angelegenheiten von heute so erzählt, als hätte es einen Beckett nicht gegeben, also ohne daß es ihm die Sprache verschlägt, der hat weder was zu erzählen noch was begriffen.

*

Und auch Tennis macht keinen rechten Spaß mehr, zumindest das der Damen nicht, seitdem keuchende und/oder verwachsene Grundlinien-Geldraffmaschinen sich um die Spitzenplätze duellieren. Bleibt der eine: Er hadert nicht mit anderen, sondern zuerst mal mit sich selbst. Er will nicht unbedingt der Erste sein; es genügt ihm, wenn er der Beste ist. »Maulwurfshügel freigeben/wenn Zwerge sich vergrößern wollen«, scheint er sich mit Benn zu sagen, wenn er gegen Schwächere verliert. Und wacht gegen Starke erst auf, wenn er mit dem Rücken zur Wand steht.

Was immer daran wahr ist. Man guckt ja nur.

Er wirkt so gut deutsch, wie man das eigentlich gerade noch zu Eichendorffs Zeiten plausibel hat sein können.

Aber wo immer ich derzeit auf Spuren komplizierter Vorkriegsmoral bei Menschen stoße, werde ich auch in Zukunft davon entflammt bleiben.

*

Niemand hat, soviel ich weiß, an ihn gedacht, als sich im vergangenen Jahr sein Geburtstag zum hundertstenmal jährte. Nicht einmal Grüne, von denen man es hätte erwarten können; wollte er doch aus den Deutschen ein Volk von kleinen Landwirten machen.

Unermüdlich drängte er zur Rettung der europäischen Juden seinen Präsidenten Roosevelt, der so lange erwog, sie im Hochland von Kamerun anzusiedeln, bis es zu spät war. Daß und warum die Westalliierten den Morgenthauplan nicht in die Tat umsetzten, kommentierte er so: »Je mehr ich darüber nachdenke und je mehr ich darüber höre und lese, desto klarer wird mir, daß die meisten nur aus Furcht vor Rußland und dem Kommunismus ein schwaches Deutschland ablehnen. Die zwanzig Jahre alte Idee vom 'Bollwerk gegen den Kommunismus' ist eine der Ursachen für den Krieg.«

Zur Sache wurde Thomas Mann deutlicher in seiner Rede »Schicksal und Aufgabe« von 1944: »In den Augen des konservativen Kapitalismus des Westens war der Faschismus schlechthin das Bollwerk gegen den Bolschewismus und gegen alles, was man darunter verstand. Man ließ sich alle Scheußlichkeiten, die er im Innern beging, gefallen, ohne zu realisieren, daß ihr außenpolitisches Zubehör der Krieg war... Man befestigte die faschistischen Regimes von außen; denn in der wüstesten Unordnung, Rechtlosigkeit und Kulturzerrüttung wollte man Ordnung, Schönheit und Sicherheit sehen, Sicherheit nicht für die Völker, sondern vor den Völkern, Sicherheit vor dem sozialen Fortschritt.«

Episode aus dem Hamburger Prozeß gegen Kielhorn/Bögelein, angeklagt, in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager einen deutschen Militärrichter getötet zu haben: Kielhorn, an das Diktum Thomas Manns vom »Antikommunismus als der Grundtorheit der Epoche« im genannten Aufsatz erinnernd; Vorsitzender Richter: »Thomas? Sie meinen wohl: Klaus Mann!«

*

»Wenn man einige Monate die Zeitungen nicht gelesen hat, und man liest sie alsdann zusammen, so zeigt sich erst, wieviel Zeit man mit diesen Papieren verdirbt. Die Welt war immer in Parteien geteilt, besonders ist sie es jetzt, und während jedes zweifelhaften Zustandes kirrt der Zeitungsschreiber eine oder die andere Partei mehr oder weniger und nährt die innere Neigung und Abneigung von Tag zu Tag, bis zuletzt Entscheidung eintritt und das Geschehene wie eine Gottheit angestaunt wird.« (Goethe, Maximen und Reflexionen).

Und das sagt er jetzt! Wo es zu spät ist. Das heißt, geahnt haben wir es ja schon, rechtzeitig auch gesagt: daß es '92 so verkatert aussehen würde, wie es '89 besoffen angefangen hat. Und trotzdem nie ganz die Finger von Zeitungen gelassen. Schande. Was hätte man sich ersparen können an 'Trauerarbeit' seit dem Triumph der Kanalratten über die Kakerlaken.

*

»Das Buch wühlt nicht auf und bedrückt nicht mit Ideen«, lese ich im »Stern« über ein Buch von, tut nichts zur Sache, einer Heidenreich. Es ist »nicht romantisch« ... »nicht Nierentisch und Peter Kraus« ... »Klischee zwar«, aber: »gerade eben nicht zu zuckrig«. Nicht zu leicht und nicht zu schwer. Nicht zu dick und nicht zu dünn. Kurz, eigentlich nichts dazu zu sagen, als was es alles nicht ist.

Eben so ein richtiges Schreib-doch-mal-was-Nettes-über-Elkes-neues-auch-wenns-schwerfällt-Buch.

*

Beim Durchblättern von Workshop-Angeboten der einschlägigen Szene: »Körperarbeit mit Agostina Hampel« ... »Mit Tausenden von Lichtarbeitern zur Cheopspyramide« ... »Trauerarbeit« ... »Energiearbeit« ... »Pfadarbeit am Baum des Lebens« ... »Chakraarbeit zur Öffnung der inneren Flöte« ... Jesus, nein, was ein Geracker. Kommen die denn nie mal zu sich selbst?

*

Jede Gewalt erzeugt ihren dazugehörigen Befreiungs-Kitsch. »Einst war uns die Erde heilig«, lautet der Titel. Und schwer zu sagen, wer oder was es mehr verdient hätte, mit einem nassen Handtuch vom Hof gejagt zu werden: Krause. Das Gesocks, das es nicht lassen kann, an Rest-Natur seine Kräfte auszuprobieren, von Klein-Thorsten mit Mountainbike bis zu Messner-Himalaja. Oder Deutschlands Eso-Szene mit den angrenzenden Terrains feministischer Erdwärme.

»Und denn, man muß das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum gepredigt wird und zwar nicht von Einzelnen sondern von der Masse. In Zeitungen und Enzyklopädien, auf Schulen und Universitäten, überall ist der Irrtum obenauf und es ist ihm wohl und behaglich, im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist.« (Goethe, Gespräche mit Eckermann).

Hm. Also was? Sich doch noch einmal, zum wievieltenmal! wenigstens auf die Hinterkeulen... und erinnert an gewisse Allerweltsweisheiten aus der Vorschule der Emanzipation, nämlich, daß der Spezies von Natur aus nie etwas heilig war und sie auf den Knien herumgekrochen ist vor etwas immer nur solange, wie sie es nicht unter ihre Füße hat nehmen können? Nein, mein Guter. Herr. Dumm gestorben ist auch schön tot.

Konkret 05/92, S. 60

Eberhard Schorsch

Reden vom Sexuellen

Über eine Veröffentlichung des Sexualforschers Volkmar Sigusch

»Des Bücherschreibens ist kein Ende« - Salomon hatte dies bereits als Drohung, nicht als Versprechen gemeint. Warum gibt es, sieht man von einigen Krimis und seltenen Phantasiegeschichten ab, so wenig Bücher unter den Neuerscheinungen, die zu lesen schlicht Spaß und Lust macht? Ausgerechnet einem Buch über Sexualität gelingt dies: *Volkmar Sigusch: Anti-Moralia. Sexualpolitische Kommentare, Campus Verlag 1990.* Die Freude beginnt schon bei der Aufmachung. Eine Vignette von Hieronymus Bosch wirft die Phantasiemaschine an. Das Buch verführt zu einer rar gewordenen Kultur des Lesens: Es ist keines, das man von A bis Z liest, bis man es »durch hat«, auch kein lexikalisches Nachschlagewerk, dessen man sich bedient, wenn man in eine Wissenslücke getappt ist, sondern ein Buch zum Hineinlesen, zum Ab- und Ausschweifen, zum Beiseitelegen und Wieder-zur-Hand-nehmen.

Es enthält Essays über das Sexuelle, fast durchweg kurze Texte mit dem Reiz des Aphoristischen - Texte, die oft aktuelle Fragen, Tagesereignisse zum Anlaß haben, kommentieren, glossieren. Solche Anstöße und Anlässe erfahren bei Sigusch eine Verwandlung: Die flüchtige, schnell verblassende, als Nachricht übermittelte Aktualität wird zum Ereignis mit Lehr- und Beispielcharakter. Der Signalwert, das Para-, Dia-, Symbolische des alltäglichen flüchtigen Skandals wird festgehalten, aus der Kurzlebigkeit gerissen, überdauert - die Kießling-Wörner-Affäre, der Tod eines Pädophilen, bayrische Einfälle zu Aids, mal eine Buchbesprechung, mal ein Interview.

In der Hälfte der Essays geht es um Aids, explizit oder mittelbar. Ohne professionelle »Betroffenheit«, ohne wissenschaftlich akademische Distanz, ohne moralische Belehrungen ruft Volkmar Sigusch aus der Haltung des Mit-Leidens leidenschaftlich die Vernunft an, sucht Klärungen in der Vernebelung. Die Luft wird leichter, der Blick freier, der Tellerrand wird nicht zum Horizont. Diese Texte sind die an Zwischentönen reichsten - Kampf, Satire, Trauer, getragen von dem Mut zu Gegenpositionen, von der Lust zur Widerrede, von der stolzen Gewißheit, sich unbeliebt zu machen.

Überhaupt die Kunst der Polemik. Die Gattung des Pamphlets, die Tugend, die darin besteht, sich Feinde zu machen, Feindschaften zu pflegen und Freundschaften zu hegen, die Kunst der Beschimpfung drohen in Vergessenheit zu geraten - trotz einer großen geistigen und literarischen Tradition. Und Polemik, das macht Volkmar Sigusch deutlich, ist nicht etwas Generelles und im Allgemeinen Verharrendes, sondern nennt beim Namen, ist Polemik gegen Personen und ihre Standpunkte; beides ist nicht zu trennen, schon gar nicht bei der Spezies Sexualforscher. Beschützerreflexe sind da unangebracht; denn Objekt von guten Pamphleten zu sein, ist Kompliment und adelt. Wer kennte heute noch den Philosophen David Strauss ohne die erste »unzeitgemäße Betrachtung« von Nietzsche?

Es ist heute üblich, die Kollegialität des Umgangs zu einem Wert an sich, zu einem Fetisch zu erheben. Ein Verstoß gegen den Stil gilt als Todsünde. Dahinter verbirgt sich der Wunsch, Auseinandersetzungen zu vermeiden, eine Art Wurstigkeit in der Sache, ein Rückzug auf ein pluralistisches Einerlei, dem es letztlich auf nichts mehr wirklich ankommt - Etikette als Schutzschild.

Es ist gegen Volkmar Sigusch der Vorwurf erhoben worden, er denke, wenn er vom Sexuellen rede, aus der Perspektive des Mannes; Frauen kämen bei ihm nicht vor, und wenn, dann aus der Sicht des Mannes. Hintergrund des Vorwurfs ist, daß bisher immer, wenn von der Sexualität des Menschen die Rede war, die des Mannes gemeint war, die den Frauen übergestülpt worden ist. Volkmar Sigusch steht, wie wir alle, in dieser Tradition. Es ist daher von Bedeutung, daß von Frauen diese Einwände artikuliert werden.

Welche Konsequenz aber hat diese Kritik für einen Autor? Die männlich-eingeschlechtliche Perspektive mag man bedauern. Ändern läßt sie sich nicht, auch nicht durch noch so kühne mentale Kapriolen - fatale Bocksprünge, die uns von Männern vorgeführt werden, die sich anheischig machen, diese Kritik von Frauen für Frauen einzulösen: Männer, die das Lieben erst lassen und dann lernen, die larmoyant ihre unilaterale Geschlechtlichkeit bedauern, die das zu sein vorgeben, was sie nicht sind, und denen, die sie nicht sind, aber gern sein möchten, vorschreiben, wie sie zu sein haben, und die ihre Vorschriften in hymnischen Gesang verkleiden, um nicht so nackt dazustehen, wie sie in Wahrheit sind.

Die Konsequenz der feministischen Vorwürfe kann nur sein, sich der Geschlechtlichkeit des Denkens jeweils bewußt zu sein; und dies ist tatsächlich einschneidend. Darüber hinaus bedeutet Mannsein kein Denkverbot. Volkmar Sigusch, der, wie er formuliert, mehr im Sexualkampf als im Geschlechterkampf beheimatet ist, steht es gut an, auch noch unzeitgemäß, widerständig gegen das derzeit Erwünschte über das Sexuelle nachzudenken und darauf zu beharren, daß trotz des Geschlechterkampfes die Bezeichnung Mensch noch Berechtigung und Dignität hat und daß diese Benennung nicht Ausdruck ist eines Patriarchenwahns.

In seiner Skepsis gegenüber modischem Psychotherapismus bezieht Volkmar Sigusch eine wohltuend klare Position: »Wenn es so weiter geht, daß jeder schreiblustige und gelegentlich auch ideenreiche Psychologe, jeder begabte Tänzer,

jeder angesehene Schauspieler, der vom Furor sanandi, von der Heilungswut erfaßt worden ist, eine Therapieform ausspuckt wie der gräßlichste Ami seinen Kaugummi, nur nicht so gut durchgearbeitet, läuft alles auf ein Plädoyer für die große Psychoanalyse hinaus.« Um so abrupter, unvermittelter, unerklärt apodiktisch wirkt dann die Ordensverleihung an die Masters-Johnson-Therapie als »die einzige diskutable Sexualtherapie«, die doch nur ebenso diskutabel, praktikabel, miserabel, blamabel, admirabel, abominabel ist wie viele andere »Sex-Therapien« auch - je nach dem, auf welchen psychotherapeutischen Verstand, auf welche Kunst sie jeweils trifft.

Substantieller ist eine Differenz in der Sicht und Gewichtung von Homosexualität und Heterosexualität in ihrem Verhältnis zu- bzw. gegeneinander - eine Überhöhung des Homosexuellen mit seinen »Kostbarkeiten..., anders zu sein und widerständig« gegenüber dem Heterosexuellen als Inbegriff sexueller Verödung. Wenn Volkmar Sigusch den »gesunden Ehemann, der höchstens zweimal im Jahr einem Mädchen im römischen Dampfbad beinahe in den knackigen Po kneift«, den sexuellen Erlebnissen Homosexueller gegenüberstellt, »von denen Heterosexuelle... nicht einmal zu träumen wagen«, dann weiß er zugleich, daß dies nicht ganz stimmt; denn »das bunte Treiben (der Homosexuellen) der siebziger Jahre (war) gar nicht so bunt und triebhaft. Es lief in der Regel nach Schema F ab... und die dort erzielten Höhepunkte waren nicht selten kalkulierter als der Aufschrei der Heterosexuellen beim Fußballtor.« Angesichts des Sexuellen als Inbegriff und Utopie ist jede konkrete gelebte Sexualität eine Kümmerform. Stellt man das Homosexuelle als Inbegriff und Utopie an die Seite der gelebten Heterosexualität oder das Heterosexuelle als Inbegriff und Utopie an die Seite konkreter Homosexualität, dann bleibt die konkrete Realität allemal hoffnungslos und armselig auf der Strecke.

Im Vergleich zu Siguschs früheren Büchern, auch noch zu seinem 1989 ebenfalls bei Campus erschienenen Band »Kritik der disziplinierten Sexualität« ist in »Anti-Moralia« die Sprache noch prägnanter. Die aphoristische Kürze zwingt zu Verdichtungen. Es finden sich Texte von luzider Schärfe, die sich einprägen. Vielleicht hat Volkmar Sigusch hier seinen Stil und seine Form gefunden: die Kunstform der Skizze, den Torso, das Aperu mit der Spannung zwischen Abbruch und Durchformung. Deshalb läßt sich dieses Buch auch so schwer rezensieren, eher schon besprechen im Sinne einer Beschwörung, es möge sich aus dem Gewusel unzähliger Neuerscheinungen in die Bemerkbarkeit erheben und überdauern.

Eberhard Schorsch, Sexualforscher und Gerichtssachverständiger, starb am 14. Nov. 1991 in Hamburg. Diesen Beitrag hat er kurz vor seinem Tod fertiggestellt

Konkret 05/92, S. 61

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Hey, ihr »demokratischen« Parteien des Vierten Reichs, wacht auf! Der Deutsche, die Deutschin haben kein Vertrauen mehr zu Euch. Sie wenden sich in ihrer Todesangst vorm Wirtschaftsasylant, siehe das von Odysseus besungene Meerumslungen (sechs Prozent), siehe das Maultaschenländleendevierwändle, wo dr'einscht der Kehrwochenprimat über den Homo Sorditudines obsiegte (elf Prozent), verzweifelt an den deutschen Nazimann. Ja, ver zwei felt! Denn Deutscher und Deutschin sind von zuhaus her keine Unleut geschweige Faschos. Die Liebe zu Blume, Wolke, Autobahnzubringer, Wauwau und Mieze ist es, was sie beseelt, und nicht eine vorwiegend vom Ausland ihnen übel nachgeredete Antipathie gegen den Auslandsmensch. Aber da ist ihre Todesangst vorm Wirtschaftsasylant (und die Todesangst vorm Wirtschaftsasylant ist Menschenrecht!). Und da ist (hort, hört!) ihr langgezogener Schrei um Hilfe. Und Ihr? Ihr »demokratischen« Parteien des Vierten Reichs liegt auf den Ohren und höret nicht. Der SSler Schönhuber aber eilt herbei zum Schrei aus der Tiefe des Volks und der Auschwitz?dakannichnurkichern-Frey nimmt sich an des Deutschen und der Deutschin Not ohne Verzug. Und tropft die sichreichende Hand auch von völkisch-rassistischer Scheiße, sie wird vom Deutschen und der Deutschin, Not kennt kein Gebot, genommen, ists doch die rettende auch. Ihr aber liegt noch immer auf Euern Ohren und höret nicht. Und seht nicht, wie die nächste Generation Wirtschaftsasylant wogen- bzw. flutmäßig auf Deutschland zuhält. Es sind die da. Noch sind sie elf, zwölf, dreizehn, und werden ihrer winzigen Zitzen und ihrer klammengen Fut wegen von so manchem männlichen deutschen Protestwähler gern durchgefickt. Aber sind sie in zwei, drei Jahren ausgeleiert, dann klopfen sie mit unverschämten Knöcheln an Deutschlands Tür und wollen rein, nicht etwa wegen politischer Verfolgung daheim, (kein Schwein verfolgt die da politisch!), sondern weil sie sich im Land ihrer früheren Freier einen satten Max machen wollen. Wacht endlich auf, ihr »demokratischen« Parteien des Viertes Reichs. Endet die Todesangst des Deutschen, laßt die Deutschin endlich wieder ruhig schlafen. Wenn die Deutschin den Ausländer sehn will, dann als Schweppes-Boy am TUI-Beach von Mombasa. Wenn der Deutsche die Ausländerin sehn will, dann als die da, und zwar in Manila. Macht endlich Schluß mit dem Wirtschaftsasylant. Sperrt ihn aus. Laßt ihn nicht mehr rein. Überlaßt die Drecksarbeit nicht dem Nazimann. Der Nazimann hat im Ausland keinen guten Ruf. Ihr aber, ihr »demokratischen« Parteien des Vierten Reichs seid von Leumund. Euch kaufen sie's ab. Frisch ans Werk, Pfeife! Auf gehts, Saumagen! Mach hin, Doktor Spock!

Konkret 05/92, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Schon vier Wochen lang harre ich der Nachricht, und bevor daß sie gar nicht mehr erscheint:

New York/Paris/Klein-Flottbek - Wie der »New Yorker« unter Berufung auf gewöhnlich gut parfümierte Pariser Kreise meldet, soll der weltbekannte Intendant Jürgen Flimm aus dem Hamburger Sport-Verein ausgetreten sein.

Wie bitte? Flimm war doch nie Mitglied im HSV? Eben drum.

Um aber die Enthüllungen aus dem sozialdemokratischen Protestmilieu abzurunden: Das nächste Mal, hatte Hadschi Halef Ali Wallraff versprochen, werde er sich »noch existenzieller einlassen«, in eine Rolle, die zwar seine bislang »gefährlichste« werde, ihm aber die Chance gebe, »ganz mit ihr identisch zu werden«. Als vorige Woche der Schnappschuß eines Münchner Fotografen auf den Redaktionstisch flatterte (ja, so bilderbunt geht`s bei Journalisten zu), rief der stellvertretende Redaktionsbote O. Negt beim Anblick des als Republikaner getürkten Sepplhutträgers links neben dem Parteichef spontan aus: »Wenn das nicht der politisch wirksamste und von Arbeitern am meisten gelesene Arbeiterschriftsteller der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft ist, fresse ich einen Besen samt der daran hängenden unterprivilegierten Reinigungsarbeiterin!«

In der Zeitung »Neues Deutschland«, die jetzt für sowas Papier hat, und wer will, mag auch das noch für einen Vorteil der freien Wirtschaftsweise halten, klagt der notorische Waldfrevler L. Rathenow:

An KONKRET-Gremliza schickte ich kürzlich einen garstigen Leserbrief, den er seinen Lesern vorenthält.

Aus ökologischen Gründen hatte ich aus dem Brief, der weniger garstig als anschleimerisch war, nur die allernötigsten Dummheiten zitiert.

Stattdessen glaubt er nun, auch anhand von Druckfehlern mir Schreibunvermögen nachweisen zu müssen. Und das im dritten Heft hintereinander, auch eine Art Kampf um potentielle Leser.

Aber ich glaube überhaupt nicht, nachweisen zu müssen, sondern weise bloß im vierten Heft hintereinander nach, daß Rathenow viel dumm, was möglich nur anhand von Druckfehler, weil Quark von Rathenow drucken immer Fehler sein.

Da die Leser es vorzuziehen scheinen, potentielle Leser Rathenows zu bleiben, muß der Dichter, den der Mietzins drückt, ein weiteres selbstzerstörerisches Papier aus seiner Stasi-Akte zu Valuta machen, diesmal bei der »Frankfurter Rundschau«, betreffend eine Anfrage des stellvertretenden Kulturministers Höpcke, ob er dem Rathenow eine Dienstreise nach Westberlin und Klagenfurt genehmigen solle. Darauf hatte das Ministerium für Staatssicherheit so geantwortet:

Es wird vorgeschlagen, Genossen Höpcke zu empfehlen, die beantragte Reise mit der Begründung abzulehnen, daß Rathenow in der DDR erst einmal etwas Vernünftiges und Veröffentlichenswertes vorlegen soll...

Mielkes Männer mögen in politischen Fragen viel gestümpert haben. Aber von Literatur verstanden sie was.

Vor fünfundzwanzig Jahren habe ich in einer DDR-Zeitung die Schlagzeile gelesen:

Bezirk Neubrandenburg: Zu Ehren der Volkswahl 500 Sauen über den Plan gedeckt

In einer ehemaligen DDR-Tageszeitung, die heute Bertelsmann gehört, heißt eine Überschrift:

Das Weltklima hängt am seidenen Faden

Und in einer ehemaligen DDR-Wochenzeitung, die heute Bertelsmann gehört, schreibt der mitgekommene Chefredakteur:

Ohne diese Konstellation wäre der Weg in die Freiheit nicht mehr gewesen als der Lemmingmarsch an die Schalter mit dem Begrüßungsgeld.

Ich bin nicht übertrieben feige, aber die Lynchwut der Jungs und Mädels vom Beistrich und ihrer Freier mit dem Urteil mir zuzuziehen, daß die vorrevolutionäre Neubrandenburger Mitteilung moralisch (ja: moralisch!) turmhoch über dem postrevolutionären Metaphernkompost stehe - nein, das traue ich mich denn doch nicht.

Einer von Bertelsmann, der daheim, bei der »Zeit«, geblieben ist, schmückt die Titelseite mit der Überschrift:

Sinnlos treibt die Welt zum Abgrund

Was hier schmerzlich vermißt wird, nämlich der Lemmingsmarsch am seidenen Faden zu den Schaltern des Weltklimas, ist, unsern Brüdern und Schwestern geben wir unser Bestes, als Solidaritätsbeitrag nach Osten gegangen.

Obwohl die Zeitschrift »Öko-Test« bereits 180 Produktgruppen getestet hat, darunter Aknemittel, Autopflegemittel, Backformen, Haarfarben, Nagellacke, Ölfilter, Speisewürzen, Tierfutter und was der Mensch sonst so braucht, müssen die Tester zerknirscht gestehen:

Noch immer scheinen sich 90 Prozent aller Deutschen nicht für ihre Umwelt und Gesundheit zu interessieren.

Seit ich das gelesen habe, gehe ich doch wieder ein wenig fröhlicher durchs Leben.

In Eckhard Henscheids »Musikplaudertasche« (Konkret Literatur Verlag), einem der lehrreichsten, witzigsten Bücher, lese ich, beim fünften oder sechsten Mal, zwei Absätze auf Seite 151 ganz neu:

Selbstverständlich wäre auch ich, wie jeder vernünftige Mensch, in diesem Leben am liebsten Tenor geworden; am besten eine Legierung aus Wunderlich, Gedda, Bergonzi und Carreras. Aber das wäre nichts geworden. Ich bin nicht hart genug. Ich hätte ja immer an meinen schönsten Stellen auf der Bühne losweinen müssen.

Absatz.

Um der Gerechtigkeit willen: Domingo, Aragall und Raimondi, lese ich, soll es durchaus ähnlich gehen.

Ach, die drei wären auch in diesem Leben am liebsten Tenor geworden?

Zum Dank, lieber Herr Henscheid, einen Gruß:

Biermanns gedruckter Epilog auf Stasi-Land sollte eine Woche lang stündlich im Radio und Fernsehen auf allen Kanälen gesendet werden. Statt »Flitterabend«, »Rudi Carell Show« und dem »Wort zum Sonntag«: Biermann every minute! Selbst zum Frühstücksfernsehen: Biermann verliest Seite 40 bis 51 des »Spiegel«.Heike Doutiné, Autorin

Wenn man so angehimmelt wird von einer als bedeutend pinselblond bekannten Autorin, deren Anhimmelung nur die Größten genießen durften: Ulrike Meinhof, Herbert Mies, Jürgen Echternach, Axel Springer; wenn man sich endlich selber die hymnischen, ja hymenischen Jauchzer dieses Dummchens zugezogen hat; wenn man bei ihr, zuguterletzt, im Wettbewerb mit dem »Flitterabend«, der »Rudi Carell Show« und dem »Wort zum Sonntag« strahlend obsiegt hat - kann man dann einfach weiterklampfen, als wäre nichts gewesen? Kann man? Dann wird alles noch viel herrlicher werden. Es gibt ein Leben vor dem Tod. Im Musikantenstadl.